Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pfg. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 30 Pfg. Auswärtige Inserate 40 Pfg. Doppelzeile unter Text 1 Mk. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pfg. Auswärtige „ 25 Pfg. Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 57. Breslau, Montag, den 9. März 1914. 25. Jahrgang.

Jeder hat einen Freund,

einen Bekannten, einen Arbeitskollegen, der leider noch gleichgiltig abseits steht von der sozialdemokratischen Bewegung. Durch geschickten freundschaftlichen Zuspruch, durch liebevolle Belehrung kann er für unsere Sache gewonnen werden. In der Roten Woche muß jeder seinen Stolz darein setzen, auf diese Weise der Partei neue Mitglieder und unserer Zeitung neue Bezieher zuzuführen. Die unablässige stille Werbetätigkeit unserer Genossen ist das Geheimnis des Fortschritts der Sozialdemokratie. Die Rote Woche wird reiche Ernte bringen, wenn sich der Eifer unserer Freunde in diesen Tagen verzehnfacht.

Das Arbeitsfeld der Woche:

Am 31. März 1913, dem Schluß des letzten Geschäftsjahres, betrug nach dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag in Jena die Mitgliederzahl der politischen Organisation **982 850** und die Zahl der Abonnenten der Parteipresse **1 465 212**. Bei den Reichstagswahlen 1912 haben aber **4 250 329** Wähler rot gewählt. Dieses Mißverhältnis muß ausgeglichen werden. Dem Zwecke dient vor allem die „Rote Woche“.

Wer holt seinen Freund?

Sozialdemokratie und Sozialismus.

Von Wilhelm Liebknecht.

In einer weitverbreiteten Broschüre hat der vor 13 Jahren verstorbene große sozialdemokratische Parteiführer Wilhelm Liebknecht sich in denkbar populärster Art darüber geäußert, was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen. In der Einleitung dieses Schriftchens heißt es:

Wir nennen uns die sozialdemokratische oder sozialistische Partei; unser Banner ist das der Sozialdemokratie, des Sozialismus. Sozialdemokratisch und Sozialdemokratie bedeutet mehr als demokratisch, Demokratie. Demokratie heißt: erstens Regierung durch das Volk, zweitens die Gemeinschaft derer, welche die Regierung durch das Volk erstreben; demokratische Forderungen sind Forderungen, welche auf die Regierung durch das Volk hinzielen.

Häufig wird das (aus dem Griechischen stammende) Wort Demokratie mit „Volksherrschaft“ übersetzt. Das ist aber nicht ganz korrekt, jedenfalls nicht der vernünftigen Auffassung des Begriffes der Demokratie entsprechend. Das „Volk“ ist die Gesamtheit der Staatsangehörigen und die Gesamtheit kann nicht herrschen, weil außer ihr niemand existiert, der beherrscht wird. Ein Herrscher setzt mit Notwendigkeit einen Beherrschten voraus — wo keiner beherrscht wird, weil alle an der Regierung teilnehmen, gibt es selbstverständlich keine Herrschaft.

Daß alle Staatsangehörigen — die unmündigen natürlich nicht eingeschlossen — gleichberechtigt an der Regierung des Staates teilnehmen sollen, ist eine durchaus vernünftige Forderung und ferner läßt sich nicht leugnen, daß die Durchführung eines solchen Staatssystems auch die Abschaffung des gesellschaftlichen Elends bedingen würde.

Seit dem Emporkommen der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassengegensätzen und ihrem Klassenkampf ist die Fahne der Demokratie vielfach dazu benützt worden, die Kluft, welche zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft gähnt, dem Auge des Volkes zu verhüllen. Ja, wir haben es erlebt, daß die Feinde des arbeitenden Volkes unter der Fahne der Demokratie gegen das arbeitende Volk gekämpft haben. Selbst in dem Munde derjenigen Demokraten, welche ehrlich die Regierung durch das Volk wollen, hat das Wort Demokratie einen wesentlich auf das politische, das staatliche Gebiet beschränkten Sinn. Es ist dies eine unlogische Auffassung, allein sie besteht nun einmal, und der Name Demokratie konnte darum einer Partei nicht genügen, welche zwar die Regierung durch das Volk erstrebt, aber auch begriffen hat, daß die Regierung nicht Zweck ist, sondern Mittel; daß der Zweck des Staates es ist, allen seinen Angehörigen die höchstmögliche Summe von Wohlergehen zu sichern; und daß dieser Zweck nur verwirklicht werden kann durch eine gerechte Regelung der für die Gesellschaft notwendigen Arbeit.

Im Worte Sozialdemokratie, sozialdemokratisch drückt diese Anschauung sich aus. Sozial heißt gesellschaftlich, die Gesellschaft betreffend; Sozialdemokratie: die Regierung durch das Volk auf gesellschaftlichem Gebiete so gut wie auf staatlichem, die gerechte, vernünftige, menschenwürdige Ordnung von Staat und Gesellschaft. Sozialismus ist die Gesellschaftswissenschaft, die Wissenschaft von der jetzt unvernünftig eingerichteten und durch uns vernünftig einzurichtenden Gesellschaft; sozialistisch, auf diese Gesellschaftswissenschaft bezüglich, in ihrem Sinne wirkend; Sozialist, wer die Gesellschaft im Sinne des Sozialismus umzugestalten sucht, sodaß sozialistisch und Sozialist im wesentlichen dasselbe bedeutet wie sozialdemokratisch und Sozialdemokrat.

Arbeiterpartei nennen wir uns, weil das arbeitende Volk das nächste Interesse und kraft seiner Zahl allein die Macht hat, eine derartige Ordnung herzustellen. Und, wohlgemerkt, unter arbeitendem Volk verstehen wir nicht bloß die Industriearbeiter, sondern jeden, der nicht von der Arbeit anderer lebt, also außer den städtischen und ländlichen Lohnarbeitern und Angestellten, sowie Unter- und Mittelbeamten auch die Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden (und Kleinhändler), die unter der Last des Kapitals ebenso seufzen wie die eigentlichen Lohnarbeiter.

Was wir wollen?

Wir wollen Gerechtigkeit und bekämpfen das Unrecht.

Wir wollen die freie Arbeit und bekämpfen die Lohnsklaverei.

Wir wollen das Wohlergehen aller und bekämpfen das Elend.

Wir wollen die Bildung aller und bekämpfen die Unwissenheit und Barbarei.

Wir wollen Friede und Ordnung und bekämpfen den Völkermord, den Klassenkrieg, die gesellschaftliche Anarchie.

Wir wollen den sozialistischen Volksstaat und bekämpfen den despotischen Klassenstaat.

Wer das gleiche will, wer das gleiche bekämpft, der schließe sich uns an und wirke mit all seinen Kräften für unsere Sache, für die Sache der Sozialdemokratie, für die Sache der Menschheit, auf daß der Sieg bald errungen werde!

Teure Offiziere.

Durch die seit Jahren beliebte Art der „Offiziersverjüngung“ werden die Offiziere der höheren Chargen in verhältnismäßig frühem Alter in Pension geschickt und daher müssen ihnen ihre beträchtlichen, teilweise sogar sehr hohen Pensionen lange Zeit hindurch bezahlt werden. Das Durchschnittsalter, in dem die Bataillonskommandeure der großen Säge verfallen, ist 47 Jahre. Die Durchschnittspension eines Bataillonskommandeurs beträgt 5000 Mark. Wird ein verabschiedeter Bataillonskommandeur auch nur 65 Jahre alt, so muß ihm das Volk im ganzen 90.000 Mark Pension zahlen. Verabschiedete Bataillonskommandeure sind aber jetzt im Reiche inklusive Bayern rund **2600** vorhanden! Die Regimentskommandeure werden durchschnittlich mit 51 Jahren pensioniert. Ihnen kommt gewöhnlich eine Pension von ungefähr 7000 Mark zu. Erreicht ein pensionierter Regimentskommandeur auch nur das Alter von 65 Jahren, so erhält er in Summa 98.000 Mark Pension. Und pensionierte Regimentskommandeure existieren im Deutschen Reiche rund **870**! Die Brigadekommandeure bekommen im allgemeinen mit 53 Jahren den Abschied. Ihre Pension beläuft sich auf zirka 9000 Mark. Mit 65 Jahren hat also ein Brigadekommandeur im Durchschnitt 108.000 Mark an Pension eingeheimst. Verabschiedete Brigadekommandeure marschieren im Deutschen Reiche annähernd **630** herum. Die Divisionskommandeure verfallen durchschnittlich mit 56 Jahren der großen Säge. Die Pension beträgt hier ungefähr 15.000 Mark. Wer von ihnen 65 Jahre alt wird, bezieht im Summa 117.000 Mark Pension. Verabschiedete Divisionskommandeure gibt es im Deutschen Reiche jetzt ungefähr **230**! Die kommandierenden Generale werden durchschnittlich mit 61 Jahren pensioniert. An Pension erhält jeder von ihnen die Kleinigkeit von 19.485 Mark. Bleibt eine solche verabschiedete Exzellenz auch nur noch vier Jahre lang am Leben, so muß ihr das Volk in Summa rund 78.000 Mark Pension bezahlen. Das Deutsche Reich weist momentan **35** pensionierte kommandierende Generale auf.

Historisch kann die jetzige Abläßerei nicht gut begründet werden, denn im Jahre 1870/71 waren die deutschen Stabsoffiziere und Generale im allgemeinen bedeutend älter als jetzt. Moltke wurde während des Krieges 70 Jahre alt, der kommandierende General des 2. bayerischen Armeekorps, Hartmann, zählte damals schon 75 Jahre. Wären die jetzigen Pensionierungsprinzipien in Preußen schon vor fünfzig Jahren maßgebend gewesen, dann hätte Moltke 1866 schon seit längerer Zeit statt des Degens den Regenschirm und statt des Helmes den Zylinderhut getragen.

Wie frisch und munter aber die jetzt auf Kosten der Steuerzahler pensionierten Offiziere herumlaufen, dafür haben wir ja Beispiele genug: Strosser, Keim, Liebert usw.

Drei Kronzeugen

zum Geburtenrückgang.

Eine Umfrage über den Geburtenrückgang und die Kinderfrage hat die freikonservative „Post“ angeregt; sie veröffentlicht drei ausführliche Antworten, die ihr aus ihrem Leserkreise auf diese Anregung hin zugegangen sind. Die erste stammt aus Westpreußen von einem Hauptmann v. E., der seit zehn Jahren die „Post“ liest. Darin heißt es:

„Beschränkung der Kinderzahl ist sittlich zu verwerfen, aber, leider, zurzeit geboten. Ich bevorzuge das Zweikindersystem, so lange nicht der Staat helfend, wie angegeben, eintritt. Freiwillige Kinderlosigkeit ist auf das tiefste zu verabscheuen als ein Zeichen von Verfall.“

Die zweite Zuschrift rührt von einer Dame aus Charlottenburg her, die sich mit Stolz als Mutter von sechs Kindern bekennt und Kinder für den größten Segen erklärt. Aber auch sie macht die Einschränkung:

„Eine Beschränkung der Kinderzahl halte ich nur dann für erlaubt, wenn einer der Ehegatten eine erbliche Krankheit hat — in diesem Falle sollte allerdings lieber garnicht geheiratet werden —, oder wenn die Einkünfte tatsächlich zu gering sind, um viele Kinder großzuziehen. Der diesbezügliche Maßstab wird wohl allerdings meist falsch angelegt, denn mehrere Kinder verlangen bei einfacher Erziehung weniger Kosten als ein einzelnes, (?) dessen Lebensführung oft aus „Standesrücksichten“ der der Kinder reicher Eltern in keiner Weise nachstehen soll. Eine freiwillig kinderlose Ehe ist in meinen Augen nur ein Konkubinat.“

Die dritte Zuschrift sendet ein mittlerer Beamter aus Schlesien. Sie ist wohl die lehrreichste von den dreien; aus ihr sei folgendes mitgeteilt:

„Die willkürliche Beschränkung halte ich nicht für sittlich erlaubt. Das Zweikindersystem wird in vielen Kreisen zur wirtschaftlichen Notwendigkeit. Eine freiwillig kinderlose Ehe halte ich überhaupt für keine Ehe. . . .

Ich bin 30 Jahre alt und beziehe 1800 Mk. Gehalt und 520 Mk. Wohnungsgeld. Nachstehend will ich Ihnen eine Aufstellung meines Etats vor der Geburt des ersten Kindes geben, mit dem Bemerken, daß ich hier eine billigere Wohnung nicht finde, daß wir sehr einfach essen und an den übrigen Posten von selbst sich nichts streichen läßt. Also, Einnahme = zusammen 2320 Mk. oder vierteljährlich 580 Mk.

Ausgaben vierteljährlich:

	Mk.
Miete (für eine sehr beschränkte Dreizimmerwohnung 650 Mark) =	162,50
Wirtschaftsgeld (monatlich 80 Mark bei sehr hohen Lebensmittelpreisen)	240,00
Steuern (250 Prozent, also 125 Prozent Kommunalsteuern!) rund	18,00
Kohle, durchschnittlich	30,00
Licht	10,00
Lohn für ein sechzehnjähriges Bedienungsmädchen auf drei Stunden den Tag (3,10 Mark)	30,00
Lebensversicherungsprämie	40,00
Kriegervereinsbeitrag	1,50
Wäsche (vierteljährlich)	12,00
Versicherungsmarken und Ortskrankenkasse für das Bedienungsmädchen 2,34 und 3,12 Mk., zusammen	5,46
Feuer- und Einbruchsdiebstahl-, sowie Haftpflichtversicherung	9,70
Zeitungen	5,50
Gesamtausgabe:	564,66

Einer Einnahme von 580 Mark stehen 564,66 Mark Ausgabe gegenüber, so daß ganze 15,34 Mark für das Vierteljahr übrig bleiben. Wovon bezahlt man nun Kleidung, Schuhwerk, Weihnachtsgeschenke für das Bedienungsmädchen und die vielen kleinen Ausgaben, die dauernd an jeden Menschen herantreten? Oder gar Krankheiten?

So also sieht es aus ohne Kinder. Wie aber erst mit Kindern! Es bleibt mir nichts übrig, als jedes Jahr ein kleines Darlehn aufzunehmen und auf die erste Gehaltszulage zu warten, denn die Gleichstellung der Justizsekretäre mit den Verwaltungssekretären ist ja nach der (neuen) Besoldungsnovelle ins Wasser gefallen, wahrscheinlich für immer, und das Anfangsgehalt bleibt 1800 Mark. Sobald ich die erste Gehaltszulage, 30 Mark, habe, fange ich damit an, die alten Bären abzubinden und stehe damit auch nicht besser, als vor der Zulage.

Was sollen nun die Leute tun, die zwei und mehr Kinder haben? Können Sie denen eine andere Rechnung aufmachen? Der Kernpunkt der Geburtenfrage liegt meines Erachtens nicht in Konzeptionsmitteln, sondern in wirtschaftlichen Fragen.

Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt dazu: Von Heydebrand über Spahn bis zu Bassermann schwört die eherne Phalanx „bewährter“ Verteuerungspolitiker, der Geburtenrückgang habe mit der „bewährten“ Wirtschaftspolitik nicht das mindeste zu tun. Und die Regierung spricht das Sprüchlein nach. Dem Kartell all dieser Bewährten wird hier von drei Leuten aus dem Leserkreise der hochschutzzöllnerischen „Post“ die Wahrheit gesagt. Sie kann ihre Umfrage einstellen, diese drei, sicher unbeeinflußten Proben genügen.

Denn was hier von Hauptleuten, Frauen und Männern des Beamtenstandes gesagt wird, gilt in zehnfacher Hinsicht

für die Arbeiterkinder, deren Mitglieder keine „Darlehen" aufnehmen, nicht auf die fälligen Gehaltszulagen warten können, sondern die Frauen zur Arbeit anspannen und umsomehr hungern und darben müssen, je größer die Kinderzahl wächst.

Politische Uebersicht.

Die Heinzelmännchen von Berlin.

Die Sozialdemokraten im Reich haben in diesen Tagen alle Veranlassung, neidvoll auf die Genossen in Berlin zu blicken. Draußen im Reich müssen sie sich selber plagen, um in dieser roten Woche der Partei neue Mitglieder, der Parteipresse neue Abonnenten zu gewinnen. In Berlin wird das alles kostenlos von den Behörden besorgt. Staatsanwalt und Polizei bewähren sich hier als Heinzelmännchen der roten Wirtschaft, die noch vor Tagesanbruch alles im Hause besorgen, sodaß dem Hausherrn, wenn er aufsteht, beinahe nichts mehr zu tun übrig bleibt.

An dem Anfang der roten Woche ward der Kronprinzen-Beleidigungsprozeß gegen den „Vorwärts" gestellt. Wegen einer harmlosen Satire, die von Hunderttausenden mit Vergnügen gelesen wurde, verurteilte die Strafkammer in geheimer Verhandlung, wie das jetzt üblich ist, den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts" Genossen Dr. Ernst Meyer zu drei Monaten Gefängnis. Das war in einer Woche der zweite Kronprinzen-Beleidigungsprozeß. Wenn das so weiter geht, wird man bald die Diebe aus den Gefängnissen entlassen müssen, um Platz für die Schriftsteller und Redakteure zu bekommen. Die Berliner werden aber wissen, was sie zu tun haben. Gerichtliche Verfolgungen haben sich ja stets als das beste Propagandamittel für die sozialdemokratische Presse erwiesen. Eine Anklage ist sozusagen eine besondere Form, in der der Staatsanwalt auf das Abonnement eines Blattes aufmerksam macht. Das am Sonnabend über den „Vorwärts" gefällte Urteil wird die ganze rote Woche hindurch in Berlin nachklingen, es ruft den Berliner Arbeitern zu: Abonniert auf den „Vorwärts".

Unter diesen Umständen kann auch der bewährte Gönner der Berliner Arbeiterbewegung, der Polizeipräsident v. Jagow, nicht fehlen. Herr v. Jagow aber ist der Mann der originellsten Einfälle, der immer wieder aufs neue Aufsehen zu erregen und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken versteht. Am Freitag morgen grüßten von den Berliner Litfaßsäulen Plakate, die mit folgendem Wortlaut zum Besuch des sozialdemokratischen Frauentags einluden:

Frauentag.

Sonntag, den 8. März, 1914, nachmittags 2 Uhr:

Oeffentliche politische Frauen-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59,
Happoldts Brauerei, Hasenheide 32/38,
Graumann, Naunynstraße 27,
Süd-Ost, Waldemarstraße 75,
Konzert- und Festsäle, Koppenstraße 29,
Schweizergarten, Am Königstor,
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10,
Berliner Bockbrauerei, Chausseestraße 64,
Frankes Festsäle Badstraße 19,
Pharus-Säle, Müllerstraße 142,
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße 24.

Tagesordnung:

Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Alle Frauen sind eingeladen.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

Am Tage darauf erfuhr die staunende Welt, daß dieses Plakat — **verboten** sei! Es hat wohl selten noch in allen Regionen ein so allgemeines Schütteln des Kopfes gegeben wie diesmal. Man nahm den Text, las ihn von links nach rechts, dann von rechts nach links, stellte ihn auf den Kopf, drehte ihn um, ward aber um nichts klüger. Eine Beschwerde an den Minister des Innern brachte die Lösung des Rätsels. Das Plakat war verboten worden, weil es darauf hieß: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht!" Ein Plakat, auf dem die Tagesordnung lautet: „Besprechung über das Frauenwahlrecht," oder „Das Frauenwahlrecht" wollte man dagegen huldvollst gestatten.

Es schlägt dreizehn!

Daß die Frauenversammlungen auf diese Weise zu einer grandiosen Huldigung für die in Preußen herrschende Polizeiweisheit wurden, versteht sich von selbst. Daß ganz Berlin von dem neuesten Streich seines Polizeigewaltigen sprach und daß diese Aufrüttelung weit mehr zum Besuch der Versammlungen beitrug als der trockene, sich im Rahmen des Herkömmlichen haltende Plakattext, braucht auch nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Es ist selbstverständlich, daß Herr v. Jagow noch ein Uebriges tat und auch einen Aushang vor Lokalen verbot, in denen Erklärungen zum Parteibeitritt und Abonnements-Bestellungen entgegengenommen werden. In diesem Aushang waren aber auch ganz gräßliche Dinge zu lesen, wie die folgenden:

Es geht aufs Ganze,
Uebermütiger als je erhebt sich die **Militärherrschaft!**
Das **Koalitionsrecht** will die Reaktion uns rauben!
Gegen die **Arbeitslosigkeit** will sie nichts tun!
Die **Dreiklassenschmach** hält sie aufrecht!
Die **Zollwucher-** und **Teuerungspolitik** will sie verschärfen!

In einem Staat, in dem schon die Worte „Heraus mit dem . . ." gefährlich sind, dürfen natürlich solche schreckliche Behauptungen nicht öffentlich aufgestellt werden. Zwar daß die Zeitungen sie in Millionen von Exemplaren verbreiten, kann man nicht hindern — aber daß sie in ein paar Dutzend Schaufenster gehängt werden, das kann man verhindern auf Grund des famosen § 9 des preußischen Preßgesetzes von 1851. Also verhindert man es. Es könnte ja sonst sein, daß einer von den Zehntausenden von Staatssklaven, denen man die Lektüre beschränkt und den Versammlungsbesuch verbietet, an solch einem Schaufenster vorüberginge — — und was er dann denkt, das kann man ja nicht kontrollieren. In einer Zeit, in der schon die Schutzleute selbst Demonstrationen gegen die Polizei veranstalten, kann man nicht vorsichtig genug sein.

Das freie Wort wird in den Kerker geworfen, die Preßzensur überschlägt sich in Verboten — — wahrlich, sie leisten gute Arbeit, die Heinzelmännchen von Berlin! Mögen ihre Taten in dieser roten Woche weit über das Weichbild der Reichshauptstadt hinauswirken!

Die neue Kronprinzenbeleidigung.

Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Genosse Dr. Ernst Meyer, hatte sich am Sonnabend vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I Berlin, derselben Kammer, von der Hans Leuß vor einigen Tagen verurteilt wurde, wegen Beleidigung des Kronprinzen zu verantworten. Es handelt sich um einen in Nummer 25 des „Vorwärts" vom 26. Januar dieses Jahres erschienenen Artikel mit der Ueberschrift: Vom Jahrmarkt des Lebens. Der Abschied vom Regiment. In diesem Artikel wird der Regimentsbefehl des Kronprinzen an das Langjuhrer Husarenregiment in humoristischer Weise behandelt.

Nach Verlesung des Anklagebeschlusses, beantragte der Staatsanwalt wegen Gefährdung der Staatssicherheit den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, widersprach dem Antrage und ersuchte für den Fall, daß dem Antrage stattgegeben werden sollte, den Landtagsabgeordneten Redakteur Ströbel zuzulassen. Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, die Oeffentlichkeit auszuschließen, dagegen den Redakteur Ströbel zuzulassen. Das Publikum und die Vertreter der Presse mußten den Saal verlassen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 4 Monate Gefängnis, der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, Freisprechung.

Nach sehr langer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hofmeister: Der inkriminierte Artikel enthalte eine Parodie des Regimentsbefehls, den der Kronprinz bei seinem Abschied an das Langjuhrer Husarenregiment gerichtet hat. Es ist darin eine arge Ehrverletzung enthalten und zwar ist der Gerichtshof der Ansicht, daß dies in böswilliger Absicht geschehen ist. Der Artikel ist durch und durch hämisch gehalten. Der Angeklagte leugnet ja, der Verfasser zu sein; er ist aber laut § 20 des Preßgesetzes verantwortlich. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft und nicht der Verfasser ist; andererseits wurde aber erwogen, daß es sich um eine schwere Beleidigung des Thronerben handelt. Es ist auch in Betracht gezogen worden, daß der Artikel in einem Organ erschienen ist, das eine sehr große Verbreitung hat. Deshalb konnte der Gerichtshof nicht auf eine Festungsstrafe erkennen, sondern auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

Wie sie mogelten!

Im Kommunal-Landtage zu Kassel beziffterte der Abg. Landrat Kammerherr v. Keudell aus Eschwege das infolge des Generalpardons im Regierungsbezirk Kassel mehr deklarierte Einkommen und Vermögen nach den bis jetzt aus den einzelnen Stadt- und Landkreisen vorliegenden vorläufigen Abschätzungen über 100000000 Mark.

Bloß 100 000 000 Mark! Die Aermsten! Jetzt müssen sie das versteuern!

Immerfort für den Angriff.

In einer Versammlung des Deutschen Wehrvereins zu Danzig hat der Generalmajor v. Keim wieder einmal für eine Vermehrung des Heeres Stimmung gemacht:

Er vertrat die Ansicht, daß die verstärkten russischen Rüstungen wohl kaum unmittelbare Kriegsgefahr bedeuteten, sondern vorläufig den Zweck hätten, bestimmten politischen Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben. Allerdings liege darin immerhin eine große Gefahr, denn man könne nicht wissen, in welcher Richtung sich diese Forderungen bewegten. Der Redner vertrat ferner die Ansicht, daß drohende Kriegsgefahren für Deutschland nur abgewendet werden könnten, wenn wir bis an die äußerste Grenze kriegerischer Leistungsfähigkeit gingen in unseren militärischen Friedensvorbereitungen. Erst wenn die allgemeine Wehrpflicht wirklich durchgeführt sei, könnte das deutsche Volk sagen, daß es seine Pflicht getan hätte angesichts der ernsten Weltlage, und könnte dann der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegensehen.

Der Vorsitzende der Versammlung hielt es nach dem Referat des Generals Keim dann noch für zweckmäßig, zu versichern, die Wehrvereinler seien keine Kriegshetzer und keine Chauvinisten. Was diese Beteuerung aber praktisch wert ist, bewiesen seine weiteren Worte: „Wenn wir uns erst verteidigen müssen, dann sind wir schon verloren. Nur die Offensive gewährleistet den Sieg." Bezeichnend ist übrigens, daß in der Versammlung zahlreiche Offiziere anwesend waren, unter denen sich auch der General-Inspekteur der ersten Armeeinspektion, General v. Prittwitz und Gaffron befand. Die Kriegs- und Rüstungshetze wird eben nicht als eine politische Angelegenheit angesehen.

Bachems Triumph.

Im „Tag" zieht Dr. Julius Bachem die Bilanz des Feldzuges gegen die integralen Katholiken. Er konstatiert Sieg auf der ganzen Linie: die Integralen seien untereinander uneinig; die „Petrusblätter" in Trier hätten sich vielleicht zum Scheine unterworfen, die Oppersdorffsche „Klarheit und Wahrheit" suche mit Hohn und Spott über die Kundgebung des Reichsausschusses der Zentrumspartei hinwegzukommen; aber die deutsche Zentrumspartei werde sich „weder durch die Polemik von „Klarheit und Wahrheit" noch durch den Trick der „Petrusblätter" hindern lassen, die Kundgebung des Reichsausschusses zur Geltung zu bringen". Auch innerhalb der Zentrumspresse sei die reinliche Scheidung vollzogen. Der Augustinusverein habe die Richtlinien für die Zentrumspresse festgelegt und seine nächste

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

13 (Nachdruck verboten.)

Und Carla spielte mit beiden Händen: „Laß zu dem Glauben Dich bekehren: es gibt ein Glück, das ohne Reu'!"

„Großer Gott, Carla — mein gnädiges Fräulein, wissen Sie, daß ich etwas Aehnliches — in fast denselben Worten —"

„Von Herrn Giraldi gehört habe", sagte Carla, als der Graf verlegen schwieg; „sprechen Sie es ganz ruhig aus; es beleidigt mich nicht. Er ist der klügste der Menschen, vor dem man keine Geheimnisse haben kann, selbst wenn man wollte, und — ich will es nicht; Sie — sollten es auch nicht wollen. Er liebt Sie sehr; er will Ihr Bestes — glauben Sie mir, und trauen Sie ihm!"

„Ich glaube es", sagte der Graf; — „und ich würde ihm unbedingt trauen, wenn die Verbindung, um die es sich handelt, nicht auch einen ganz kleinen geschäftlichen Beigeschmack hätte. Sie wissen, ich habe heute den Warnowschen Komplex gekauft. Ich hätte schwerlich ein so ungeheures Risiko auf mich genommen, gar nicht auf mich nehmen können, wenn man nicht hätte durchblicken lassen, daß ich zum mindesten die Hälfte des Kaufgeldes in Form der Mitgift —"

„Fi donc!" sagte Carla.

„Um Himmelswillen, meine Gnädige, mißverstehen Sie mich nicht!" rief der Graf; „es ist ja selbstverständlich, daß diese Insinuation nur von Herrn Giraldi und sonst von niemand in der Welt ausgehen konnte. Die Sache ist freilich, daß Herr Giraldi, als Mandatar der Baronin —"

„Verschonen Sie mich mit dergleichen, lieber Graf", rief Carla; „ich verstehe ein für alle Mal nichts davon! Ich weiß nur, daß meine Schwägerin ein entzückendes Geschöpf ist, und daß Sie ein schrecklich blasierter Mensch sind, vor dem jedes ehrliche Mädchen ein Grauen empfinden müßte. Und jetzt gehen Sie in den Salon, ich höre die Baronin Kniebrecke, sie würde Ihnen nie vergeben, wenn Sie ihr nicht innerhalb der ersten fünf Minuten die Hand geküßt haben."

„Machen Sie mir Mut zu dieser Exekution!" flüsterte der Graf.

„Wodurch?"

Der Graf antwortete nicht, sondern nahm ihre Hand von den Tasten, drückte auf dieselbe ein paar leidenschaftliche Küsse und eilte in einer Bewegung, die halb gemacht und halb empfunden war, in den Salon.

„Er ist doch ein lieber Narr!" flüsterte Carla, über die Schulter gewandt, dem Enteilenden mit der Lorgnette vor dem Auge nachblickend.

„Das ist er", sagte eine Stimme neben ihr.

„Mon Dieu, Signor Giraldi!"

„Wie immer zu Ihren Diensten!"

„Wie immer zur gelegenen Stunde! Sie sind noch nicht im Salon gewesen? Natürlich nicht! Kommen Sie, plaudern wir noch ein paar Minuten! Ein tete-a-tete mit Ihnen ist ja ein viel beneidetes Vorzug, welchen selbst die Kniebrecke respektiert."

„Und dabei ist dies respektable tete-a-tete nicht ganz so gefährlich, wie das vorhergehende", sagte Giraldi, sich zu Carla auf ein kleines Sofa setzend, welches in der Tiefe des Zimmers unter einem Wandkandelaber stand. — „Haben Sie mit ihm gesprochen?"

„Soeben!"

„Und was hat er erwidert?"

„Er begreift alles, nur nicht —"

„Also doch nicht alles."

„Lassen Sie Ihr ironisches Lächeln; er ist wirklich so unbedeutend nicht. Er ist zum Beispiel klug genug, nach dem Interesse zu fragen, welches Sie speziell an seiner Verbindung mit Else nehmen können."

„Zürnen Sie nicht, wenn ich noch ein ganz klein wenig weiter lächle", sagte Giraldi; — „wie, der Herr Graf fragt nach dem Interesse, das ich an der Sache habe, er, auf dessen Seite der ganze Vorteil liegt? Nun ja, ich gebe es zu: der Verkauf hätte sich in die Länge gezogen, da der Herr General aus purem Eigensinn überhaupt nicht, und Ihr Herr Bruder aus Gründen der Schicklichkeit nicht an das Gründungskomitee direkt verkaufen will, und durchaus eine Mittelsperson verlangt; ich gebe weiter zu, daß der Graf nicht nur die in jeder anderen Hinsicht bequemste, schicklichste, sondern auch die für uns lukrativste ist, weil er als Nachbar wirklich mehr bezahlen kann, als jeder andere. Aber das ist ein Vorteil für uns, den wir durch andere Vorteile, die wir ihm gewähren, und mit deren Detaillierung ich Sie nicht behelligen will, auf das reichlichste kompensieren. Glauben Sie mir, liebes Fräulein, das alles weiß der Graf so gut, wie ich; und er spielt auch nur den Unwissenden und infolge dessen Zaghaften, aus Gründen, die ich Ihnen der Reihe nach nennen will. Erstens: es ist immer gut, wenn man die Hand nicht sieht, die uns das Glück in den Schoß wirft — man kann dann gelegentlich so undankbar sein, wie man will; zweitens, er liebt Sie und — wer möchte es ihm verdenken? — hält seine Sache noch nicht für durchaus verloren, so lange Sie nicht vermählt sind; drittens ist er gar nicht sicher, daß er von Fräulein von Werben akzeptiert wird, und zu dieser Unsicherheit hat er in der Tat gegründeter Veranlassung, als sich seine Philosophie und Eitelkeit zusammen träumen lassen."

„Sie deuteten bereits wiederholt auf eine Neigung hin, welche Else zu dem hübschen Schiffskapitän haben sollte", sagte Carla. „So sehr ich Ihren Scharfsinn auch bewundere, lieber Giraldi — hier ist die Grenze meiner Gläubigkeit."

„Und wenn ich unumstößliche Beweise, — wenn ich es schwarz auf weiß habe von der Hand der vertrautesten Freundin Elses, jenes kleinen Fräuleins von Strummin, das so Hals über Kopf abgereist ist, um uns aus der Sicherheit ihrer Insel heraus durch die Nachricht ihrer Verlobung mit dem Bildhauer Justus Anders zu überraschen? Bitte, lachen Sie nicht; es ist alles positiv, was ich Ihnen erzähle. Herr Justus Anders aber ist wieder der vertrauteste Freund des Herrn Kapitäns; die Freundespaare, scheint es, haben hinüber und herüber keine Geheimnisse, jedenfalls hat Fräulein von Strummin keine vor ihrem Verlobten, und diesem schreibt sie in einem Briefe, der heute Morgen gekommen, wörtlich" —

Giraldi hatte aus der Tasche seines Fracks ein zierliches Portefeuille genommen und aus demselben ein Papier, das er entfaltete.

„Wenn jemand kommen sollte, ist es ein Brief des Bildhauers Enrico Braga aus Mailand — schreibt also wörtlich folgendes — ich bin für die Absonderlichkeiten des Stils nicht verantwortlich — „Noch eines, geliebter Künstlerkopf, worüber sich Lesto vor Freude zu Tode bellen würde, wenn er es begreifen könnte, und Du Dich auch kindisch, wie Du immer bist, freuen wirst: meine Else liebt Deinen Reinhold von ganzer Seele und von ganzem Gemüte, und das will etwas sagen für den, welcher, wie ich, weiß, daß sie ganz Seele ist und das himmlischste Gemüt von der Welt hat. Ich habe keine Erlaubnis, und am wenigsten den Auftrag, es Dir zu sagen; aber wir dürfen doch nun nicht mehr mit einander Versteckens spielen, weißt Du; und müssen auch unseren armen Freunden Mut machen, was am besten dadurch geschieht, daß man ihnen alle Stunde einmal sagt: er, oder in Deinem Falle: sie liebt Dich! Ich habe es wenigstens bei Else probat gefunden. Ach, geliebtes Künstlerherz! Wir müssen uns ja eigentlich schämen, daß wir so glücklich sind, wenn wir bedenken, wie unglücklich unsere Freunde sind, und bloß dieser abscheulichen Verhältnisse wegen! Wenn ich den kennte, der diese Verhältnisse erfunden hat; ich wollte ein Wort mit ihm sprechen, weißt Du!"

„Das ist ja wunderbar interessant!" rief Carla; — „und wird den Grafen unendlich interessieren!"

„Ohne Zweifel", sagte Giraldi, das Blatt wieder in das Portefeuille legend — „nebenbei, welche große Seele sind Sie doch, nicht einmal zu fragen: woher ich dies habe! — Indessen meine ich, warten wir mit der Mitteilung, bis Sie über eines sicher sind."

„Worüber?"

(Fortsetzung folgt.)

Aufgabe werde nun sein, die Blätter, „welche hin und her fackeln und glauben, an einer entschiedenen Stellungnahme sich vorbeidrücken zu können", zur Räson zu bringen. Das bisherige Zwielicht dürfte nicht länger bestehen bleiben.

Bachem hofft, wenn auf diese Weise die Opposition nach allen Richtungen hin mundtot gemacht ist, daß dann für die Zentrumspartei eine Periode der Ruhe eintreten wird.

Das klingt sehr siegesbewußt. Aber vielleicht wird die Zuversicht Bachems doch etwas erschüttert, wenn er liest, daß das Organ der Kölner Richtung in Trier eben der Oeffentlichkeit mitteilt, daß die dortige integrale Richtung versucht habe, unter Amtsmißbrauch den „Volksfreund" (eben das Organ der Kölner) wegen seiner zentrumstreuen Haltung in dem Bestande seiner Leser zu schädigen. Der „Volksfreund" droht, jedem weiteren solchen Versuch mit allen Mitteln, nötigenfalls mit Hilfe des Gerichts, zu begegnen. Unter solchen Umständen ist die Aussicht nicht allzu groß, daß in der Zentrumspartei bald Ruhe eintritt.

Der Reichsverband gegen die Rote Woche. Wo alles schimpft, da darf der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nicht fehlen, und so haben sich seine Macher entschlossen, ein Flugblatt herzustellen, das sich mit der Roten Woche befaßt. Dieses Flugblatt kommt reichlich spät, denn die Rote Woche wird vorbei sein, bis es in die Hände seiner Interessenten kommt. Die ganze Tätigkeit des Reichsverbandes besteht seit langer Zeit darin, daß er über alle möglichen Dinge ein Flugblatt herstellen läßt. Damit will er seinen Geldgebern zeigen welch „rührige Tätigkeit" er entfaltet. In Wirklichkeit werden seine Flugblätter ganz außerordentlich wenig verbreitet, weshalb sich der Reichsverband auch hütet, nur mit einem Wort von der Wirksamkeit seiner Flugblätter zu berichten.

Zu den letzten Kommunalwahlen in Steglitz bei Berlin wird geschrieben:

Bei der Wahl in einem Bezirk wurde bereits im ersten Wahlgange der Demokrat Oberst a. D. Gädke von der Sozialdemokratie unterstützt, während in einem anderen Bezirk die Demokraten die beiden sozialdemokratischen Kandidaten unterstützten. Diese Tatsache hat den Anschein erweckt, als handele es sich hier um ein formelles und bedenkliches Wahlbündnis schon für den ersten Wahlgang.

Die Ursache für diesen ungewöhnlichen Vorgang lag aber in der Wahlbestimmung, daß der Inhaber des Mandats Hausbesitzer sein muß. Da sich unter den Steglitzer Genossen keiner fand, der Hausbesitzer ist, lag die Wahlsituation für die Genossen schon bei der Hauptwahl so, wie sie sonst erst für die Stichwahl gegeben ist; sie hatten entweder auf jede Wahlbeteiligung zu verzichten oder aber von den beiden aufgestellten bürgerlichen Kandidaten den linksstehenden zu wählen. Das letztere ist geschehen, um dadurch die reaktionäre Mehrheit im Gemeindeparlament zu schwächen. Es ist bei der ganzen Wahlagitation nicht der geringste Zweifel darüber gelassen worden, daß wir deshalb zur Wahl des Demokraten Gädke aufforderten, weil wir keinen eigenen Kandidaten aufstellen konnten. Wenn die Demokraten in einem anderen Bezirk die sozialdemokratischen Kandidaten unterstützten, so war das ihr freier Entschluß. Es ist diese Unterstützung weder gefordert, noch ist überhaupt ein Wahlbündnis geschlossen worden, das den Steglitzer Genossen in ihrer Wahlagitation irgendwelche Beschränkungen oder Verpflichtungen auferlegte.

Vom Zeugniszwang. Der Rechtsanwalt Dr. Goldstaub in Rostock lehnte es ab, in einem Ermittelungsverfahren gegen einen seiner früheren Mandanten einige bei den Handakten befindliche Schriftstücke der Behörde auszuliefern. Darauf wurde bei dem Rechtsanwalt polizeilich gehaussucht. Die Schriftstücke wurden jedoch nicht gefunden.

Ex-Gouverneur Rechenberg Zentrumskandidat. Der Wahlvorstand der Zentrumspartei im Wahlkreise Braunsberg-Heilsberg beabsichtigt, der Vertrauensmännerversammlung für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl u. a. den Freiherrn v. Rechenberg, früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, als Kandidaten des Zentrums vorzuschlagen. Daneben kommen noch ein Geistlicher, der Majoratsherr von Kalckstein, und ein Forstmeister in Frage.

Zu einer Wallfahrt nach Rom fordert der Erzbischof von Köln die gläubigen Katholiken Deutschlands auf um dem Papst zu zeigen, daß in den gegenwärtigen „schweren Zeiten" der Glaubensmut und die Einmütigkeit der katholischen Kirchenangehörigen nicht abgenommen haben.

Von einer neuen „Wackes"-Affäre wird aus Straßburg geschrieben: Wie der „Elsässer" berichtet, machte ein Wachtmeister des in St. Avold stehenden Ulanenregiments Nr. 14, als ein Arbeiter sich in einer Wirtschaft ein Glas Branntwein bestellte, die Bemerkung: „Säuft sich dieser Wackes schon in aller Frühe einen Schnaps!" Der Arbeiter meldete den Vorfall dem Regimentskommandeur, der den Wachtmeister mit drei Wochen gelindem Arrest bestrafte. — Sollte man im Elsaß nicht bald ein wenig zu empfindlich sein.

Für die Altpensionäre ist der „Vossischen Zeitung" zufolge in dem geplanten Gesetzentwurf eine Aufbesserung auch über die Grenze von 3000 Mark hinaus in Aussicht genommen, während man bisher angenommen hatte, es sollten nur die Pensionäre bis zur Höchstgrenze von 3000 Mark berücksichtigt werden.

Bei der Landtags-Ersatzwahl zum preußischen Abgeordnetenhause im Wahlkreise Steinburg wurde am Sonnabend an Stelle des ins Herrenhaus berufenen bisherigen Abgeordneten Dr. Engelbrecht der Hofbesitzer Meifort (Freikons.) aus Wilster mit sämtlichen abgegebenen 175 Stimmen gewählt. Die Wahlmänner der Fortschrittler und der Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme.

Der Nachfolger des Grafen Mielczynski. Im Wahlkreise Samter-Birnbaum, in dem am 17. März die Ersatzwahl für den Grafen Mielczynski stattfindet, haben die Polen den Prälat Klos-Posen als Kandidaten aufgestellt. Der Kandidat anderer bürgerlicher Parteien ist der Agrarier von Haza-Radlitz.

Ausland.

Die Demokratie in Japan.

Genosse Katayama schreibt uns aus Tokio:

Die Demokratie in Japan hat sich seit der Siemensaffäre stürmisch entwickelt. Der Siemenssche Geschäftsleiter Herrmann ist verhaftet und angeklagt wegen Vernichtung von Beweismitteln und Bestechung von Offizieren. Ebenso Andrew Pooley wegen Hehlerei, Bestechung und Bedrohung, und mehrere Japaner wegen Beihilfe zu Bestechungen. Auch einige Marineoffiziere kommen wegen Annahme von Bestechungen vor das Kriegsgericht. Früher oder später wird das alles nach der Beendigung der gegenwärtigen Parlamentssession eine Veränderung des Ministeriums zur Folge haben.

Seit dem 10. Februar haben viele Demonstrationen der empörten und erregten Volksmenge stattgefunden, welche sich zur Stütze der Opposition im Hetiya-Park und um das Parlamentsgebäude versammelten, wobei viele Zusammenstöße zwischen den Leuten und der Polizei stattfanden. Diese griff das unbewaffnete und harmlose Volk mit blankem Säbel an und verwundete sechs Personen, darunter einen Redakteur und einen Zeitungsagenten, so daß deren Ueberführung in ein Hospital notwendig wurde. Am 14. bewachte die Majoritätspartei mit Hilfe der Regierung und der bewaffneten Polizei das Parlamentsgebäude. An demselben Tage fanden Prügeleien und Faustkämpfe zwischen den Mitgliedern beider Parteien statt. Auch Taschendiebe trieben sich im Hause herum und stahlen einem Abgeordneten den Geldbeutel. So weit geht die Unordnung in dieser Sitzungsperiode.

Auch versuchte die Regierung die demokratische Bewegung durch Massenverhaftungen zu unterdrücken. An einem Abend wurden mitten in der Stadt 135 Leute festgenommen und wie Verbrecher behandelt. Die Erregung des Volkes richtete sich gegen die Barbarei der Regierung und die gesamte Presse protestierte gegen solche gewaltsame Unterdrückung. Seitens des Gerichtes wurden Verdächtige, darunter Marineoffiziere, zurückbehalten, so daß die Polizei 400 Leute entlassen mußte. Immer wieder aber erfolgten neue Verhaftungen und Anklagen wegen Aufruhr und Anstiftung zu Massendemonstrationen. Vergeblich versuchte man, die Bevölkerung einzuschüchtern. Das Ministerium sowohl wie Seiyukai haben alles Vertrauen verloren, und es ist sicher, daß sie auf ihr Portefeuille verzichten werden. Jedenfalls gewinnt die Demokratie durch diese Zustände an Boden. Das Volk wacht auf und gewinnt sein Massenbewußtsein. Für die gute Sache des Sozialismus reifen die Früchte.

Gesteigert ist die Erregung noch durch den Ausbruch des Sakurashima am 12. Februar, der 20.000 Leute land- und heimatlos machte. Durch die Mißernte von Reis, die Millionen Menschen im Norden der Hauptinsel in diesem und im vorigen Jahre dem Hunger und dem Elend preisgab, durch die vom Ministerium gestützte Erweiterung der Flotte und durch die Aufdeckung der Marineskandale.

Siehe, dein König kommt zu dir! Das albanische Fürstenpaar ist am Sonnabend nachmittag in Durazzo eingetroffen und unter dem Donner der Geschütze und dem begeisterten Jubel der Bevölkerung an Land gegangen. Nach Informationen aus diplomatischer Quelle wird aber Durazzo nur die provisorische Residenz des neuen Königs von Albanien sein. Binnen kurzem soll die Uebersiedlung des Königspaares in die neue Hauptstadt, zu der zweifellos Skutari erwählt worden ist, erfolgen. Die betreffenden Vorarbeiten sollen bereits im Zuge sein, da Durazzo nicht die nötige Sicherheit vor einem Ueberfall der Albaner auf ihren geliebten Landesherrn bietet.

* * *

Albanien vor Preußen voran. Aus Anlaß des Einzuges des neuen Herrschers von Albanien hielt Essad Pascha eine Rede an das vor seinem Palast versammelte Volk, worin er sagte: „Europa schickt uns einen Herrscher, wir werden ihm gute ergebene Diener sein. Es wird ein **starkes Kabinett** gebildet werden, das Gesetze machen wird, die dem **Volkscharakter angepaßt** werden sollen, und vor denen **alle Bürger gleichgestellt** sein müssen. Auf diese Weise wird es uns gelingen, einen **modernen Staat** zu gründen.

Außerhalb Preußens kann eben kein Junker das preußische Regierungssystem nachbilden. Wie aber stehen wir in Preußen wieder da, selbst im Vergleich mit Albanien.

* * *

Neue Kämpfe in Spanisch-Marokko. Telegramme aus Larache besagen, daß bei Tajador eine spanische Patrouille bestehend aus einem Unteroffizier und acht Mann von einer starken Bande Eingeborener angegriffen wurde. Die Patrouille hielt den Angriffen des Feindes drei Stunden lang Stand bis Verstärkungen eintrafen, die die Rebellen mit schweren Verlusten zurückwarfen. Auf spanischer Seite wurde der Unteroffizier und ein Mann schwer verwundet.

Gewerkschaftliches.

Stadt und Provinz.

Lohnbewegung der Heizungsmonteure.

Die Unternehmer in der Heizungsindustrie haben den am 1. April d. J. ablaufenden Tarifvertrag gekündigt, sie sind aber bereit, den Tarifvertrag auf 3 Jahre zu erneuern. Die Lohnkommission der Heizungsmonteure hat einen Lohntarif ausgearbeitet und diesen den Arbeitgebern zur Annahme übermittelt. Selbstverständlich wird eine angemessene Lohnerhöhung für alle Gruppen verlangt. Am 7. ds. Mts. fanden Verhandlungen statt, worüber Philipp in der am Sonntag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung der Monteure und Helfer ausführlich berichtete.

Die Herren Unternehmer — das ging aus den Ausführungen Philipps offenbar hervor, — wollen aus der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter Kapital schlagen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst zu verschlechtern. Von Zugeständnissen war gar keine Rede, sodaß die Kommission gezwungen war, die Unterhandlung abzubrechen. Die Monteure sollen für die ersten zwei Vertragsjahre keine Lohnerhöhung erhalten, im dritten Jahre 3 Pfg. pro Stunde. Hilfsmonteure und Helfer sollen überhaupt keine Zulage bekommen. Die Akkordsätze sollen nach dem Berliner Tarif geregelt werden mit Abstrich von 20 Prozent für Ueberstunden. Bei Reparaturen will man keine Zulage gewähren usw. Philipp machte den Herren einen Vorschlag, für alle Kategorien 5 Pfg. pro Stunde mehr zu zahlen und die 5 Pfg. auf 3 Jahre zu verteilen. Davon wollten die Herren auch nichts wissen. Die Unternehmer haben es aber mit dem Abschluß eines Tarifs eilig. Mittwoch sollen die beiderseitigen Kommissionen wieder zu Verhandlungen zusammenkommen. — Die Versammlung erklärte einstimmig die gestellten Bedingungen für unannehmbar, ist aber zu weiteren Verhandlungen bereit.

Die Lohnbewegung bei Gebrüder Bielewsky, Berlinerstraße Nr. 21, dauert unverändert fort. Die Sacknäherinnen werden gewarnt, dort in Arbeit zu treten. Kolleginnen seid einig!

Deutsches Reich und Ausland.

Zur Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie. Am Dienstag, 8. März wurden alle Arbeiter in der Waffenbranche ohne Rücksicht auf ihre Organisationszugehörigkeit ausgesperrt. Das war zunächst nur ein Bluff. Am Donnerstag, den 5. März, wurde in den meisten Betrieben die bereits ausgesprochene Aussperrung der Unorganisierten und der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes rückgängig gemacht. Die Unternehmer glaubten, da mit auswärtigen Streikbrecherkolonnen in der Waffenbranche absolut nichts anzufangen ist, mit Hilfe der Unorganisierten und der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ihre Betriebe aufrecht erhalten und den Industriearbeiterverband kaltstellen zu können. Diesmal hatten sie jedoch falsch gerechnet. Unter den 200 Unorganisierten befinden sich 140 bis 150 Spezialarbeiter, die als Streikbrecher absolut nicht in Frage kommen. Es verbleiben also nur noch 50 bis 60 unorganisierte Waffenarbeiter, auf die die Unternehmer rechnen, ob mit Erfolg, muß zunächst abgewartet werden.

Die Geschäftsleitung des Metallarbeiterverbandes hat den Unternehmern sofort nach Zurücknahme der Kündigung ihrer Mitglieder umgehend mitgeteilt, daß der Metallarbeiterverband sich um die Kündigungszurücknahme nicht kümmert und seine Mitglieder aus den Betrieben herauszieht. Mit dem Ausspielen der Organisationen gegeneinander ist es also diesmal nichts geworden. Die Streikenden und Ausgesperrten stehen in geschlossener Front den Unternehmern gegenüber.

Die streikenden Schiffsingenieure der französischen Handelsmarine haben in zwei im Laufe des gestrigen Vor- und Nachmittags abgehaltenen Sitzungen beschlossen, im Prinzip den Vorschlag eines Schiedgerichts anzunehmen. Von Seiten der Streikenden wie von der Gesellschaft sollen je zwei Mitglieder der Schiedskommission ernannt werden, die ihrerseits einen Obmann bestimmen werden. Sobald der Schiedsspruch abgegeben und von den streitenden Parteien und dem Marinepräfekten von Marseille unterzeichnet worden ist, soll sofort die Arbeit wieder aufgenommen werden. Voraussichtlich wird dies heute der Fall sein. Man hofft jedenfalls, daß der am Montag nach Ostasien fällige Dampfer der Messagerie maritime die Ausreise pünktlich antreten kann.

Protststreik in Rom. Die römische Arbeiterkammer und das Gewerkschaftssyndikat haben für heute den Generalstreik beschlossen, um gegen die in der öffentlichen Krankenpflege der Stadt beschlossenen Reformen zu protestieren. Infolge dieser Reformen wurden zwei Krankenhäuser und verschiedene Sanitätsstationen der Stadt geschlossen. Fünftausend Krankenwärter sind entlassen worden. Die Arbeiter wollten ein großes Meeting abhalten. Die Polizei hat dies verboten. Das Meeting soll aber trotzdem abgehalten werden.

Schlesien und Posen.

Die rote Woche

in unserer Provinz begann am Sonntag mit zahlreichen Frauenversammlungen, und soweit bis jetzt Berichte vorliegen, kann man mit gutem Recht behaupten, der Anfang ist gut und vielversprechend. Alle Versammlungen waren durchweg gut besucht und überall herrschte Kampfesfreude. Nicht nur zahlreiche Mitkämpferinnen und Kämpfer, sondern auch viele Abonnenten für die Parteipresse waren der Erfolg des Tages. Soweit die Berichte über den Verlauf der Veranstaltungen vorliegen, lassen wir diese hier folgen:

Reichenbach. Die „Rote Woche" wurde hier am Sonntag mit der Propaganda für das Frauenstimmrecht eingeleitet. In einer im „Schwarzen Bär" abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung für Frauen, an der auch Männer politisch teilnahmen, sprach Genosse Buchdruckereibesitzer Petz-Langenbielau über das „Frauenstimmrecht." Angenommen wurde eine Resolution, in der sich die Anwesenden verpflichteten, für das allgemeine gleiche und geheime Frauenstimmrecht zu allen gesetzlichen Körperschaften Propaganda zu machen.

Neisse. Die rote Woche wurde hier am Sonnabend abend durch eine öffentliche Volksversammlung eingeleitet. Das Referat hatte der Reichstagskandidat unseres Kreises, Genosse Darf aus Breslau übernommen. Der Erfolg der Versammlung waren 11 neue Parteimitglieder und 7 neue Leser der „Volkswacht". Noch nie hat hier eine Versammlung ein gleich günstiges Resultat gehabt.

Glogau. Sonntag Nachmittag fand bei Gen. Schreier eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Förster aus Breslau sprach über das Thema: „Wo bleiben die Rechte für uns Frauen." Ihre Ausführungen, an die sich eine lebhafte Aussprache schloß, fanden lebhaften Beifall. Acht neue Mitglieder waren das Ergebnis. Weiteres Agitationsmaterial und Aufnahmescheine sind beim Kassierer und Vorsitzenden zu haben.

Neustadt OS. Sonntag nachmittag fand hier eine stark besuchte Frauenversammlung statt. Auch zahlreiche Männer waren anwesend. Redner war Genosse Darf-Breslau. Der Erfolg der Versammlung bestand in 10 neuen Parteimitgliedern, drei neuen Gewerkschaftsmitgliedern und 6 neuen Lesern der „Volkswacht". Auch im Laufe des Tages haben einige Genossen bereits eine erfolgreiche Werbearbeit entfaltet, die nun die ganze Woche hindurch von allen Genossinnen und Genossen fleißig fortzusetzen ist. In der Umgegend sind alle Gendarmen mobil gemacht, um nach roten Flugblattverteilern zu fahnden.

Genossen und Genossinnen! Der Anfang ist gemacht! Und nun gilt es, während der Woche überall fleißig zu arbeiten, daß die Parole: Jeder Genosse ein neues Parteimitglied, jeder Leser der „Volkswacht" einen neuen Abonnenten, zur Wirklichkeit wird.

Markliſſa, 9. März. Ein Mordanschlag auf ein junges Mädchen wurde am Donnerstag in Schadewalde von leider bisher noch unbekannter Hand verübt. Das Dienstmädchen Elsa Müller befindet sich, da es seiner alsbaldigen Niederkunft entgegensieht, seit einigen Wochen bei der verwitweten Frau Wirtschaftsbesitzer Schröter in Schadewalde in Pflege. Donnerstag abends um 7½ Uhr, saß die Müller in Gemeinschaft mit vier anderen Personen beim Abendbrot, als plötzlich vom Fenster her ein Schuß fiel und dieser das Mädchen mitten in die Brust traf. Das Mädchen wurde am oberen Brustbein verletzt. Der Schuß ist in allernächster Nähe abgegeben worden, und zwar muß der Täter den Revolver direkt an die Fensterscheibe gehalten haben, denn an dem Glase war noch Pulverschleim zu beobachten. Wie sicher der verbrecherische Schurke gezielt haben muß, geht daraus hervor, daß neben dem Fenstervorhang nur ein 5—6 Zentimer schmaler Streifen frei blieb, um die Vorgänge in der Stube beobachten zu können, und daß die Kugel dicht am Ohr eines Arbeiters, der mit am Tische saß, vorbeiging. Der Verdacht geht auf eine ganz bestimmte Richtung.

Brosewitz, 9. März. Zu den Unterschlagungen bei der Spar- und Darlehnskasse. Am 4. März fand hier eine Generalversammlung der Kassenmitglieder statt. Es wurde berichtet, daß die durch den bisherigen Rendanten König verursachten Fehlbeträge insgesamt 51.076,17 Mark betragen. Es ist auf Veranlassung des Vorstandes über das gesamte Vermögen des König Arrest ausgebracht worden. Da das König'sche Grundstück und sein gesamtes totes und lebendes Inventar in sehr gutem Zustande und das Grundstück nicht hoch belastet ist, so erwartet man bei dem Verkauf einen Erlös, der weit über die Hälfte der Unterschlagungssumme deckt. Nach Abzug der anderen Beträge, die zur Verlustdeckung Verwendung fanden — eigenes Vermögen der Genossenschaft — bleibt noch ein Reinverlust von ca. 7000 Mark, zu decken. Es wurde daher beschlossen, daß jedes noch haftbare Mitglied mit je 100 Mark herangezogen wird. Die Mitgliederzahl beträgt einschließlich der am 31. Dezember 1913 ausgeschiedenen Mitglieder 68.

Andeltstadt, 9. März. Tödlich verunglückt. Der in den hiesigen Tonwerken beschäftigte 34 Jahre alte verheiratete Ziegeleiarbeiter Heinrich Runge aus Schönbach wurde von herabstürzenden Erdmassen verschüttet und konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Runge hinterläßt außer seiner Ehefrau noch vier kleine Kinder.

Steinkunzendorf, 9. März. Gestohlenes Fuchseisen mit Fuchs. Auf der Gemarkung zwischen Steinkunzendorf und Friedrichshain war ein Fuchseisen aufgestellt worden, das Dienstag verschwunden war. Nach den hinterlassenen Spuren hatte sich ein Fuchs gefangen, der von einer Person erschlagen worden, da ein Knüttel liegen geblieben war. Die Ermittlungen ergaben am Freitag, daß ein Arbeiter aus Peterswaldau den Fuchs getötet, ihm das Fell abgezogen und das Fleisch in Buttermilch zum Braten eingelegt hatte. Das Fuchseisen ist von ihm in der Nähe des Tatortes vergraben und das Fell verkauft worden.

Nieder-Langseifersdorf, 9. März. Tödlicher Unglücksfall. Als der Knecht Koch vom hiesigen Dominium am Montag mit einer Fuhre Heu nach Olbersdorf fuhr, stolperte er in der Nähe von Stoischendorf und fiel hin. Dabei ging ihm der Wagen über die Brust. Er wurde nach dem St. Josefskrankenhause in Reichenbach gebracht, wo er alsbald verstarb.

S. S.

Versammlungen u. Vereine

Brieg. Achtung! Brieg.

Frauen u. Mädchen d. arbeitenden Standes

Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im Saale des „Wintergarten". 15597

Rednerin: Frau **Regina Ruben**, Berlin. Eintritt frei! Frauen und Mädchen von Brieg erscheint in Massen, gestaltet diese Versammlung zur wirksamen Demonstration für Euer Stimmrecht.

Der Einberufer.

Am 7. März verschied nach längerem Leiden unser Mitglied, der **Handschuhmacher**

Alfred Reiss

im 44. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren

Zentralverband d. Lederarbeiter Deutschlands

Ortsverein Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 10. März, nachm. 4 Uhr, von der Halle des freireligiösen Kirchhofes Bunzlauerstrasse. 15592

Sparkassen-Nebenstelle.

Im Sparkassengrundstück der **Nebenstelle III, Garvestraße 29**, ist am **2. März 1914** eine

zweite Kasse im I. Stock

eröffnet worden.

Zu dieser zweiten Kasse werden neue Sparbücher ausgegeben und alle diejenigen Sparer abgefertigt, die Sparbücher von III, Nr. 20 001 ab vorlegen. 15591

Breslau, den 3. März 1914.

Kuratorium der städtischen Sparkasse.

Restaurant „Zum Schlehenvogt"

Jeden Montag: **Riesen-Eisbeine.** Dienstag: **Wellwurst u. Wellfleisch.** Freitag: **Backfische.**

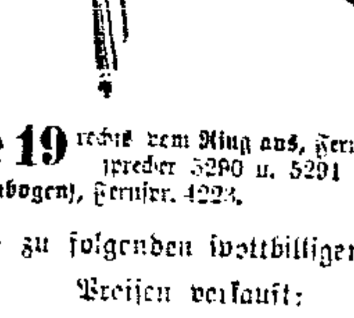
Den Parteigenossen besonders empfohlen. [15594] **Julius Holder.**

Zu den diesswöchentlichen

2 Ausnahmetagen

am **Montag und Dienstag** 15593

in der



„Nordsee"

Geschäftsf. **Feodor Trapp**

Nur Schmiedebrücke 19 rechts vom Ring aus, Fernsprecher 5290 u. 5291

Kaiser Wilhelm-Straße (Bahnbogen), Fernspr. 4223,

wird nur **1. Qualität** zu folgenden spottbilligen Preisen verkauft:

Echte Seeforelle (feinster Koch- und Backfisch) } à Pfd. nur **16 ₰**

ff. Seelachs im Schnitt } à Pfd. nur **18 ₰**

ff. Petermann
extrafetter blutfrischer **Cabliau** im Ausschnitt
ff. Portionsschellfisch
ff. Bratschellfisch } à Pfd. nur **21 ₰**

Ganz frische grüne Heringe 3 Pfd. 40 ₰

Alle anderen Fische ebenfalls konkurrenzlos billig.

Ferner 2 billige Tage in folgenden Waren:

Filetheringe, 1. Dtz.-Saucen } 1/2 D. 53, 1/1 79 ₰ | 1/1 D. Hering in Gelée 36 ₰
Kronenhummern à D. 159 ₰ | Rollheringe in Remoulade 49 ₰
Bratheringe à D. 53 ₰ | Bismarckheringe à D. 53 ₰
| Lachs in Scheiben à D. 98 ₰

sowie alle anderen **Räucherwaren und Marinaden**

Tüchtige Hausdame

sorgt für Sauberkeit und kauft dazu notwendige **Bürsten, Besen, Scheuertücher, Teppichklopfer** etc. bei 15320

London & Co., Oderstr. 5, 2. Viertel vom Ringe.

Konfirmanden-Anzüge in grösster Auswahl. **Max Landsberg** Friedrichstr. 27 Ecke Bohrauerstr. 15376

Nur noch kurze Zeit!

Möbel

wegen Aufgabe des Geschäfts bald sehr billig, auch **Stoffe, Plüsche** etc. verk. [15599

Kügler, Gabitzstr. 20, pt.

Tafel-Käse

in bekannt feinster Qualität

empfiehlt

Hugo Lüdcke, Breslau I

Tel. 2442: Bischofstr. 18 : Tel. 3648

Käseschüsseln

zu Gesellschaften von Mk. 3.— an.

Zu beziehen im Hauptgeschäft und sämtlichen Filialen. [15384

Unser Geheimnis sehr billig! gut!

Anzüge, gute Stoffe 9½ Mk. **Nach Maß** tauschbar 18 Mk. **Konfirmanden** elegant von 6½ Mk. an streng reell bill. **Augustastraße Weißstraße 17a, I.**

Gänsefedern

von böhmische Landware und Daunen eingetroff. Pfd. von 1 Mk. an, auch ungerissen. Empf. **Friedr.-Wilhelmstr. 45.** (Kein Laden.) Nähe Deutscher Kaiser.

Freie Religions-Gemeinde.

Am 7. d. Mts. verschied unser Mitglied, Herr 15642

Alfred Reiss.

Beerdigung: Dienstag nachm. 4 Uhr von der Halle Bunzlauerstraße aus.

Trauerhaus: Pfaffenstraße 24.

Der Vorstand.

Stadt-Theater.

15602 Montag 7½ Uhr: (Ermäßigte Preise.) **„Ein Maskenball."**

Dienstag, 7½ Uhr: **„Das Mädchen aus dem goldenen Westen."**

Mittwoch 7½ Uhr: **„Blaubart."**

Der Ring des Nibelungen.

Sonnabend, den 14. März, 7½ Uhr: **„Das Rheingold."**

Montag, den 16. März, 7 Uhr: **Gastspiel des Kammersängers Walter Soomer: „Die Walküre."**

Mittwoch, den 18. März, 7 Uhr: **Gastspiel des Kammersängers Fritz Vogelstrom: „Siegfried"**

Sonnabend, den 21. März, 7 Uhr: **„Götterdämmerung."**

Preise der Plätze
für alle vier Vorstellungen:

I. Rang Balkon, Loge und Orchesterloge 10.— Mk.; hinzu treten: Steuer 1.60 Mk., Garderobe 0.80 Mk.
Parkett, Parkettloge 16.— Mk.; hinzu treten: Steuer 1.20 Mk., Garderobe 0.80 Mk.
II. Rang Balkon, Loge und Proszenium 12.40 Mk.; hinzu treten: Steuer 0.80 Mk., Garderobe 0.80 Mk.
III. Rang Balkon 7.— Mk.; hinzu treten Steuer 0.60 Mk., Garderobe 0.40 Mk.
Galerie-Sitzplatz 3.60 Mk.; hinzu treten: Garderobe 0.40 Mk.
Parterre 5.20 Mk.; hinzu treten: Steuer 0.40 Mk., Garderobe 0.40 Mk.
III. Rang Stehplatz 4.40 Mk.; hinzu treten: Steuer 0.40 Mk., Garderobe 0.40 Mk.
Stehgalerie 2.40 Mk.

Die Ausgabe der Abonnements für den Ringzyklus findet am Dienstag, 10. und Mittwoch, 11. März, nachm. 3—5 Uhr an der Tageskasse des Stadttheaters statt.

Lobe-Theater.

Montag 7½ Uhr: **„Der Reiherbusch."**

Dienstag 7½ Uhr: 15608 **„Die heitere Residenz."**

Mittwoch 7½ Uhr: **„Der Reiherbusch."**

Thalia-Theater.

Montag, Gruppe J, 3. Vorstellung: **„Der Dieb."**

Dienstag, Anfang 8 Uhr: 15614 **Handlungsgehilfen-Verein: „Der müde Theodor."**

Mittwoch: Gruppe K, 3. Vorstellung: **„Der Dieb."**

Freitag: **Humboldt-Verein.** 3. Abonnements-Vorstellung **„Wohltäter der Menschheit."**

Schauspielhaus

(Operettenbühne.) Tel. 2545.

Montag 8 Uhr: **„Die ideale Gattin."**

Dienstag 8 Uhr: **„Luxusweibchen"**

Mittwoch 8 Uhr: 15620 **„Polenblut."**

Liebichs Etablissement

Täglich abends 8 Uhr:

Das glänzende Märzprogramm u. a. 15636

„7 jonglierende Teufel".
„Der zerbrochene Spiegel".
Sonntag, den 15. März: **Nachmittag-Vorstellung.**

Viktoria-Theater.

„Der Liebesonkel".

Anf. Wochentg. 8, Sonntg. ½8 U.

Nächste Nachm.-Vorstellung. Sonntag, den 15. März. Bons wochentags gültig. 15580

Dominikaner

Beliebtes Familien-Variété am Platze. 15549

Alles amüsiert sich. Alles freut sich.

Das gr. Schlager-Programm.

Heute:

Grosser Konkurrenz-Wettkampf.

Punkt 10½ Uhr:

zwischen Herrn **Tangelst**, Inh. der schlesischen Meisterschaft im Stemmen 1904/05 und Herrn **Welsselsse.**

Bitte fleissig Frei- und Vorzugskarten zu benutzen.

Die Spezial-Ausstellung

Die Gefahren der Prostitution

welche sich **Ohlauerstr. 65** eines guten Zuspruches zu erfreuen hatte, befindet sich **jetzt** in den grossen Räumlichkeiten

Schmiedebrücke 29a

nur ganz kurze Zeit!

Das Unternehmen ist von bedeutenden Autoritäten als wissenschaftlich und belehrend anerkannt.

Personen unt. 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintritt **20 Pf.** Tägl. geöffnet v. 10 bis 10 Uhr. Sonnt. v. 3 Uhr ab.

Humboldt-Verein

Dienstag, den 10. März 1914, abends 8½ Uhr,

im Saale des „Deutschen Kronprinzen" Westendstrasse 50/52:

Vortrag

des Hautarztes Herrn **Dr. med. Otto Urban:** 15601

„Ärztliche Ratschläge für die Erziehung der Kinder."

Der Eintritt ist frei, doch jungen Leuten unter 20 Jahren untersagt.

Pfänder-Auktion.

Altenstraße 48. [11696

Freitag, den 13. März bis Nr. 93280.

Verlängerung nur bis 9. März.

Donnerstag, 12. März nachm. **geschlossen.**

Pfänder-Auktion.

Verlängerung bis 12. März. 15625

Pfandleih-Institut Bärenstr. 12. I.

Zigarren-Eckgeschäft.

Preis 550 Mk. sofort zu verk. Anfänger wird eingerichtet. Offert. unt. **Zigarren-Eckgeschäft** a. d. Exped. d. Ztg. [15598

Wir garantieren Ihnen im ersten Jahre bei **2000** ℳ Einsendung einer entsprechenden gut. Idee. 1000 Erfinderprobleme für jeden in allen Berufsstä. den nebst Garantieschein im Diskretion gratis.

Patentbüro „Silesia" G. m. b. H., Breslau 1. Dominikanerplatz 1a. [8636

Recht schöne Kalbsbraten

sendet täglich nach. 9 Pfd. für 6.50 und 5.00 Mk. Alles frei gegen Nachnahme.

Johann Markawitz, Fleisch-Versand, Kaukehmen, Ostpr. [15600

Metallbetten an Private Katalg. fr.

Holzrahmenmatr., Kinderbetten

Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür. [1607

Uhren Alter

Kupferschmiedestr. 17 Ecke Schmiedebrücke. 13745

Unwiderruflich nächste Woche.

Ziehung am 18. März 1914

Schleswig - Holstein. Pferde-

LOTTERIE

3261 Gewinne i. Gesamtwerte v. Mk.

80000

49 Pferde und 4 Equipagen = Mk.

63500

Hauptgew.: 1 eleg. Vierspänn. = Mk.

10000

Los 50 Pf. 11 Lose sortiert 5 Mk.

— Porto u. Liste 30 Pfg. extra, — empfiehlt u. versend. General-Debit

Gust. Pferdte, Essen (Ruhr)

sowie hier b. **B. Klement**, Ring 22, **Alb. Leeser**, Ohlauerstrasse 65, **Rob. Arndt**, N. Schweidnitzerst. 2a, **Ad. Nelken**, Gartenstrasse 28, **R. Ludwig**, Blücherplatz 1, **Sal. Nelken**, Reuschestr. 53, **C. Kretzschmer**, Schmiedebr. 29b, **H. Herzig**, Oderstrasse 16. 14400

Der Anarchist

Novellen von Gottschalk

30 Pfg., früher 1 Mk.

Zu beziehen durch die **Expedition**

Das müssen Sie

ausschneiden und in Ruhe lesen!

Sensations-Angebote

hochaparte **Frauen- und Backfisch-**

Konfektion

durch ganz abnorm billigen 15600

Kassa-Einkauf.

Kostüme 9.50 12.— 15.— 18.— 24.— 28.— 36.— 42.— und besser

Von 24 Mk. ab, vollständ. Ersatz für feinste Massarbeit, auf h. Seide streng modern gearbeitet, — Ia. Stoffe garantiert. —

viele Pariser Original-Modelle spottbillig.

Das unverwüstliche **Kostüm** vom Gesellen gearbeitet, Ia helle Seide, gefüttert.

„Durrabel" Einheitspreis: **38.50 Mk.**

aus wundervoll. gediegene Ia **reinw. Kammgarn-Chev.**, in marineblau und schwarz, in allen Grössen am Lager.

Versand nach auswärts gegen Nachnahme jedoch nicht an Wiederverkäufer, portofrei. Auswahlsendungen an Private gegen Aufgabe von Referenzen.

Angabe der Grösse, ob 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52 oder ob Frauengrösse mit extra stark. Hüften.

Hochelegante Kleider, streng moderne Stoffe u. Macharten, mit und ohne Tunique, aus Taffet, Eolienne usw. viele Modelle erster Berliner Häuser. Regulärer Wert bis ca. 200 Mk.

36.— 48.— 55.— 65.— 75.— 85.— 100.—

Wundervolle Frühjahrskleider

für junge Mädchen, entzückende duftige Voile- u. Batistkleidchen weisse Kleider mit kostbaren Einsätzen u. Stickereien — spottbillig.

Kostümröcke

Ganz entzückend. Fassons kariert, schwarzweiss, aus Wallerstoffen, mit u. ohne Tunique, auch marine, schwarz und engl. Stoffe

3.95 4.50 5.75 6.50 7.50 9.— 12.— 15.— und besser.

! **Letzte Neuheit** ! **Der seidene Plissee-Rock!!!**

Kostümröcke aus Eolienne, Moiree, Crepe usw. in allen Größen, auch für ganz starke Damen.

12.50 16.— 18.— 24.— 28.— 38.— und besser.

Trauer-Konfektion

herrlich gearbeitete, schwarze Kleider, Röcke, Blusen, Jacken, Mäntel, Hüte, Schleier alles bekannt spottbillig!

Herrliche Blusen in Seide, Wolle, Tüll usw.

Weiße Kostümröcke aus Cotelèstoff, Cheviot, Diagonal,

4.50 6.50 8.— 9.50 12.— und besser.

Seidene Mäntel u. Jacken die grösste Mode 1914.

Ein Riesenposten **weisse Stickerei-Blusen**

2.95 4.— 6.— 8.50 12.— 15.—

Einsegnungskleider und Anzüge bekannt spottbillig!

Untertaillen — Schirme — Kombinationen

Weisse Juponseidene-Blusen in unerschöpflicher Auswahl

6.95 8.— 9.50 11— 13.50

Spezial-Abteilung für entzückende

Backfisch-Kleidung

Kostüme — Kleider — Blusen — Röcke

grösstenteils Modelle enorm unter Preis.

Schwarze Tuch-Mäntel und Jacken.

! ! ! Meine Firma ist als billigste Bezugsquelle dafür seit vielen Jahren bekannt. ! ! !

Schwarze Etamine-Röcke von 10.50 an.

Ein Posten **Musseline-Blusen spottbillig!**

L. Dunow Kauff.

Jnh. Julius Growald

57 Friedrichstr. 57

6. Haus von der Markthalle.

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten **je drei Worte 10 Pfennige.** Abonnenten haben gegen Gutschein 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Wer liefert Tomistenschuhe? Offerten mit Preisangabe unter **H. N.** an die Expedition der Volkswacht. [15596

Sensationsangebot! Schwarze Konfirmationsanzüge, gediegene Ausführung, 13.50, 10.50, 8.75 Mk. G. Friedländer, Sonnenstraße 10. Gegr. 1874. 15595

Der Wahre Jakob, Heft 10 Pf.

Abonnenten und Leser der „Volkswacht" können ihre Zeitung **nicht allein** durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht" auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht" berücksichtigen **und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht" berufen.**

Durch alles dies wird die „Volkswacht" aktiv unterstützt.

Breslau, 7. März. Festgestellt von der Marktnotierungskommission für Getreide.

	Für 100 Kilogramm
Weizen, gute Qualität der letzten Ernte	17,90 — 18,10 Mk.
Roggen desgleichen	14,30 — 14,50 „
Hafer desgleichen	14,20 — 14,40 „
Braugerste, der letzten Ernte	15,20 — 15,50 „
Mahl- und Futtergerste der letzten Ernte	14,00 — 14,30 „
[illegible]erbsen, gute Qualität der letzten Ernte	24,50 — 25,00 „
Kocherbsen desgleichen	21,50 — 22,00 „
Futtererbsen der letzten Ernte	17,00 — 17,50 „
[illegible]	5,40 — 6,40 „
Langstroh	4,20 — 4,60 „
Krummstroh	2,00 — 2,40 „

Breslauer Mehlmarkt.

Mehl ruhig, per 100 Kilogramm inkl. Sack brutto Weizenmehl 00 ruhig, [illegible]—24.50 Mk. Roggenmehl 0 ruhig, 22.50—23.00 Mk. Roggen-Hausbacken ruhig, 22.00—22.50 Mk. Roggen-Futtermehl ruhig, 10.50—11.00 Mk. Weizenkleie ruhig 10.00—10.50 Mk.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neisse	Neisse Mdg. OP.	Neisse Mdg. UP.	Brieg OP.	Brieg UP.	Kottwitz*)	Treschen*)	Breslau OP.	Breslau UP.	Pöp. Eisb.	Steinau
9. 3.	2,95	1,76	3,15	0,49	—	3,44	5,50	4,08	—	—	5,40	0,58	2 34	—
8. 3.	3,35	2,07	3,34	0,52	3,92	2,88	5,46	3,95	2,64	2,42	5,28	0,08	0,28	2,54
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2,07	4,07	2,38	1,68	1,56	5,00	0,14	1,88	0,45

*) Ausuferungshöhe f. Kottwitz 3,50 für Treschen; (Ober-) Ohle-Niederung 3,27.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Förster. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 7. — Verlag der „Volkswacht", G. m. b. H. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 2 Beilagen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. März.

Die Hundsfelder und Rosenthaler Brücke.

Von den neuen Brücken, die in Breslau für die nächsten Jahre geplant sind, werden zuerst die Hundsfelder und die Rosenthaler Brücke gebaut. Die Stadtverordneten-Versammlung hat jetzt, was wir schon am Sonnabend berichteten, vom Magistrat die Zeichnungen und Kostenanschläge erhalten und sie soll die nötigen Mittel bewilligen. Aus den Erläuterungsberichten, die der Magistrats-Vorlage beigegeben sind, ist folgendes über den Ausbau der beiden Brücken zu entnehmen:

Hundsfelder Brücke.

Die Achse der neuen Brücke liegt annähernd in der gradlinigen Verbindung der Mittellinien der Matthiasstraße und der Hundsfelder Chaussee. Die neuen Pfeiler werden zum Teil hart neben den bestehenden später abzubrechenden gegründet. Die lichte Breite der Brücke beträgt zunächst 12 Meter, wovon 7,50 Meter auf die Fahrbahn und je 2,25 Meter auf die Fußwege kommen. Nächst den Bordsteinen können Straßenbahngleise angeordnet werden. Für die Ueberbrückung des Schiffahrtskanals sind im Kostenanschlage zunächst eiserne Bogenträger mit angehängter Fahrbahn vorgesehen, die außerhalb der Fahr- und Gangbahn liegen und so stark bemessen werden, daß später außen Konsolen angesetzt werden können, die Fahrbahn also auf 4 Wagenreihen verbreitert werden kann. Voraussichtlich wird jedoch zur Erzielung einer einheitlicheren Wirkung des gesamten Bauwerks an Stelle des Eisenüberbaues ein Eisenbetonbogen mit angehängter Fahrbahn ausgeführt werden, der zudem noch etwas billiger werden wird. Die Gewölbe erhalten eine wasserdichte Abdeckung aus besten Asphaltstoffen mit einer Ziegelschutzschicht darauf und werden mit Sandboden überschüttet. Das Pflaster ist Kleinpflaster in Zementmörtel auf Beton. Die Fußwege werden mit Granitoidplatten abgedeckt. Für die Beleuchtung sind elektrische Glühlampen vorgesehen, die an den sogleich zu versetzenden Straßenbahnmasten befestigt werden. Es ist vorgesehen, Gas- und Wasserrohre sowie Kabel in Stahlrohren über die Brücke zu führen.

Mit dem Baue soll im Frühjahr 1914 begonnen werden. Es werden in diesem Jahre im wesentlichen nur die Pfeiler gebaut werden können. Die Gewölbe müssen, da Gerüste während des Winters im Strome nicht stehen dürfen, im Frühjahr 1915 gebaut werden, nach Befinden können die Vorlandgewölbe und die Schiffahrtsöffnung im Herbste hergestellt werden und auf den Gerüsten während des Winters verbleiben. Die Stirnmauern, Brüstungen und die Nebenarbeiten sowie die Pflasterung sollen im Sommer 1915 ausgeführt werden, sodaß die Brücke im Spätherbste 1915 dem Verkehr übergeben werden kann.

Bis zu dieser Zeit soll die Notbrücke dem Verkehre dienen, sie wird alsdann sofort abgebrochen werden.

Rosenthaler-Brücke.

Als vorteilhafteste Lage für die neue Brücke hat sich die Lage unmittelbar stromab der bestehenden Brücke und parallel zu dieser ergeben. Hierdurch ist es möglich, die bestehende Kanalbrücke beizubehalten und auf der bestehenden Strombrücke den Verkehr bis zur Fertigstellung der neuen Brücke zu belassen, also den Bau einer Notbrücke zu ersparen. Die fast rechtwinkelige Kreuzung des Stromes und günstige Straßenlösungen am rechten Ufer sind ebenfalls Vorteile dieser Lage.

Die Nutzbreite der Brücke beträgt 12 Meter, von denen 7,50 auf die Fahrbahn zwischen den Bordsteinen, je 2,25 Meter auf die außerhalb der Hauptträger angeordneten Fußwege entfallen. Die Breite zwischen den Geländern ist 14,50 Meter. Nächst den Bordsteinen können Straßenbahngleise eingebaut werden. Die Fundamente werden sogleich für Eisenüberbauten von 15 Meter Nutzbreite, also 17,50 Meter Breite zwischen den Geländern, hergestellt.

Die Ueberbauten sind vollwandige eiserne Zweigelenkbogen, an denen die Fahrbahn mit vollwandigen Hängestangen aufgehängt ist. Die Fahrbahn besteht aus Buckelplatten mit Betonabgleichung und Granitkleinpflaster in Zementmörtel, die Fußwegplatten sind freitragende Eisenbetonplatten mit Granitoidoberfläche. Es ist die Möglichkeit vorgesehen, Gas- und Wasserrohre sowie Kabel in Stahlrohren über die Brücke zu führen. Die Brücke soll durch elektrische Glühlampen beleuchtet werden, die an den Straßenbahnmasten und nach Befinden an den Hauptträgern befestigt werden.

Die Pfeiler und Widerlager sollen vom Frühjahre bis Herbst 1914 erbaut werden. Von den Eisenüberbauten können während des Winters nur die beiden seitlichen aufgestellt werden, da der Strom selbst während des Winters von Gerüsten frei bleiben muß. Die mittleren Ueberbauten können daher erst im Frühjahre 1915 aufgestellt und im Sommer 1915 fertiggestellt werden, sodaß die Brücke etwa im Spätherbste 1915 dem Verkehr übergeben werden kann.

Die bestehende Brücke wird voraussichtlich Ende des Jahres 1914 dem Verkehre entzogen werden, da zu dieser Zeit der neue Schiffahrtskanal von der Strombauverwaltung ausgehoben werden muß. Von da ab soll der Verkehr auf die benachbarte Gröschelbrücke verwiesen werden.

Heute Montag:

10 Mitglieder-Versammlungen.

Donnerstag abend:

Große Frauen-Versammlung.

Die Schankwirtschaften vor der Jahrhunderthalle.

Bereits am Sonnabend haben wir mitgeteilt, daß der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, die beiden Schankwirtschaften vor der Jahrhunderthalle und in den geschichtlichen Gärten des Scheitniger Ausstellungsgeländes für 7000 Mark dem Geheimen Kommerzienrat G. Haase zu verpachten. In der Begründung seines Antrages sagt der Magistrat u. a.:

„Den Pachtzins von 6500 Mark für die Hauptwirtschaft mag man zunächst für niedrig halten; es ist dabei aber zu erwägen, daß der Wirt den Betrieb auf die Gefahr hin eröffnet, ihn nach sieben Monaten wieder einstellen zu müssen, wenn bis dahin nicht etwa der Kauf des Gebäudes und eine Neuverpachtung zustande kommt, und daß im Verhältnisse zu dieser Gefahr die Aufwendungen für die Betriebseröffnung eine außerordentlich hohe Belastung der Pachtung darstellen. Ferner fällt ins Gewicht, daß der Pächter das Gebäude übernimmt, wie es steht und liegt, und daß er besonders in den Küchen eine Reihe von Einrichtungen ohne Kostenbeteiligung der Stadt mit erheblichem Geldaufwande treffen muß.

Herr Geheimer Kommerzienrat Haase wünscht die Schankwirtschaften nicht selbst zu bewirtschaften, sondern einem hiesigen Speisewirte zu übertragen, der sich hier des Rufes eines guten Restaurateurs erfreut. Die Schankwirtschaft in den historischen Gärten soll im wesentlichen als Milchwirtschaft geführt werden.

Wir wollen schließlich nicht unerwähnt lassen, daß Aussicht auf Zustandekommen eines ähnlichen Angebotes besteht, wie es vor Jahren bezüglich des Südparkrestaurants gemacht und angenommen worden ist, wenn sich in diesem Sommer die Hauptwirtschaft als lohnendes Unternehmen erweist und das Gebäude in seiner derzeitigen Gestalt aus wirtschaftlichen Gründen nicht bestehen bleiben kann.“

Das Gewerbegericht und das Gastwirtsgewerbe.

Wegen der vielen Klagen, die aus dem Gastwirtsgewerbe dem Gewerbegericht zugehen, hielt der Angestellte des Verbandes der Gastwirtsgehilfen vor den Arbeitnehmer-Beisitzern am Freitag einen Vortrag über die besonderen Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe.

Redner schilderte zunächst das Moral und Sitte untergrabende Trinkgeldunwesen. Besonders die zum größten Teil aus dem Auslande zugezogenen Unternehmer des Cafehausgewerbes verweisen ihre Angestellten nicht nur auf das Trinkgeld, sie versuchen auch noch unter allerlei Vorwänden durch Entschädigung für Bruch, Kranken- und Invalidengeld, Putzgeld usw. von diesem Trinkgeld so viel wie möglich herauszuschlagen. Trotzdem den Kellnern kein Lohn gezahlt wird, werden sie häufig gezwungen, auf eigene Kosten, den Launen des Arbeitgebers entsprechende Kleidung zu tragen, die nach der meistens recht willkürlichen Entlassung des Kellners für ihn völlig wertlos ist. Auch die Bundesratsverordnung vom Jahre 1902 über die Ruhezeiten im Gastwirtsgewerbe wird noch immer von vielen Unternehmern nicht beachtet. Obgleich darin eine höchstens 16stündige Arbeitszeit zugelassen ist, wird auch das nicht innegehalten. Das Hilfspersonal, die Küchenmädchen und Hausdiener, die unter die Bestimmungen der Bundesratsverordnung noch nicht gestellt sind, haben meistens eine 18stündige Arbeitszeit. Die von zahlreichen Unternehmern unterstützte gewerbsmäßige Stellenvermittelung, die trotz eines öffentlichen kostenlosen Facharbeitsnachweises besteht, ist die Hauptschuld an den ungesunden Verhältnissen. Daß dies zutrifft, beweisen auch die gewerbsmäßigen Vermittler, die bei vielen Prozessen vor dem Gewerbegericht als Zeugen auftreten. An verschiedenen Beispielen zeigte der Vortragende, zu welchen Zuständen das Trinkgeldunwesen, die lange Arbeitszeit und die gewerbsmäßige Vermittelung im Gastwirtsgewerbe führen. Da die Organisation unter den Angestellten im Gastwirtsgewerbe noch alles zu wünschen übrig läßt, ist es unvermeidlich, daß immer wieder das Gewerbegericht angerufen werden muß, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen.

In der Aussprache wurde der Wunsch laut, den Beisitzern die Bestimmungen der Bundesratsverordnung zugänglich zu machen. Vom Vortragenden wurde das zugesagt.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Aus der Rechtsprechung“, kamen noch einige, die Zustände im Gastwirtsgewerbe kennzeichnende Klagen zur Sprache.

Der Obmann, Kollege Fuchs, berichtete über die letzte Sitzung des Ausschusses. Die nächste Versammlung wird im April abgehalten.

Die Oderschiffahrt.

Unterm 7. März wird über die Oderschiffahrt geschrieben:

Der Wasserstand der Quelloder in Ratibor betrug am Sonntag 283 Zentimeter, fiel auf 217 Zentimeter am Donnerstag ab und ist seitdem wieder im Steigen, heute wurden 321 Zentimeter gemeldet. Der Breslauer Unterpegel zeigt heute 50 Zentimeter unter Null gegen 12 Zentimeter über Null am letzten Sonntag. Stand der Neiße bei Glatz gestern 82 Zentimeter.

Der Betrieb an der hiesigen Unterschleuse wurde wegen der Arbeiten am Dücker erst Montag abend aufgenommen. Schon im letzten Bericht war erwähnt, daß damals etwa 100 Kähne den Beginn des Durchschleusens erwarteten; die Woche brachte weiter starken Zugang, während Dampfkraft nach Oberschlesien nicht in genügendem Maße zur Verfügung stand. Der Betrieb wurde dadurch verzögert, es herrschte daher während der ganzen Woche starker Rang, der auch heute noch fortdauert, gegenwärtig stehen noch zirka 250 Fahrzeuge vor der Unterschleuse. Ab Cosel wurden die ersten Kähne am 2. März geschleust, die Schleusen Konty und Groschowitz hatten aber Versandungen, die erst beseitigt werden mußten. Die ersten von Cosel kommenden Fahrzeuge werden heute an der hiesigen Oberschleuse erwartet.

Im Oder-Spree-Kanal wurden die Fürstenberger Schleusen am 1. März in Betrieb gesetzt, die Mittelschleuse arbeitete aber zunächst nur mit einer Kammer. Es entwickelte sich alsbald Rang, der am 3. in beiden Richtungen, von und nach dem Kanal, etwa 2 Tage betrug, seitdem aber abgenommen hat. Die zweite Kammer der Mittelschleuse soll heute betriebsfertig werden.

Die Situation im Talfrachtengeschäft ist im allgemeinen unverändert. Das Ladungsangebot in Getreide gestaltet sich etwas lebhafter. Der Verkehr zu Berg ist erst in der Entwickelung begriffen. In Stettin fehlt es noch an Massengütern nach Schlesien, die erfahrungsgemäß erst später einsetzen. In Hamburg ist Ladung nach der Oder ebenfalls knapp. Die Frachten beharrten daher auf ihrem niedrigen Stande, wenn sie sich auch in den letzten Tagen eine Kleinigkeit befestigten.

* **Vorzugsbillets zur „Kinokönigin“ und zwar für die Aufführung am Freitag abend, den 13. März, sind im Zimmer 36, des Gewerkschaftshauses zu haben. Preis 1,20 Mk., 1 Mk. und 80 Pf.**

* **Die Volksküche des** Asyls für obdachlose **Frauen und Kinder,** Höfchenstraße 52, ist am 7. März geschlossen worden. Seit Eröffnung am 1. Dezember **1913 wurden 47440 Portionen Mittagessen an Arme unentgeltlich** verteilt. An 45 als verschämte Arme bezeichnete Familien wurden außerdem Lebensmittel und Kohlen verschenkt, 150 Schulkinder bekamen bis zum 7. März erstes und zweites Frühstück und Mittagessen und erhalten dies noch bis zu den Osterferien.

* **Auf der Dominsel** herrschte am Sonnabend und Sonntag ein reges Leben. Tausende und Abertausende waren gekommen, um den toten Kirchenfürsten zu sehen und drängten deshalb hinein in das Schloß des Kardinals. Noch am Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr wollten viele Hunderte zur Leiche in der Hauskapelle, aber zwei Polizeikommissare und zehn Schutzleute sorgten dafür, daß die Massen umkehrten. Es wurde niemand mehr hineingelassen. Nun besuchte alles den Dom und die umliegenden Kirchen und Kapellen. Morgen Dienstag wird der Fürstbischof im Dome beigesetzt; seine Gruft liegt unmittelbar vor dem Hochaltar.

* **Einbruch.** In eine Wohnung auf der Alexanderstraße ist ein Dieb eingedrungen und hat daraus ein Portemonnaie mit 20 Mark gestohlen.

Stadt-Theater.

Russisches Ballett.

Wieder bot der zweite Teil des Repertoirs dieser dem Tanze dienenden Künstlerschaar einen erlesenen Genuß. Aber darüber hinaus wurden die Grenzen dieser Kunst offenbar. Isadora Duncan sagte einmal: Das einzige Mittel um den Tanz zu retten ist — seine natürliche Eingliederung in die Künste. Das heutige Ballett, so wie man es vielen Opern und Operetten eingefügt, ist meist ein großer Irrtum. Es hat innerlich mit der Handlung nichts gemein. Ganz abgesehen, daß es wirklich gute Musik für den Tanz garnicht gibt. So überraschend es klingen mag: es bleibt bestehen, daß die meisten Musiker für die Rhythmik des menschlichen Körpers kein Gefühl haben. Eine kleine Gruppe wohl, ich nenne nur Beethoven, Chopin, Schubert und den größten unter denen, die jenen Rhythmus des menschlichen Körpers vollendet wiedergeben können: Gluck. Und dann: wo ist der Tanz — ich spreche hier nur von Kunsttanz — der sich in eine Bühnenhandlung eingliedert? Wo liegt in dem Opernballett Tragik oder Seele? — Auf die unnatürlichste Art tanzt man auf der großen Zehe Figuren, die alles andere als anmutig sind, und welche Art in jedem normal empfindenden Menschen Unbehagen hervorruft. Aber das liebe Publikum klatscht begeistert Beifall, wie es irgend einem Jongleur ebenfalls zujubeln würde. Aber mit echter Tanzkunst hat dieses Balancieren auf der großen Zehe nichts zu tun. Graziös siehts auch nicht aus. Im Gegenteil, unglaublich hölzern. Darum konnte ich der Art, wie Herr Fokin den romantischen Traum „Sylphiden“ nach Chopinscher Musik uns vorführte, trotz mancher lyrischer Stimmungen, die aber mehr auf Farbenwirkungen zu sehen sind, nicht zustimmen. Tanztalente, wie Herr Fokin, die mit einer solchen Macht ausgerüstet sind, sollten völlig mit dem Alten brechen. Aber vielleicht ist es die hemmende Tradition der Petersburger Hofbühne, die ihn an einer vollen Reformierung hindert. In seinem Streben nur Tanz zu geben, muß er zur Pantomime greifen. Ist die Handlung dramatisch, so kann zur Not das gesprochene Wort entbehrt werden, obgleich ein gelegentlicher kurzer Ausruf, ein Freuden- oder Schmerzensschrei das ganze natürlicher erscheinen läßt, was sogar bei den Volkstänzen notwendig ist. Aber wenn der Tanz Ethik und Poesie ersetzen soll und das ohne Worte, dann muß er eben versagen. Zumal wenn die Fäden so verschlungen sind, wie in der nach Schumannscher Musik nachgeschaffener Ballettpantomime „Karneval“. Ein voller Erfolg war das „choreographische“ Drama „Scheherazade“ mit der Musik von Rimsky-Korsakow. Die südrussischen Einschlag aufweisende feinziselierte Musik wurde von unserem Orchester überraschend gut herausgebracht. Jedenfalls kamen die Feinheiten in dem intimeren Raume des Stadttheaters viel besser zur Geltung wie z. Zt. in der Jahrhunderthalle. Die Inszenierung der tragischen Geschichte von einem „König von Indien und China“ der mit seinem Bruder in den Krieg zieht, während sich unterdessen seine gelangweilten Frauen voran „Zobeide“, an den durch Bestechung des Groß-Eunuchen hereingeschmuggelten Jünglingen schadlos halten, um nachher von dem plötzlich heimkehrenden Sultan alle niedergemacht zu werden, ist großartig, was nicht zuletzt dem mit vollendeter Technik und stimmungsvoll vorgetragenen Violinsolo des Herrn Walter Hennrichs zu danken ist. Auf der Bühne erstanden Bilder, wie wir sie uns ähnlich farbenprächtig nur beim Lesen von „Tausend und eine Nacht“ erträumten. Diese Tänze atmeten echte Kunst und eine so hohe Schönheit, wie man sie in solcher Vollendung bald nicht wieder sehen wird. Aus der Fülle der Namen aller jener tüchtigen Künstler und Künstlerinnen, unter denen besonders drei herrlich tanzende gertenschlanke Bajaderen auffielen, will ich nur Fräulein Fokina und Herrn Michael Fokin hervorheben.

Einen gesunden, natürlichen Zug brachten die Volkstänze wie der „Czardas“, „Hopak“, „Mazurka“ mit sich. In natürlicher, elementarer Leidenschaft kamen hier die Kollektivgefühle des echten Volkstums zur Geltung. In diesen Tänzen liegt der Ausgangspunkt nicht nur des Kunsttanzes sondern der gesamten darstellenden Kunst überhaupt. Wer wurde wohl bei dem Hopak, bei der Mazurka nicht mitgerissen?

Man muß der Intendanz unseres Stadttheaters Dank zollen, daß sie uns so köstliche Abende bereitet hat. Vielleicht zieht sie nun auch die notwendigen Konsequenzen aus dem Gastspiel, das ihr dreimal ausverkaufte Häuser brachte, und sorgt dafür, daß das Neue nun auch bei unserem Ballett, das noch in behäbiger Gemächlichkeit alte Bahnen wandelt, Beachtung findet. Zwar sind unsere Hoffnungen in diesem Punkte nicht groß. Hier täte eine Blutauffrischung not.

F.

Breslauer Schauspielhaus.

Zum 1. Male: **„Luxusweibchen“**, Operette in 3 Akten von Georg Okonkowski, Musik von Max Gabriel.

Wenn man von dem Beifall des gut besuchten Hauses auf die Güte der am Sonnabend aufgeführten Operette schließen wollte, so müßte man die Novität für ein Muster ihrer Gattung halten. Das tut aber derjenige nicht, der da weiß, wie kritiklos das große Publikum ist, wie es viel Schlechteres bejubelt und viel Besseres glatt abfallen läßt. Diese neue Operette gehört textlich noch nicht zu den schlechteren. Der Librettist weist eine gute Portion Erfindung und Geschicklichkeit im Szenenaufbau auf und der zweite Akt darf den guten französischen Mustern getrost an die Seite gestellt werden. Freilich fällt dafür der dritte wieder ab.

Brochard, ein alter (Herr Brandl) und Jouvenelle, ein junger Schafzüchter (Herr Grünwald), besitzen junge und hübsche Frauen, die gern einmal ihre Männer auf ihren „geschäftlichen“ Reisen begleiten möchten. Die Herren Gemahle aber haben ihre guten Gründe, die Frauen von ihren Reisen auszuschließen und vertrauen sie dem Inspektor Brochards, Philidor Pimponet (Herr Stößl) an, einem Menschen, dem die Musen und die Grazien — wenn er überhaupt eine Wiege gehabt hat — nichts hineingelegt haben. Dieser Inspektor soll in Paris mit der Tochter eines Wollehändlers verlobt werden. Alle diese Leutchen — die beiden jungen Frauen reisen ihren Gatten nach — treffen sich nun in einem Pariser Vergnügungslokal und hier gibt es ungemein drollige Verwechselungen durch Beilegung falscher Namen usw., daß man aus dem Lachen kaum herauskommt. Wenn tüchtig gekürzt würde, wäre der Lacherfolg viel intensiver. Die Texte der zahlreichen Gesangsnummern waren wiederum nur zum kleinen Teil zu verstehen, weil das Orchester in eingewurzeltem Unverstand darauf losging und die Sänger oft schreien mußten. Von den Musikstücken des Herrn Gabriel gehen dreizehn auf ein Dutzend. Sie sind gefällig, harmloser Natur, ganz hübsch, aber durchaus hausbacken instrumentiert und würden auch kaum besser klingen, wenn man sie künstlerischer und weniger handwerksmäßig behandelte, als es hier geschieht. Den Besuchern schienen sie aber gut zu gefallen, denn fast jede einzelne Nummer mußte wiederholt werden.

Die Aufführung holte auch den letzten Rest von Humor aus dem Stück heraus. Ein besseres Quintett, als die Damen Adam (die bezaubernd aussah) und Fidler, sowie die drei oben genannten Herren, dürfte man kaum wünschen. Leider mußten sich Frau Lanz (mit einer köstlichen Maske), Fräulein Heinrich und Herr Welte mit kleinen Rollen begnügen. Die Ausstattung ließ nichts zu wünschen übrig.

H. M.

Der Lohnkampf bei Linke-Hofmann

kam am Sonnabend im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache. Genosse Hue unterbreitete dem Hause und dem Ministerium die Ausreden des Herrn Eichberg, nach welchen die Regierung auf die Lieferungspreise drückt und deshalb nicht mehr die alten Löhne gezahlt werden können. Nach Anerkennung der vermittelnden Tätigkeit der Gewerbeinspektion und des Regierungspräsidenten geißelte er die Taktik der Firma mit den 85 Prozent Dividende. Das Nähere ersehen unsere Leser aus dem ausführlichen Sitzungsbericht in der Beilage.

Soweit wir sehen, ist bisher kein Redner anderer Parteien auf die von Hue angeregten Fragen eingegangen, im Gegenteil, der Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei, Abgeordneter Rosenow, wandte sich merkwürdigerweise gegen die Vermittlertätigkeit der Gewerbeinspektoren. Er führte nach der „Freis. Ztg." aus:

Die Forderung des Herrn Hue, die Gewerbeinspektoren sollten bei Streiks und Aussperrungen vermitteln, halte ich nicht für den richtigen Weg, da die Gewerbeinspekteure sonst bei den Unternehmern auf Mißtrauen stoßen würden, aber richtig wäre es, das Gewerbegesetz dahin zu ändern, daß die Parteien gezwungen werden könnten, vor dem Schiedsgericht zu erscheinen.

Also, wenn die Herren Inspektoren beiden Teilen ihre Vermittelung anbieten, dann könnten sie beim Kapital in Ungnade fallen — das ist freisinnige Auffassung! Die Arbeiter ersehen auch hieraus wieder, daß außer der Sozialdemokratie Niemand für sie die Stimme erhebt. Eine beherzigenswerte Lehre für die Rote Woche!

Katholiken unter sich.

Die „Katholische Aktion" hat hier am Donnerstag im Cafe Restaurant eine zweite Versammlung abgehalten, in der es auch recht vergnüglich zugegangen ist. Im „Katholischen Deutschland" lesen wir darüber:

„Am Abend des 5. März fanden sich wiederum eine große Anzahl Katholiken im großen Saale des Cafe Restaurant, Karlstraße 37, zu einer Versammlung der „Kath. Aktion" ein.

An Stelle des im letzten Augenblick dienstlich verhinderten Herrn Pfarrer Dr. Nieborowski, übernahm Redakteur Gotthard vom „Katholischen Deutschland" das Referat über das Thema: „Unser Ziel und unsere Zukunft". Von stürmischen Beifalls- und langandauernden Mißfallenskundgebungen unterbrochen, hielt er doch sein Referat zu Ende. Gegen Schluß desselben verließen einzelne „Kölner", wie im St. Elisabethhause, demonstrativ unter lautem Geschrei den Saal. Nachdem die Radaumacher den Saal verlassen hatten, nahm die Versammlung ruhig ihren Fortgang. In der Diskussion wurde von einem Redner das Verhalten der „Kölner" scharf verurteilt. Folgende eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

Das Zentrum ist vom katholischen Volke aus katholischer Begeisterung gewählt. Wir verlangen, daß es auf katholischer Grundlage stehen bleibt und nach katholischen Grundsätzen handelt.

Mit einem Hoch auf den Hl. Vater und die „Aktion" wurde die Versammlung geschlossen.

Den ausführlichen Bericht bringen wir in nächster Nummer."

Da dürften wieder recht nette Einzelheiten darüber an den Tag kommen, wie sehr die Glaubensbrüder gegeneinander in christlicher Liebe entbrannt sind.

Die Entschädigung soldatenreicher Familien

wird von vielen sehnsüchtig erwartet. Dem Bundesrat liegt gegenwärtig eine Vorlage über Ausführungsbestimmungen zu den Aufwandsentschädigungen für Familien mit mehr als drei dienstpflichtigen Söhnen zur Beschlußfassung vor.

Im Zusammenhang mit der Heeresvermehrung hatte der Reichstag beschlossen, solchen Familien, von denen bereits drei Söhne ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Heere oder der Marine als Unteroffiziere oder Gemeine genügt haben oder noch genügen, Aufwendungsentschädigungen in Höhe von 240 Mark jährlich während der gleichen gesetzlichen Dienstzeit eines jeden weiteren Sohnes in demselben Dienstgrade zu gewähren.

Der Etat für 1914 sieht zu diesem Zweck einen Betrag von 480.000 Mark vor. Für die Gewährung der Aufwandsentschädigung sind Ausführungsbestimmungen erforderlich, die verfassungsmäßig der Bundesrat zu erlassen hat. In ihnen werden feste Grundsätze aufgestellt, die für die Gewährung der Aufwandsentschädigung maßgebend sind. Man darf annehmen, daß der Bundesrat die Vorlage in kurzer Zeit verabschieden darf, da die Entschädigungen bereits vom 1. April d. Js. an gezahlt werden sollen.

Die Klagen der Reichs- und Staats-Unterbeamten

Im „König von Ungarn" tagte am Sonntag eine zahlreich besuchte Versammlung von Reichs- und Staats-Unterbeamten, die sich mit der Beamten-Besoldungsvorlage beschäftigte, die dem Landtage zugegangen ist. An der Versammlung nahmen die Breslauer Landtagsabgeordneten Dr. Wagner und Konietzny teil.

Lademeister Hirsch, der den Vorsitz führte, machte die Anwesenden mit dem Zweck der Tagung bekannt. Der Gesetzentwurf enthalte nur eine Aufbesserung der untersten Beamten-Klassen 1 bis 5. Diesen soll eine Jahreszulage von 100 Mk. gewährt werden. Die gehobenen Unterbeamten sollen aber keine Gehaltserhöhung erhalten.

Oberpostschaffner Nagel schilderte die Verhältnisse des näheren. Die Beamtenbesoldung habe mit der Steigerung aller Lebensmittelpreise nicht gleichen Schritt gehalten. Jetzt haben die untersten Klassen eine Gehaltserhöhung erhalten, die aber, die ein Gehalt von 1400 Mk. haben, steigen bis zu einem Höchstgehalt von 2100 Mk. nach 18 Dienstjahren, sollen leer ausgehen. Dagegen müßte die Beamtenschaft ihre Stimme erheben. Die Unterbeamten bedürften einer 2. Gehaltsaufbesserung sehr dringend.

Lademeister Berthold führte aus, die unteren Beamten bildeten den Kern der Beamtenschaft. Die treuen Beamten sollten doch besser besoldet werden. Er sei vor allem von der Hoffnung beseelt, daß die Abgeordneten in den Parlamenten ein Einsehen haben werden. Mit einer Aufbesserung von 700 Mk. wolle man gern zufrieden sein und sie dankend anerkennen.

Landtagsabg. Dr. Wagner widersprach der Ansicht, daß der Staat so große Ueberschüsse hätte, wie man annehme und in Geld scheine. Der Landtag sei in der Besoldungsfrage vom Reichstage abhängig; er möchte sich nach ihm richten. Er könne den Beamten nicht die Hoffnung machen, daß vor 1915 eine Regelung der Gehälter der gehobenen Unterbeamten eintreten wird; man möchte abwarten, wie sich die finanziellen Verhältnisse im Jahre 1914 gestalten werden, um einen Ausgleichsfonds zur Erhöhung der Gehälter zu bilden. Was zugunsten der Unterbeamten geschehen könne, werde getan werden. Die Regierungsvorlage werde wohl in der Fassung des Entwurfs angenommen werden; doch zugleich werde man die Zusicherung von der Regierung verlangen, daß baldigst eine Regelung der Gehälter der anderen Unterbeamtenklassen erfolgen müsse. Die Vorlage sehe eine Aufbesserung der Gehälter für 156 000 Beamte vor mit einem Kostenaufwand von 23 Millionen Mark. — Einstimmig wurde beschlossen, eine Petition an Reichstag und Landtag zu richten; eine neungliedrige Kommission soll sie ausführlich begründen.

Von einem Schutzmann in die Brust geschossen.

Am 31. August 1913 hat der Schlächtergeselle Martin Seliger seine Braut, ein Sittenmädchen, in deren Wohnung auf der Messergasse mißhandelt. Nachbarsleute holten zwei Polizeibeamte herbei, den Schutzmann Reichstein und noch einen anderen Schutzmann. Reichstein nahm schon auf der Treppe seinen Dienstrevolver aus der Ledertasche und entsicherte ihn. Beim Eintritt in die Wohnung hob er den geladenen Revolver in die Höhe und sagte zu Seliger: „Sie sind verhaftet!" Nach der Bekundung des Schlächters hat Reichstein sofort auf ihn geschossen. Der Schutzmann jedoch behauptete, die Waffe sei „von selbst losgegangen", weil Seliger mit der Hand den Revolver zu erfassen versucht habe. Die Kugel war dem Getroffenen in die Brust gedrungen und er mußte sofort im Automobil ins Allerheiligen-Hospital geschafft werden. Die Schußverletzung ist heute zwar geheilt, doch ist eine völlige Lähmung des linken Armes zurückgeblieben.

Am Sonnabend wurde der Verletzte aus der Untersuchungshaft der Breslauer 3. Strafkammer vorgeführt, um sich wegen Mißhandlung des Sittenmädchens zu verantworten. Außerdem legte ihm die Anklage zur Last, Widerstand gegen die Staatsgewalt und eine Bedrohung des Schutzmanns Reichstein mit dem Verbrechen des Totschlags. Bei seiner Einlieferung ins Hospital soll Seliger zu Reichstein gesagt haben: „Wenn ich rauskomme, ist die erste Kugel für Sie bestimmt!"

In der Verhandlung blieb der Schutzmann Reichstein bei seiner Darstellung, wonach der Angeklagte sich die Verletzung selbst zuzuschreiben habe, weil er nach dem Revolver gegriffen habe, wobei sich dieser entlud. Der Angeklagte versicherte, er habe den Beamten sofort gefragt, warum er ihn über den Haufen schieße. Die Zeugin Frau Juris bekundete ebenfalls eidlich, der Schuß sei gleich gefallen, als der Beamte die Wohnung betrat. Rechtsanwalt Bandmann meinte, wenn der Angeklagte wirklich nach dem Revolver gegriffen habe, so sei das in der Bestürzung geschehen, und man könne deshalb hier von einem strafbaren Widerstand nicht gut sprechen. Kein Mensch, der eine Revolvermündung auf sich gerichtet sieht, wird dabei ruhig stehen bleiben. Es sei in jeder Hinsicht begreiflich, wenn der Angeklagte nach der Waffe griff, um Unheil von sich abzuwenden. Da der Angeklagte weder einen Revolver noch ein Messer bei sich hatte, ist überhaupt nicht einzusehen, warum der Schutzmann dem Wehrlosen gleich den geladenen Revolver vor die Brust gehalten hat. Die Verhaftung wäre auch ohne den scharfen Schuß möglich gewesen, durch den Seliger jetzt zeitlebens unglücklich ist. Das Gericht hielt einen Widerstand als vorliegend, und das Urteil lautete auf eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis, zusätzlich zu einer Freiheitsstrafe, die der Angeklagte gegenwärtig verbüßt. Der Staatsanwalt hatte nur sechs Monate Gefängnis beantragt.

* **Ueber den Durst** sprach in einer Sitzung des Deutschen Alkoholgegner-Bundes, Ortsgruppe Breslau, im Lokale „Pomona" Herr Lehrer Rudolph. Er führte ungefähr folgendes aus:

Der Riesendurst des deutschen Mannes bringt alljährlich eine Ausgabe von 5500 Millionen Mark für 8000 Millionen Liter geistiger Getränke zuwege, für Dinge also, deren sozialer und wirtschaftlicher Unwert längst erwiesen ist. Künstlicher Durst wird erzeugt, wenn man dem Körper Stoffe zuführt, die wasserentziehend wirken, wie alle zu stark gesalzenen und gepfefferten Speisen, alle überfetten, stark gewürzten und alle alkoholhaltigen Getränke. Die „Süffigkeit" des Bieres beruht auf dieser reizenden, austrocknenden Wirkung des Alkohols. Die in Hotelküchen hergestellten Speisen vergleiche man daraufhin mit der Kost langjähriger Abstinenten, der Beigabe künstlichen Durstes, hier Verfeinerung der Geschmacksnerven. Für die Alkoholentwöhnung Alkoholkranker, der sogenannten Trinker, ist reizlose Kost von ganz besonderer Bedeutung. Da es Selbstbetrug ist, alkoholische Getränke als Durststillungsmittel zu gebrauchen, ist gänzliche Alkoholenthaltung der beste Schutz vor Durst im heißen Sommer; erfahrungsgemäß bekommt der enthaltsame Mensch überhaupt weniger Durst als der täglich, wenn auch „mäßig" alkoholtrinkende. Eingebildeten Durst ferner hat etwa der Frühschöppler und Stammtischler stets zu einer bestimmten Stunde des Tages. Der Festdurst, eine Abart desselben, spielt leider in deutschen Landen, besonders bei patriotischen Festen, wichtige Rolle. Künstlicher und eingebildeter Durst führen unter Umständen leicht zum krankhaften Durst, und da sind es denn die Alkoholgetränke, die durch ihre eigentümliche narkotische Wirkung die krankhafte Gier nach immer stärkerer, alkoholischer Reizung und Betäubung, Alkoholsucht, hervorrufen. Auch das gewohnheitsmäßige Trinken zu den Mahlzeiten ist schließlich nichts weiter als eine bestimmte Aeußerung des krankhaften Durstes, für schwächliche und magenkranke Personen von besonders nachteiligen Folgen. Der natürliche Durst endlich, die Empfindung, die den Mangel von Wasser im Organismus uns zur Kenntnis bringt, wird verursacht durch zu geringe Wasseraufnahme oder durch gesteigerte Wasserabgabe. So lange sich das Durstgefühl nicht regt, ist es aus ökonomischen (Stoffverschwendung), physiologischen (vermehrte Arbeitsleistung) und hygienischen Gründen durchaus töricht, neu aufzuschütten. Den Ersatz für den innerhalb 24 Stunden ausgeschiedenen Wassergehalt von 2600 Gramm liefern neben unseren gewöhnlichen täglichen Getränken die festen Nahrungsmittel, sodaß ein normaler Durst eigentlich zu den Ausnahmen gehören muß. Die Frage nach Ersatzgetränken ist für den Abstinenten von untergeordneter Bedeutung, und auf künstliche Ersatzgetränke ist, auch wenn sie frei von schädlichen Bestandteilen sind, erst recht kein großer Wert zu legen. Zu empfehlen sind dagegen, abgesehen von dem besten Getränk, frischem, klarem und kühlem Wasser, Mineralwässer, Trauben- und Obstsäfte, alkoholfreie Weine und Früchte in natürlichem Zustande. Weg aber mit der alten Lüge, daß wir des Durstes wegen Alkohol zu uns nehmen müßten!

Reicher Beifall lohnte den Redner. Der Vorsitzende, Justizrat Meremiz, kündigte alsdann zwei weitere Vorträge für nächste Zeit an, von denen der eine die Fortschritte der Abstinenzbewegung in den Kulturländern, der andere den Alkohol in der Strafrechtspflege behandeln soll. In kräftigen Worten forderte er, um uns zum Abstinententag für die Herbstzusammenkunft, auf dem zirka 400 000 Abstinenten vertreten sein werden, zum Eintritt in die Bewegung auf.

* **Der Flugplatz Breslau** liegt nach der „Schles. Ztg." in Gräbschen nahe der Hedmannschen Maschinenfabrik. Das Gelände ist 108 Morgen groß, hat die Form eines Dreiecks, und liegt in dem Winkel zwischen der Eisenbahn nach Königszelt—Hirschberg und der Eisenbahn nach Berlin.

* **Eine Herberge für Durchwanderer** jüdischen Glaubens soll demnächst in Breslau errichtet werden. Es hat sich dazu vor kurzer Zeit ein jüdischer Herbergsverein gebildet. Vorläufig hat man einige Zimmer gemietet, in denen bereits 16 Frauen, 7 Kinder und 27 Männer beherbergt wurden. Die geschäftliche Leitung dieser Herberge liegt in den Händen des Kaufmanns Simon Scheye.

Ein Schlag gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

„Kommunalisierung der Krankenkassen", das war schon seit Jahren eine Hauptforderung der preußischen Regierung. Diesem Ziele ist sie durch die Reichsversicherungsordnung mit zäher Kraft nachgegangen. Und die Regierung wird es erreichen, wenn die Kassenmitglieder ihr nicht mit aller Kraft entgegentreten.

Den letzten entscheidenden Schritt hat die preußische Regierung jetzt mit einem soeben veröffentlichten „Erlaß" an die Oberversicherungsämter vom 18. Februar unternommen. Wir bringen nur folgende Stellen aus dem Erlaß:

„Auf Grund des § 359 Abs. 4, § 413 Abs. 2 R.-V.-O. übertragen wir den auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Beamten der Orts-, Land- und Innungskrankenkassen sowie der Kassenverbände die Rechte und die Pflichten gemeindlicher Beamten."

„2. Neben dem Vorstande der Kasse oder des Kassenverbandes ist dem Landrat....., bei Kassen, die der Aufsicht eines gemeindlichen Versicherungsamtes unterstehen, dem Bürgermeister... ein Dienstaufsichtsrecht über die Beamten einzuräumen."

„Die Kassenbeamten sind auf die allgemeinen Dienstpflichten der Beamten hinzuweisen; es ist zu bestimmen, daß sie den Staatsdienereid binnen 4 Wochen nach dem Tage, an dem die Rechte und Pflichten gemeindlicher Beamten auf sie übergegangen sind, vor der unter 2 bezeichneten Behörde abzulegen haben."

„Es ist durch Aufnahme ausreichender Bestimmungen in das Regulativ Vorsorge zu treffen, daß die Vorbildung der Kassenbeamten nicht hinter der Vorbildung derjenigen gemeindlichen Beamten zurücksteht, denen sie in Rechten und Pflichten gleichgestellt werden."

„Die Oberversicherungsämter haben von der ihnen im § 359 Abs. 2 R.-V.-O. verliehenen Befugnis, die Anstellung der geschäftsleitenden Beamten auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt anzuordnen, grundsätzlich bei allen Orts-, Land- und Innungskrankenkassen sowie Kassenverbänden Gebrauch zu machen, die mit Einschluß der freiwilligen Mitglieder mehr als zehntausend Versicherte umfassen.... Die Anordnungsbefugnis bezieht sich nur auf die Geschäftsleiter der Krankenkassen.... Angestellte, die in der Kassenverwaltung eine leitende Stelle einnehmen (Bureau-, Registratur- und Kanzleivorsteher, Kassenführer, Leiter selbständiger Melde- und Zahlstellen u. a. m.) sind in der Regel als Geschäftsleiter im Sinne des § 359 R.-V.-O. anzusehen."

„Zur Anstellung eines Kassenbeamten auf Lebenszeit oder mit Anrecht auf Ruhegehalt ist nach § 359 Abs. 1 R.-V.-O. die Genehmigung des Oberversicherungsamtes in jedem einzelnen Falle erforderlich."

Damit sind die Kassenvorstände beiseite geschoben. Die Behörden üben das Disziplinarrecht aus und genehmigen, wer angestellt werden soll oder nicht. Damit auch die Angestellten, die im Sinne des Gesetzes nicht „Beamte", sondern „Angestellte" der Kasse sind, nicht gegen den Willen der Behörden angestellt werden, war schon vorher in einer Musterdienstordnung von der Regierung bestimmt worden:

„Personen, welche sich um die Anstellung im Kassendienst bewerben, haben den Nachweis der fachlichen Befähigung zu erbringen..... Zum Nachweis ihrer fachlichen Befähigung haben sich die ... anzustellenden Personen einer Prüfung durch den Prüfungsausschuß zu unterwerfen. . . . Der Prüfungsausschuß besteht aus drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden. Den Vorsitzenden bestellt das Versicherungsamt nach Anhörung des Kassenvorstandes. . . . Der Prüfungsausschuß entscheidet nach Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende ist berechtigt, Beschlüsse des Prüfungsausschusses mit aufschiebender Wirkung zu beanstanden. Ueber die Beanstandung entscheidet der Vorsitzende des Versicherungsamtes endgiltig."

Dadurch ist dafür gesorgt, daß ohne den Willen des Versicherungsamtes (Landrat oder Bürgermeister) niemand in die Kassenverwaltung hineinkommt. Dem Vorstande ist auch hier die Verwaltung aus der Hand genommen.

Es ist ja so klar: wer die Beamten hat, hat die Verwaltung der Kasse in Händen. Vorstand und Ausschuß der Kasse haben nur die Gelder zu bewilligen, die die Beamten nach den Anordnungen der Behörden verwalten.

Mit einigen Federstrichen hat also die Regierung auf dem Verwaltungswege der Selbstverwaltung den letzten Rest gegeben. Kein freies Schaffen mehr, keine Selbstbestimmung der Versicherten, nur der Wille der preußischen Regierung und ihrer Beamten ist maßgebend. Ein wichtiges Recht, das die Kassenmitglieder ein Vierteljahrhundert besaßen, wird ihnen so stillschweigend genommen, als wenn es ein wertloser Lappen wäre.

Das kann so nicht weiter gehen! Auf dieses unerhörte Vorgehen der Regierungsbureaukratie muß ein Sturm des Protestes die Antwort sein! Nicht um eine Parteisache handelt es sich. Auch die an den Krankenkassen beteiligten Arbeitgeber haben ein lebhaftes Interesse daran, den machtlüsternen Bureaukraten ein kräftiges Halt zuzurufen. Die so segensreichen Wirkungen der Krankenversicherung, durch die Selbstverwaltung herbeigeführt, dürfen nicht gefährdet werden; der weiteren Entwickelung Preußens zu einem vollendeten Polizeistaat ist Einhalt zu gebieten.

* **Der Hoteleinbrecher**, der sich am Freitag abend im Hotel „Russischer Hof" auf der Teichstraße einquartierte, gab sich auf einem Zettel, den er überreicht hatte, als Unterzahlmeister aus. Im Laufe der Nacht hat er versucht, in eines der Fremdenzimmer einzudringen. Da der Schlüssel des Türschlosses von Innen steckte, benutzte der Spitzbube eine eigens dazu geschaffene Zange, womit er den Schlüssel herumdrehen und aus dem Schlosse hinausschieben konnte. Dann hat er mit einem Dietrich die Tür geöffnet. Der Bewohner des Zimmers ist jedoch von dem Geräusch erwacht und hat Lärm geschlagen, wodurch der Einbrecher verscheucht wurde. In einem anderen Zimmer hat er die Betten angezündet, zweifellos, um das Bedienungspersonal des Hotels dorthin abzulenken und inzwischen Diebereien in einem anderen Zimmer auszuführen. Das Stubenmädchen, das bald dazukam, konnte jedoch sehr schnell und ohne größeren Lärm den Brand ersticken. Als dann der Einbruch in ein anderes Zimmer, wie gesagt, mißglückte und der Bewohner des Zimmers den Einbrecher verfolgte, sah dieser sich genötigt, die Flucht zu ergreifen. Er wurde aber vom Hotelpersonal gesehen und sofort verfolgt. Die Jagd ging durch die Teichstraße, Gartenstraße, am Bahnhof in die Taschenstraße und in die Ernststraße, wo der Flüchtling von Fußgängern aufgehalten wurde. Er feuerte auf seine Verfolger zwei Schüsse ab und traf einen am Bein und am Fuße. Ein Unterzahlmeister des Namens, den der Dieb angegeben hat, ist allerdings von der Militärbehörde beurlaubt, ob das aber tatsächlich der Einbrecher ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Vermutlich hat der Spitzbube mit einem anderen Namen Mißbrauch getrieben.

132 neue Leser der „Volkswacht"
und
180 neue Mitglieder

des sozialdemokratischen Vereins Breslau-Stadt wurden bis Montag früh als Ergebnis des ersten Anlaufs während der roten Woche gemeldet. Unter den neuen Mitgliedern sind besonders die Frauen zahlreich vertreten.

Genossen! Erlahmt nicht in Eurer Arbeit!

Krankenkassen in Schlesien.

Wenn für die Provinz Schlesien am 1. Januar 454 Krankenkassen mit 440 000 Versicherten gezählt worden sind, am 1. Februar aber 464 000, also 20 000 mehr, so darf man daraus keinen Schluß auf die Verbesserung des Beschäftigungsgrades ziehen; die Vermehrung erklärt sich vielmehr einzig daraus, daß vollständigere Zahlen beigebracht wurden und Kassen, die am 1. Januar noch nicht berichtet hatten, dies jetzt nachholten. Das wird wohl noch einige Zeit so ähnlich weiter gehen, bis feste und dann erst vergleichbare Verhältnisse gewonnen sind.

Es waren am 1. Januar versichert im Bezirk Breslau in 173 Kassen 121 087 männliche und 76 822 weibliche Personen, im Bezirk Liegnitz in 170 Kassen 85 214 männliche und 43 851 weibliche Personen, im Bezirk Oppeln in 111 Kassen 86 178 männliche und 30 638 weibliche Personen. Der Kreis der weiblichen Versicherten ist also bedeutend größer geworden, und er wird sich noch weiter vergrößern, weil über verschiedene Beschäftigungsarten noch immer Unklarheit besteht.

Die Prostitution.

In Breslau ist in diesem Winter viel über die Abschaffung der Prostitution gesprochen worden. Die Prostitution selber wissenschaftlich zu beleuchten, blieb dem bekannten Deutschen Sexual-Psychologen Dr. Iwan Bloch aus Berlin vorbehalten; sein Vortrag über die Probleme der Prostitution am Sonnabend im Saale der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur" war zahlreich besucht, die Zuhörer waren meistens Aerzte.

Die Prostitution, so führte der Redner u. a. aus, sei kein notwendiges Uebel, sondern ein Ueberrest aus der Zeit des freien Geschlechtslebens der Menschen, was sich aus dem noch vorhandenen allgewaltigen Trieb des Mannes erklären dürfte. Obwohl antisozial und gesundheitswidrig sei die Prostitution als Kulturerscheinung die letzte Folge unserer Handlungen auf geschlechtlichem Gebiete. Unser staatliches Regementierwesen sei ein Ausfluß antiker (griechischer und römischer) Staatsmoral. An die sich daraus ergebende sexuelle Unwahrhaftigkeit wagte Luther durch seine Heirat mit der Nonne Katharina von Bora die erste Absage. In der wahren Erkenntnis des menschlichen Geschlechtslebens, in der Arbeit auf Gesundung, Besserung und Hygiene des heutigen Zustandes, sei die Macht gegen die Prostitution gegeben. Lombroso habe die Theorie von der „geborenen Prostituierten" aufgestellt; sie bestehe aber nur durch Männernachfrage und sei ohne diese nicht lebensfähig. Die Prostitution, so schloß der Redner, sei durchaus nicht etwas unabwendbares. Eine Aussprache schloß sich dem mit reichen Beifall aufgenommenen Vortrag nicht an. Die Versammlung war vom Bund für Mutterschutz einberufen.

* **Zwangsweise versteigert** wird am 20. April vom hiesigen Amtsgericht das Grundstück Schleiermacherstraße 4.

* **Schwerer Treppenabsturz.** Im Hause Lohestr. 73 erlitt am Sonnabend Nachmittag ein Tapezierer, der die Treppe hinaufstieg, einen schweren Krampfanfall und stürzte kopfüber die Treppe hinab. Der Mann wurde am Kopfe schwer verletzt; Samariter der Feuerwehr legten ihm einen Notverband an und schafften ihn in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus.

* **Halb erstarrt und krank** wurde am Sonnabend gegen 6¼ Uhr abends in den Oder-Anlagen in der Nähe der Gröschelbrücke ein Mädchen aufgefunden, das der Fürsorgeerziehung entlaufen ist. Das Mädchen ist seit vier Tagen und vier Nächten auf den Wiesen und Anlagen an der Oder herumgelaufen, bis es völlig erschöpft und krank zusammenbrach. Man brachte das Mädchen zunächst in die Polizeiwache auf der Einbaumstraße, von wo es herbeigerufene Sanitätsleute ins Allerheiligenhospital schafften.

* **Gasvergiftung.** Am Sonntag Nachmittag gegen 6½ Uhr wurde das bei einer Familie Am Rathaus 20/21 in Stellung befindliche Dienstmädchen Emma Weiß in einem völlig mit Gas gefüllten Zimmer bewußtlos aufgefunden. Die Samariter der Feuerwehr stellten Wiederbelebungsversuche mittels Sauerstoffapparates an, die auch von Erfolg waren. Mittels Krankenwagens wurde das Mädchen nach dem Allerheiligenhospital gebracht. Liebeskummer hat es zu dem Entschluß gebracht, aus dem Leben zu scheiden.

* **Unfall im Fürstbischöflichen Palais.** Im Laufe des gestrigen Sonntages drängte sich eine große Menschenmenge in das Fürstbischöfliche Palais, um an dem Sarge des Kardinals Kopp vorüberzuziehen und einen letzten Blick auf ihn zu werfen. Nachmittags brach dort ein Fräulein plötzlich bewußtlos zusammen, sodaß man es nach einem Nebenraum schaffen mußte. Herbeigerufene Samariter der Feuerwehr leisteten der Erkrankten erste Hilfe und schafften sie nach dem Allerheiligen-Hospital. Hier konnte festgestellt werden, daß es sich um schwere Herzkämpfe handelt. Die Erkrankte ist das Fräulein Marie Schubert von der Friedrich-Karl-Straße.

* **Schlägerei.** Am Sonntag, abends gegen 8½ Uhr, entstand auf der Berlinerstraße eine Schlägerei, in deren Verlaufe ein Schmied so schwer im Gesicht verletzt wurde, daß man die Sanitätsmannschaften der Feuerwehr herbeirufen mußte, die dem Verletzten Notverbände anlegten und ihn sodann mittels Krankenwagens nach dem Allerheiligen-Hospital schafften.

Freigabe der Notbrücke an der Handsfelder Brücke. Der Polizei-Präsident macht bekannt, daß der Fußgängerverkehr über die Notbrücke bereits am 3. d. Mts., der Fuhrwerksverkehr am 8. d. Mts. eröffnet worden ist.

* **Plötzlicher Tod.** Am 8. d. Mts. früh, wurde die Frau eines auf der Freiburgerstraße wohnhaften Hutarbeiters in ihrer Wohnung, vor dem Bett liegend tot aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt stellte zwar den eingetretenen Tod fest konnte aber die Todesursache nicht ermitteln. Ein Kind der Verstorbenen will gesehen haben, wie die Mutter aus dem Bett gefallen ist.

Vereine und Versammlungen.

* **Humboldt-Verein für Volksbildung.** Donnerstag, den 12. März, abends 8¼ Uhr, wird Herr Professor Dr. Schiff im Saale der „Harmonie", Gräbschenerstraße 189, einen Vortrag halten über: „Brennstoffe und Beleuchtung". Der Eintritt ist für jedermann frei.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Wieder ein Sieg.

Auch bei der Gemeindewahl in Herrnprotsch haben sich unsere Genossen wacker geschlagen. Die Gegner hatten alles aufgeboten, aber ihre Mühe war vergebens, denn auch die Arbeiter waren wacker auf dem Posten. Genosse Front erhielt 21 Stimmen, Stellenbesitzer John 18 Stimmen und Stellenbesitzer Stache 1 Stimme. Unser Vertreter ist also gewählt. Damit gehört uns die ganze dritte Abteilung in Herrnprotsch. Das ist ein Erfolg, der alle Genossen im Landkreise anspornen muß.

In der 2. Klasse siegte der Stellenbesitzer Herrmann mit 10 Stimmen. Aber auch hier entfielen 2 Stimmen auf den Genossen Brettschneider. In der ersten Klasse wurden Klonke und Höhne mit je 2 Stimmen gewählt. Auch ein Hohn auf das Gemeindewahlrecht.

Leider waren die Arbeiter am Anfang der Wahl recht säumig gewesen, und so wurde der Wahlvorstand von den Besitzenden gewählt. Das konnte leicht den Erfolg der Wahl in Frage stellen, denn der Sohn einer Stellenbesitzerwitwe, der garnicht wahlberechtigt war, gab ruhig seine Stimme ab. Erst als Genosse Keil energisch dagegen protestierte, wurde diese Stimme für ungültig erklärt. Man sieht aber daraus, wie wichtig für den Arbeiter die Besetzung des Wahlvorstandes ist.

Unsere Gegner glaubten, uns totgeredet zu haben. Die Gemeindewahlsiege im Landkreise beweisen den Herren hoffentlich, daß wir noch ziemlich munter sind. Recht so, Genossen! Vorwärts zu weiteren Siegen!

* * *

Krietern. Aus der Gemeinde. Dienstag, den 10. März, abends 7½ Uhr, ist in der Schule eine Gemeindevertreter-Sitzung. Die Tagesordnung ist sehr wichtig.

Krichen. Ländliche Gemeindewahl. Schon oft haben wir darauf hingewiesen, daß sich so mancher Gemeindevorsteher nicht um die Vorschriften der Landgemeinde-Ordnung kümmert. Das beweist wieder einmal die Gemeindewahl in Krichen. Die Wählerlisten, die Grundlage der ganzen Wahl, haben hier nicht ausgelegen, obwohl es fast jeder Mensch weiß, daß sie vom 15. bis 30. Januar ausliegen sollen. Nun hat der Gemeindevorsteher zum 4. März die Gemeindewahl angesetzt und beauftragte den Wächter, nur die Hausbesitzer dazu einzuladen. Dieser kam auch dem Befehl prompt nach, konnte aber nicht verhindern, daß die wenigen Genossen von Krichen davon Kenntnis erlangten. Als diese nun zur Wahl kamen, frugen sie deshalb den Gemeindevorsteher. Der erklärte aber ganz gottesfürchtig: „Heute wählen nur die Wirte." Der Einspruch gegen die Wahl wird den Herrn veranlassen, gültige Wahlen vorzubereiten.

Schlesien und Posen.

Die indirekten Steuern der schlesischen Landkreise.

Im Jahre 1908 hatten die preußischen Landkreise nur eine einzige indirekte Steuer, die Hundesteuer. Ihnen war nach Lage der damaligen Gesetzgebung keine andere indirekte Steuer gestattet. Inzwischen sind auch über die Landkreise Pflichten und Nöte hereingebrochen, und schon die Steuerstatistik von 1908 mußte um mehrere Spalten erweitert werden: Umsatzsteuer, Wertzuwachssteuer, Schankkonzessionssteuer kamen hinzu. Der Steuerertrag, der früher nur nach Tausenden rechnete, war 1908 auf 14½ Millionen Mk., 1911 bereits auf über 22 Millionen gewachsen. Die niedrigsten Kopfziffern trafen seltsamerweise auf die industriereichsten Westprovinzen, z. B. auf Rheinland mit nur 33 Pf., während Schlesien 64 Pf. Brandenburg sogar 178 Pf. aufwies. Der Staatsdurchschnitt war 81 Pf. In einigen Provinzen ging die Zunahme, eben mit der Neueinführung, ruckweise vor sich. So stieg sie für 1908—1910 in Schlesien um 22 Proz., im Rheinland nur um 6 Proz. Im folgenden Jahre wieder war es umgekehrt. Da mußte Rheinland mit 22 Proz. rechnen, während Schlesien mit nur 13 Proz. davonkam. Das Schwergewicht lag besonders in Brandenburg, wo die Berliner Vororte den Ausschlag gaben, auf den indirekten Grundsteuern, der Umsatz- und der Wertzuwachssteuer, die auch in Schlesien im Jahre 1911 fast 1,9 Millionen einbrachten, während die Schankkonzessionensteuer nur 319.000 Mk., die Hundesteuer 408.000 Mk. ergab. Auch im Gesamtstaat fiel auf die Umsatz- und die Wertzuwachssteuer 71 Proz. des ganzen indirekten Ertrages, auf die beiden anderen Steuern etwa je zur Hälfte der Rest. Im Rheinland begegnen wir der eigentümlichen Erscheinung, daß der Hauptertrag aus der Schanksteuer fließt, die Grundsteuern dagegen recht wenig eintragen. Das dürfte aber auch dort bald anders werden, denn auf dem Lande schwellen die Bodenwerte immer mehr an. Sie werden durch die Allgemeinheit, durch das Meer von Menschen, erzeugt, und trotz des in den Kreisverwaltungen vorherrschenden Grundbesitzes wird es diesem auf die Dauer nicht möglich sein, die wohlberechtigten Bodensteuern mit Gewalt fern zu halten. Die steigende Finanznot ist noch immer Siegerin über alle Sonderinteressen geblieben.

Neustadt O.-S., 9. März. Aerzte und Krankenkassen. Zwischen den Aerzten und Krankenkassen ist auch im hiesigen Kreise ein Vertrag zu Stande gekommen. Nur die Forderung, pro Jahr und Mitglied 5 Pfg. zu der geplanten Abfindungssumme für die außerhalb des Leipziger Ortsverbandes stehenden Aerzte beizutragen, war von sämtlichen Krankenkassen bei den Vertragsverhandlungen abgelehnt worden. Am Mittwoch fand nun dieserhalb vor dem hiesigen Versicherungsamte ein Termin statt, bei dem fast sämtliche Krankenkassen des Kreises vertreten waren. Einstimmig war man der Meinung, den ungerechten Forderungen der Aerzte auch fernerhin den ablehnenden Standpunkt gegenüber zu bewahren.

Königshütte, 9. März. Die letzte Schicht. Der Grubenarbeiter Karl Polotzek verunglückte auf Marienschacht tödlich. Ein Kohlenblock fiel vom Hangenden herab und zerschmetterte ihm den Kopf.

Zabrze, 9. März. Drei Mann vom Gerüst abgestürzt — zwei tot, einer verletzt. Freitag ereignete sich auf der Donnersmarckhütte ein schweres Unglück. In der neuen Gießerei stürzten drei Mann aus beträchtlicher Höhe von einem Gerüst, wo sie beschäftigt waren, herab. Alle drei wurden sofort in das nahe Auguste-Viktoria-Krankenhaus geschafft. Der Montagearbeiter Augustin Posnyk aus Gleiwitz starb bald nach Einlieferung im Krankenhause, der Montagearbeiter Wilhelm Czerwensky aus Rodzin ist in der Nacht den schweren Verletzungen erlegen, während der dritte, der Nieter Erdmann Backhaus aus Biskupitz nur leichte Verletzungen erlitt.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach Bresl. Ortszeit d. i. M.E.Z. + 8 Min.	7. März Nm. 2 Uhr	7. März Abd. 9 Uhr	8. März Mg. 7 Uhr	8. März Nm. 2 Uhr	8. März Abd. 9 Uhr	9. März Mg. 7 Uhr
Luftwärme (C)	+ 6,5	+ 5,8	+ 2,8	+ 6,7	+ 4,8	+ 2,7
Luftdruck (mm) a. 0° red.	782,7	786,0	738,5	740,8	739,9	739,5
Dunstdruck (mm)	4,8	4,5	4,4	4,1	5,5	6,4
Dunstsättigung (%)	69	77	82	66	90	77
Wind (0—12)	W 8	W 5	W 4	W 4	SW 3	NW 4
Wetter	heiter	heiter	heiter	bezogen	bedeckt	bedeckt

Höhe der Niederschläge seit gestern früh 3,20. Am 7. vormittags Windstärke 8, abends Regen und Schnee. Gestern abends und nachts Regen.

* Zur Reduktion auf Meeresniveau sind 13,1 m hinzuzufügen.

Neueste Nachrichten.

Der Frauentag!

Berlin, 9. März. Aus Berlin und vielen Orten des Reiches liegen Meldungen vor über stark besuchte Versammlungen, die Entschließungen für das Frauenwahlrecht annehmen. In 46 Versammlungen nahmen in Berlin allein 30 000 Frauen teil. Vielfach bildeten sich geschlossene Züge, die von der Polizei am Eindringen in die innere Stadt gehindert wurden.

Gut besuchte Versammlungen fanden noch statt in Königsberg, Danzig, Kiel, Lübeck, Hannover, Bielefeld, Magdeburg, Kottbus, Bremerhaven, Jena, Köln, Dortmund, Elberfeld, Leipzig, Chemnitz, Dresden, München, Nürnberg, Augsburg, Karlsruhe ꝛc.

In **Wien** wurden 11, im übrigen Oesterreich etwa 200 Versammlungen abgehalten, auch die tschecho-slawische Sozialdemokratie nahm am Frauentage teil.

In der **Schweiz** fanden in Zürich, Basel, Genf, Bern Versammlungen statt, in **Holland** über 70.

Die russische Antwort.

Petersburg, 9. März. Die Petersburger Zeitungen veröffentlichten folgende Antwort auf die Artikel der „Köln. Ztg." gegen die russischen Rüstungen: Rußland ist glücklicherweise in der Lage, sich um die Drohungen eines Teiles der deutschen Presse nicht kümmern zu müssen. Rußland wird jetzt seinen Weg weiter verfolgen, dessen Endzweck nicht die Aneignung von Deutschland oder Schweden gehörigen Gebieten, sondern nur die energische Verteidigung seiner westlichen Grenze gegen jegliche Ueberraschungen seitens seiner Nachbarn ist. Nicht Rußland, sondern Deutschland hat zuerst mit den Rüstungen begonnen. Rußland hat nur in gleicher Weise geantwortet. Diese Art der Antwort befriedigt aber gewisse deutsche politische Gruppen nicht, und ihr Mißvergnügen beweist deutlich, wie berechtigt die im Laufe der letzten Jahre von den russischen militärischen Kreisen getroffenen Maßnahmen sind.

Aerzte und Krankenkassen.

Berlin, 9. März. In der gestrigen Tagung des Geschäftsausschusses des Deutschen Aerztevereinsbundes wurde die Lage unter Berücksichtigung der noch vorhandenen Konflikte in den einzelnen Orten besprochen. Der „Voss. Ztg." zufolge ist, außer in Breslau, auch in Elbing und Stettin das Abkommen noch nicht durchgeführt. In einigen Tagen wird im Reichsamt des Innern eine neue Konferenz stattfinden.

Die „Frankfurter Zeitung" berichtet noch: Das unter Führung der Regierung entstandene Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1912 zwischen Aerzten und Krankenkassen ist, wie in der gestrigen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Aerztevereinsbundes erklärt wurde, ernstlich gefährdet durch die unklare Stellungnahme der Regierung in dem für die Aerzteschaft wichtigsten Punkte des Abkommens, der Entfernung der Nothelfer aus der kassenärztlichen Tätigkeit in Breslau und Elbing. Die nächsten Tage müssen, so wurde betont, die Entscheidung bringen, ob die ärztliche Organisation am Berliner Abkommen festhalten oder die Erneuerung des allgemeinen Kampfes proklamieren werde. Der Entschluß der Aerzteschaft ist abhängig von einer am Mittwoch stattfindenden Besprechung im Reichsamt des Innern.

Geständnis der deutschen Spionin.

Paris, 9. März. Die in Cherbourg verhaftete und der Spionage beschuldigte Deutsche Eva Hornetter soll dem „Journal" zufolge ein teilweises Geständnis abgelegt haben. Eva Hornetter war zuerst bei dem Marineoffizier Floreville als Dienstmädchen beschäftigt. Der Offizier entließ sie, weil sie sich zu viel um militärische Angelegenheiten bekümmerte und weil Dokumente aus seinem Arbeitszimmer verschwanden.

Protest gegen die Aufhebung von Spitälern.

Rom, 9. März. Die Aufhebung mehrerer Spitäler aus Sparsamkeitsgründen hat zur Folge gehabt, daß für morgen in der Stadt der Generalstreik angesagt worden ist. Alle Geschäfte sollen geschlossen bleiben. Der Droschken- und Trambahnverkehr ist suspendiert worden. Nur die Bäckerläden werden offengehalten. Mehrere Zeitungen haben bekannt gemacht, daß sie nicht erscheinen werden. Auf der Piazza Popolo soll ein Meeting stattfinden, das indessen von der Polizei verboten wurde. Die sozialistischen Vereine wollen jedoch dem Polizeiverbot trotzen.

Voraussichtliche Kabinettschefs in Albanien.

Durazzo, 9. März. Der Fürst empfing am gestrigen Sonntag verschiedene Deputationen. Da die Kontrollkommission gestern die Regierung übergab, wird in den nächsten ein Ministerium ernannt werden. Als Kabinettschefs werden der frühere Großwesir Ferid und der angesehene Omer Pascha genannt.

Die Sobranjewahlen.

Sofia, 9. März. Die gestern hier abgehaltenen Wahlen zur Sobranje dürften, wie Ministerpräsident Radoslawow erklärte, mit einem Regierungssieg enden. In Sofia haben die Regierungskandidaten 5164 gegen 5812 Stimmen der gesamten Opposition erhalten.

Teilung der Diözese Breslau.

Prag, 9. März. Die galizische Presse plädiert für die Abtrennung des österreichischen Anteils von der Diözese Breslau. Die Polenfraktion soll im Reichsrat eine dahingehende Aktion einleiten.

Große Suffragettenschlacht.

London, 9. März. Hier wurde gestern Miß Sylvia Pankhurst in einem Omnibus verhaftet, als sie sich zu einer Versammlung der Frauenrechtlerinnen auf dem Trafalgarsquare begeben wollte. Als die Nachricht von ihrer Verhaftung eintraf, bewaffneten sich die Frauenrechtlerinnen mit Knüppeln und versuchten nach Downingstreet zu marschieren, um gegen die Verhaftung Einspruch zu erheben. Die Polizei stellte sich den Frauen entgegen, und berittene Schutzleute trieben sie schließlich auseinander. Hierbei kam es zu einer Schlacht, wobei viele Personen nicht unbedenklich verletzt wurden. Ein Schutzmann wurde bewußtlos davongetragen. Mehrere Personen wurden verhaftet, darunter auch Miß Patterson.

Aus der Geschäftswelt.

Ich ziehe um. Diese Worte, die wir sobald wieder hören werden, ist der Inbegriff alles Unangenehmen. Sind wir dann in der neuen Wohnung, so bemerken wir zu unserem Schrecken, daß manches Möbelstück fehlt und manches ergänzt werden muß. Da jedoch der Umzug so große Kosten verursachte, ist es beim besten Willen nicht möglich, den Gegenstand bar zu kaufen. Ich wende mich nun an eine Firma, die mir Kredit einräumt. Aber ist jedoch Vorsicht am Platze, da ein Möbelkauf Vertrauenssache ist. Die Firma Karfunky u. Co. genießt den Ruf eines durchaus reellen Geschäfts und die großen Läger bieten für jeden Geschmack das Richtige. In den Abteilungen Damen- und Herrengarderobe sind die neuesten Sachen eingetroffen, sodaß ein Besuch dieses Geschäfts zu empfehlen ist.

Schlesien und Posen.

Jauer, 8. März. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer letzten Sitzung zur Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine für die Gasanstalt 2300 Mark. Zur Einrichtung eines regelmäßigen Automobilverkehrs nach Moisdorf, Siebenhuben und Buschhäuser wurden die vom Magistrat beantragten Kosten in Höhe von 500 Mark genehmigt. Hierauf folgte die Etatsberatung für 1914. Die Armenverwaltung hat eine Einnahme von 5410 Mark, eine Ausgabe von 20.769 Mark. Der Wasserwerks-Etat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 36.164 Mark. Der Etat der Gasanstaltsverwaltung wurde in Einnahme auf 222.781 Mark und in Ausgabe auf 172.207 Mk. festgesetzt. Der Etat der allgemeinen Kämmereiverwaltung ist in Einnahme auf 322.276 Mark und in Ausgabe auf 232.082 Mk. veranschlagt, im Extraordinarium mit 870.000 Mark in Einnahme und Ausgabe aufgestellt. Zur Deckung der Gemeindebedürfnisse in Höhe von 215.900 Mark sollen wiederum 170 Prozent der Staatseinkommensteuer und der Realsteuern zur Erhebung gelangen. Der Gesamt-Etat wurde in Einnahme und Ausgabe auf 1.810.000 Mark festgesetzt.

Obornik i. P., 9. März. Zur Reichstagsnachwahl in Samter-Obornik-Birnbaum-Schwerin. In vielen Orten des Wahlkreises finden jetzt Wählerversammlungen für den von allen deutschen Parteien einschließlich des Zentrums aufgestellten Mischmarsch-Kandidaten von Haza-Radlitz statt. So war auch am Donnerstag eine solche in Obornik, in der von Haza-Radlitz über seinen „politischen Standpunkt" Auskunft gab. Würde er zum Abgeordneten gewählt, dann schließe er sich als Hospitant der konservativen Reichstagsfraktion an und würde selbstverständlich alle Mittel, die für Heer und Flotte gefordert würden, bewilligen. Bei der Erneuerung der Handelsverträge trete er für Beibehaltung der Schutzzollpolitik ein und wünsche, daß bei dem einen oder anderen Produkt der Zoll noch erhöht würde. Als Gegner jeden Fortschritts in der sozialen Gesetzgebung habe er besonders für die Unterstützung der Arbeitslosen ein „Unbedingtes Nein" und erachte eine solche als Prämie auf die Faulheit. Auch Arbeitswilligenschutzgesetzen und dem Verbot des Streikpostenstehens stimmt er zu und fordert besonders schärfere Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Dem Genossen Keller-Posen, der versuchte, die Sünden der konservativen Partei und die schädlichen Wirkungen der Zollpolitik auf die Volkswirtschaft und Volksernährung darzulegen, entzog man das Wort, weil er nicht zum Wahlkreis gehöre.

Reichstagswähler! Arbeiter! Merkt Euch das. Neue Steuern für den Militarismus, keinen Pfennig für die Arbeitslosen, Verteuerung der Lebensmittel durch hohe Zölle, Unterdrückung der Arbeiterbewegung, das findet der konservative Kandidat als selbstverständlich und sein Wunsch wäre es, im Reichstage dafür eintreten zu können.

Reichstagswähler! Protestiert dagegen indem ihr am 17. März eure Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Schulz gebt.

Bromberg, 9. März. Tödlich verunglückt ist beim Ausfahren der elektrischen Straßenbahn aus der Zentrale der etwa 55 Jahre alte Wagenputzer Dombrow. Unmittelbar vor dem Einfahrtor versuchte der Mann auf den vorderen Perron aufzuspringen, geriet dabei zwischen Wagen und Torpfeiler und wurde derart gequetscht, daß er besinnungslos liegen blieb. Man schaffte ihn ins Krankenhaus, wo festgestellt wurde, daß er mehrere Rippenbrüche und eine schwere Lungenverletzung erlitten hatte. Nach vier Stunden ist Dombrow seinen Verletzungen erlegen.

Posen, 9. März. Das ist ein Geschäft. Der Steuermehrertrag der Stadt Posen infolge des Generalpardons soll rund 100000 Mark betragen. — Die Summe entspricht einem bisher nicht versteuerten Vermögen von 2½ bis 3 Millionen Mark.

Jarotschin, 9. März. Aus dem Zuge gestürzt. Zwischen den Stationen Witaschütz und Jarotschin der Posen—Kreuzburger Bahn stürzte aus bisher noch unbekannten Gründen ein 16jähriges Mädchen aus Galizien aus dem Zuge. Sie fiel so unglücklich, daß sie von den Rädern sofort zermalmt wurde.

Schulitz, 9. März. Gefahren der Arbeit. Ein hiesiger Müller stürzte gelegentlich einer Wellenreparatur seiner Mahlmühle so unglücklich von der Welle auf den Fußboden herab, daß er sich eine innere Verletzung zuzog, an deren Folgen er verstorben ist.

Briefkasten.

L. A. Bei mehr als 500 Mk., aber nicht mehr als 1000 Mark beträgt der Mietsstempel 1/10 vom Hundert, also bei 600 Mark. Sie müssen zahlen, auch für die letzten Jahre, denn der Mietsvertrag lautet dementsprechend.

G. H., Leuthenstraße. Wenn die kranken Eltern ihre dienende Tochter im eigenen Hause völlig brauchen, kann sie vorzeitig abziehen, muß aber laut § 149 der Gesindeordnung einen anderen tauglichen Dienstboten statt seiner stellen.

J. P. Sch. 10612 Quadratmeter sind reichlich vier Morgen, nicht acht acht Morgen, wie der Druckfehlerteufel in der Freitagnummer angegeben hat.

H. G. in S. 1. Die Mutter kann höhere Unterhaltungsgelder fordern: 10 bis 12 Mark monatlich werden jetzt als zu wenig angesehen. 2. Der Vater des unehelichen Kindes hat über die Pflege und Erziehung des Kindes nichts zu sagen. 3 und 4. Das geht nicht. Es ist nur möglich, sich gütlich auseinanderzusetzen.

Wochenspielplan der Breslauer Theater.

	Stadt-Theater	Lobe-Theater	Thalia-Theater	Schauspielhaus
Montag	Ein Maskenball	Der Reiherbusch	Gr. J. 8. Vorst. Der Dieb	Die ideale Gattin
Dienstag	Das Mädchen aus dem goldenen Westen	Die heitere Residenz	Handlungsgehilf. Anfang 8 Uhr Der müde Theodor	Luxusweibchen
Mittwoch	Blaubart	Der Reiherbusch	3½ Uhr Hausfr. Zeitung Deines Bruders Weib / 7½ Uhr Gr. K. 8. Vorst. Der Dieb	Polenblut
Donnerstag	Margarete	Anfang 7 Uhr Hamlet, Prinz von Dänemark	—	Luxusweibchen
Freitag	Ermäßigte Preise Figaros Hochzeit	Der Reiherbusch	Humb.-Verein 3. Abonn.-Vorst. Wohltäter der Menschheit	Die Kinokönigin
Sonnabend	Das Rheingold	Die Journalisten	—	Polenblut

Versammlungen und Vereine.

Montag, den 9. März:

Sozialdemokratischer Verein. Bezirks-Mitgliederversammlungen finden abends 8 Uhr in folgenden Lokalen statt:

Gabitz u. Sauerbrunn (Distr. 1 u. 2) bei Werner, Friedrichstr. 50a.
Gräbschener Vorstadt (Distr. 3 u. 3a) bei Milde, Gräbschenerstr. 74.
Nikolaitor (Distr. 4, 6 u. 7) in den „Elfen-Sälen, Friedrich-Wilhelmstraße 32.
Odertor (Distr. 8, 8a u. 9a) im „Ballhof", Schießwerderplatz 12.
Oder- und Sandtor (Distr. 9, 10 u. 11) in der „Deutschen Krone", Weinstraße 53/55.
Scheitniger Vorstadt (Distr. 12 u. 13) in der „Fürstenkrone" Fürstenstraße 32.
Ohlauer Tor (Distr. 14, 15 u. 15a) im „Gewerkschaftshaus", (Kleiner Saal).
Strehlener und Bohrauer Tor (Distr. 16 u. 16a) bei Deutscher, Hubenerstraße 50.
Schweidnitzer Tor (Distr. 17 u. 17a) in der „Wilhelmsburg", Neudorfstraße 54.
Innere Stadt (Distr. 18 u. 19) bei Räther, Herrenstraße 19.

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Brieg

Alkoholfreie Getränke.
Scholz, Emil (Pilsener Edelbrause).

Arbeiter-Konfektion.
Neumann, R., Oppelnerstr. 25. Div. Artikel.

Bäckereien und Konditoreien.
Kränsel, Hermann, Mollwitzerstr. 18.
Räke, Paul, Hermsdorf.

Bierbrauereien.
Brieger Stadtbrauerei A.-G.
Bürgerliches Brauhaus, G. m. b. H.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelnerstr. 8. Reparat.-Wkst.

Fleischerei u. Wurstfabrik.
Jätschke, Reinh., Schulstr. 32. Konsum-Lief.
Scholz, Richard, Bäckergasse 9.
Wuttke, Reinh., Neuhäuserstraße 39.

Fische — Delikatessen.
Laube, C., Paulauerstraße 24.
Scholz, Reinhold, Aepfelstraße 10.

Galanterie- und Spielwaren.
Goebel, A., Wagnerstraße 2.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Berliner Bekleidungshaus, Ring 34.
Fischer, Paul, Mühlstr. 16. (Fertig u. Maß.)
Kuhnert, Fr., Langestr. 11. Arbeitergarderobe.
Wohl, Eugen, Burgstraße Nr. 27.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Triller, Carl, Neuhäuserstraße 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Holzweissig, Franke Nachf., Mühlstr. 14.
Urbanczik, L., Zollstr. 11/12. Schuhw.

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Ring 30. Bill. Bezugsquelle

Kinematograph.
Metropol-Kino, Tägl. Vorführ. erstkl. Progr.
„Edison", Tägl. Vorführ. erstkl. Progr.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Berliner Waren-Bazar, Mühlstr. 16.
Sächs. Waren-Bazar, D. David, Ring 27.
Schwedenberg, E., Zollstraße 30.

Möbel- und Sarg-Magazin.
David, Albert, Langestraße 6.
Hammer, B., Langestraße 35.
Lehmann, Christian, Wagnerstr. 16/17.

Restaurant.
Restaurant zum Walfisch, Fischerstr. 16.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Zollstraße 27.
Schiwke, Fr., Schuhwarenhaus, Langestr. 55

Uhren und Goldwaren.
Schreiner, F., gepr. Uhrmchr., Zollstr. 5.

Zahn-Atelier.
Gabriel, Konrad, Ring 35.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Kochanek, Georg, Ecke Zoll- u. Burgstraße

Bunzlau

Bierverl., Limonad. u. Selterfabr.
Warsitz, Herm., [illegible]
I. M. 4.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Opitz, Heinrich, Pappelstr. Ecke Rottacherstr.

Trikotagen, Weiss- u. Wollwaren
Kuhnert, J., Görlitzerstr. 40 (Galanteriew.)

Glogau

Berufskleidung, Wäsche, Trikotag.
Boldeck, Joh., Mehrenstr. 12. (Schnittw.)

Haus- u. Küchengeräte, Spielwaren
Bernstein, Hermann, Langestraße.

Herren- und Knaben-Garderobe.
Abraham, M., Preußischestraße 52/53.
Kreutzberger, Adolf, Markt 45.
Loewenthal, L., Preußischestraße 1/2.

Kinematographen
Apollo, Lichtspiele, ehem. Pionierkaserne.

Korbwaren, Kinderwagen, Spielwaren.
Rabisch, Friedrich, Mälzstr. 5.

Musikwaren
Handke, H., Nachflg., Langestraße 62.

Schuhwaren.
Lewinsohn, Albert, Markt 48/49.
Oppenheim, W., Schuhwar.-Lag., Mälzstr. 41

Gorkau

Brauereien.
Gorkauer Sozietätsbrauerei, A.-G.

Gutschdorf

Bäckereien.
Anders, Gustav.

Jauer

Fahrräder.
Glotz, Fahrräder, Jauer.

Herren- und Damenkonfektion
Lipper, B., Goldbergerstr. 35. Billigste Preise.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Deriel, Emil, Königstraße 1.

Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
Heinrich, Selma, Ww., Königstr. (Bürstenm.)

Photogr. Atelier u. Vergrösserungen
Schulz, Alfred, Bolkenhainerstraße.

Restaurateure.
Gasthaus „z. Gold. Hirsch", Alt-Jauer
Rochmann, S., — Essigfabrik — Goldbergerstr. 31.

Schuhwarenhaus.
Klemke, Carl, Goldbergerstraße 3.

Seifen, Parfümerien.
Rummler, Rudolf, Goldbergerstr. 26.

Maltsch.

Herrengarderobe.
J. Hamburger.

Neumarkt

Bier-Brauereien.
Zell, C. F. & Co. „Zum Feldschlößchen".
„Stadt-Brauerei" Gebr. [illegible]

Bäckerei.
Ronge, Anton, Ring 33, (Konsumv.-Liefer.)

Restaurateure.
Freudenberger, H., Gasthof zum gold. Löwen.

Schnittwaren, Putz und Konfektion.
Webers M., Nachfl., D. Neumann, Ring 52.

Ohlau

Damen- und Herrenkonfektion und Modewaren.
Zobel, L., Nachfl., Breslauerstr. 2.

Bäckerei und Mehlverkauf.
Horn, Paul, Ring 15.
Lambert, Max, Steindamm 8.

Bier-Brauereien, Bier-Verleger.
Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau.
Jawiersch, Adolf, Ring 12.

Fahrräd., Nähmaschin., Grammophone
Ettel, Adalbert, Ring 13.

Herrengarderobe u. Schuhwar.
Lustig, Gottl., Breslauerstr. 6 (Arb.-Konf.)

Manufaktur- und Modewaren
Hoehn, Emil, Ring 3.

Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Kreusel, Karl, Ring

Putz, Kurzwaren, Weisswaren.
S. Lewy Nachf., Inh. J. Blumenthal, Ring 26

Schuhwaren.
Bresl. Schuhwarenhs. (Scholz) Breslstr. 14

Märzdorf-Steindorf

Gemischtwaren.
Berger, Ernst, Steindorf.

Peisterwitz

Bäckerei.
Griebsch, Wilhelm, Linderstraße 8.

Qualkau

Bäckerei.
Grimmig, Fritz, Qualkau.

Rotsürben

Gemischtwaren.
M. Schneider.

Saarau

Herren- und Arbeitergarderobe.
Cohn, Paul, Spez.: Maß-Anfertigung.

Kolonial- und Eisenwaren.
Kranie, Otto, Haus- und Küchengeräte.

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Kaufhaus Löbel, [illegible], Dammstr. [illegible]

Stoberau.

Fleischerei.
Pohl, Gustav.

Ströbel-Zobten.

Fleischerei u. Wurstfabriken.
Klein, Bruno, Fleischerei mit Kraftbetrieb
Sattler, Hermann, Ströbel.

Restaurant.
Kurt Ehrlich's Gasthaus, Ströbel.

Strehlen

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Brinther, Karl, Spezial-Geschäft.

Konfektion.
Wistuba, Reinh., Münsterbergerstr. 16.

Nähmaschinen.
Rauner, Osk., Ring 25.

Trebnitz

Bierbrauereien.
Trebnitz. Genossensch.-Brauerei E. G. m. b. H.

Fahrräder, Nähmasch., Grammoph.
Fechner, Adolf, Rep.- u. Emaillieranstalt.

Herr.-Arb.-Garderob., Manufakturw
Eittner, Eugen, Langestr. 34, Hüte, Bettfed.

Restaurateure.
Hotel zum Bahnhof (Inh.: Rob. Henschel)

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Zantke, August, Langestraße 39a.

Nähere Umgebung Breslaus.

Cosel.

Bäckerei.
Starker, Franz, Cosel Nr. 32.

Kolonial-Waren.
Lindel, Max, Cosel.

Dtsch.-Lissa-Stabelwitz

Bäckereien.
Büttner, Gustav, Breslauerstr. 16a.
Klein, Fritz, Stabelwitz.

Brauereien
Brauerei Oswald Meißner.
Golz, Heinrich, Stabelwitz.

Butterhandlung.
Kitzner, R., Breslauerstr. 16a.

Eisen- und Stahlwaren.
Linke, Paul, Breslauerstr. 27, Tel. 83.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Klose, Friedr., Reparatur-Werkstatt.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Becker, Gustav, Breslauerstraße 17.
Gindig, Arthur, Breslauerstraße 21.
Reitsch, Robert, Stabelwitz Nr. 11.
Schuppe, Hermann, Breslauerstr. 10.

Gasthöfe.
Kranz, M., Gasthof zum weißen Adler.

Haus- und Küchengeräte.
Weiß, P., Breslauerstr., Leit.-u. Kastenwg.

Kaufhaus.
Kaufhaus Brauer, Breslauerst. 19. 5% Rb.

Kolonialwaren.
Brettschneider, B., Brunnenstraße 1.
Zimmer, August, Marienstraße 4.

Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion.
Breslauer Engros-Lager, Breslauerst. 10

Restaurateure.
Fuhrmann's, A., Stadtill., Deutsch-Lissa.
Männer-Kränke, (Leopold), Kl.-Heidau.

Schuhwaren.
Schubert, P., Breslauerstr. 25. Zig. u. Zigarett.

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Otto, Oskar, Breslauerstraße 31, ptr.
Scholz, Herm., Breslauerstr. a. Marktpl.

Woll- und Schnittwaren.
Michalke, W., Breslauerstraße 5.

Hundsfeld

Fleischereien.
Hanke, Gustav, Breslauerstraße 2.
Wenzel, H., Breslauerstraße 20.

Herrengarderobe.
Appelt, Anna, Markt 11, pt.

Klettendorf-Hartlieb

Fahrradhandlg. u. Reparaturwerkstatt.
König, P., Klettendorf, Nähmasch. u. Gramm.
Weiß, H., Klettendorf, erstkl. Fahrrd., Nähm.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Göhlich, Ernst, Klettendorf.
Heinze, Alfred, Hartlieb.
Jaskulla, Carl, Hartlieb.
Kahlert, August, Krietern Nr. 1.
Milde, Hermann, Klettendorf.
Bartold, Carl, Klettendorf und Hartlieb.
Seiffert, A., Krietern, Breslauerstr. 14.

Kolonialwaren.
Michael, W., Klettendorf.

Restaurateure.
Folgner, Ernst, Klettendorf.
Jung, Klettendorf.
Rößner, Ernst, Klettendorf.
„Zur neuen Rennbahn", E. Rosenberger

Schuhwaren und Schuhmacher.
Adler, Carl, Klettendorf, Kirchstr.
Lippe, Emil, Hartlieb.

Lokale an der Oder.

Restaurateure.
„Z. Lindenpark", Inh. J. Poremba, Grüneiche.

Kapsdorf-Goy

Restaurateure.
Fiebig, Wilhelm.

Gr.-Mochbern-Schmiedefeld

Bäckerei und Konditorei.
Burkian, Paul, Groß-Mochbern.
Koblitz, Carl, (Holz- u. Kohlenverkauf).

Fleischereien und Wurstfabriken.
Pinkur, Hermann, Groß-Mochbern 8b.
Stör, Paul, Schmiedefeld.
Stanulla, Franz, Groß-Mochbern.
Weiß, Gustav, Groß-Mochbern 21.

Kolonialwaren, Drogen, Fahrräder.
Hanke, Gust., (Fahrrad-Reparaturwerkst.)

Restaurateure.
Schreiers, W., Etablissement.

Schnittwaren, Kolonialwaren
Engel, Max, Groß-Mochbern.

Kl.-Mochbern.

Restauration.
Ullrich's Ww., Gasthaus, Kl.-Mochbern.

Schuhwaren — Schuhmacher.
Kirmis, Franz, Massgesch. Kl. Mochb

Neukirch — Maria-Höfchen.

Restaurateure.
Müller's Etablissement, Maria-Höfchen.
Stebban, Julius, (direkt am Bahnhof.)

Oltaschin

Restaurateure.
Deutscher Kaiser, Inh. G. Jaschke.

Opperau

Restaurateur
Niewitecki, Franz, Opperau.

Oswitz

Restaurateure.
Restaurant „Zur Gröschelbrücke".
Bensch, C., Oswitz.
Döring, Paul, Oswitz.
Grünast, August, Oswitz.
Restaurant „Zur Linde" (Wiemann).
Machner, W., Montag u. Donnerst. Eisb.
Schaube, Wilhelm, Oswitz.
„Volksgarten", Herm. Endler.
Zimmermann, Hugo, Oswitz.

Rosenthal-Carlowitz

Fleischerei und Wurstfabrik.
Fritsch, Berthold, Carlowitz 2.

Kolonialwaren und Zigarren.
Spitzer, Reinh., Carlowitz a. d. Chaussee

Restaurateure.
Friedrichsruh Rosenthal a. 11000 Jfr.-Abhf.
Scholz, E., Sängerslust, Hundsfeld. Chauss.
Scholz, Rich., Hundsfeld. Chaus. 50, z. a. Od.
„Zur scharfen Ecke", Inh.: Joh. Lagua.

Schottwitz-Friedewalde

Restaurateure.
Zur neuen Welt. (Inhaber Klaß).
Zebler, Gustav, Schottwitz.

Gross-Tschansch.

Restaurateure.
Waidmannsruh, F. Kuttke.

Klein-Tschansch.

Bäckerei
Welzel, Otto, Chaussee 13. Grün. Rabatten.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Weiß, Wilhelm, Klein-Tschansch Nr. 21.

Kolonialwaren.
Dalibor, Adolf, Gr.-Tschansch. (Zigarr.)
Freitag, Wilhelm, Chaussee 25.

Schuhwaren.
Plüske, Paul, Kl.-Tschansch Nr. 34.

Woischwitz

Fleischerei und Wurstfabrik.
Koblitz, Wilhelm, Woischwitz Nr. 64.

Restaurateure.
Scholz, Rich., Woischwitz.

Deutscher Reichstag.

230. Sitzung. Sonnabend, den 7. März, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Solf.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Etats des Reichskolonialamts.

Abg. **Dittmann** (Soz.): Es wird immer klarer, daß alle hochgespannten Erwartungen und Hoffnungen über unsere Kolonien sich als eitel Lüge erweisen. Darüber können auch die Diamanten aus Südwestafrika nicht hinwegtäuschen. Gewiß leugnen wir nicht, daß seit der Aera Dernburg manches besser gewesen ist, und wir rechnen es uns sogar als Verdienst an, dazu beigetragen zu haben. Aber alle Reformen können das Grundübel der heutigen Kolonialpolitik nicht beseitigen: die kapitalistische Ausbeutung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch in bürgerlichen Kreisen merkt man heute schon, daß die Kolonialpolitik einem Abgrund zutreibt, daß sie daran geht, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Das Aussterben der Eingeborenen in den Kolonien zeigt den Bankerott der Kolonialpolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Beruht doch alle Hoffnung, die Kolonien zu wirtschaftlicher Entwickelung zu bringen, auf der Voraussetzung, daß die Produktivkraft der Eingeborenen gehoben wird. Es sind aber Kräfte am Werk, die diese Erkenntnis verhindern wollen. Immer wieder wird der Schwindel verbreitet, unsere Kolonien seien Siedelungskolonien für Weiße und geeignet, unseren Bevölkerungsüberschuß aufzunehmen, es wachse dort eine zweite deutsche Heimat heran, die uns Rohprodukte liefert. So hat auch Dr. Solf bei seinem Aufenthalt in Afrika davon geredet, daß dort ein zweites Deutschland erstehe, und auch in der Budgetkommission hat er jüngst einen Anfall dieses alldeutschen Fiebers gehabt. (Präsident **Kämpf** rügt diesen Ausdruck). Selbst Südwestafrika, das von allen unseren Kolonien noch das günstigste Klima hat, wird niemals imstande sein, auch nur einen nennenswerten Bruchteil des deutschen Bevölkerungszuwachses aufzunehmen. Die anderen Kolonien,

Kamerun und Ostafrika

haben ein Klima, das den dauernden Aufenthalt für die Weißen ganz unmöglich macht. Am 1. Januar 1913 wohnten Männer, Frauen und Kinder zusammengerechnet, ganze 21 389 Weiße in unseren Kolonien, die einen Flächeninhalt haben der 5½ mal so groß ist, wie das deutsche Reich (Hört! Hört! b. d. Soz.). Aus Deutschland sind im Jahre 1912 ausgewandert 18 514 Menschen, davon gingen 13 708 nach Nordamerika, nach dem übrigen Amerika 4442, nach Australien 322, nach den übrigen außereuropäischen Ländern 90 und nach Afrika ganze 4. (Hört! hört! b. d. Soz.) Ob diese vier nach unseren Kolonien gegangen sind, geht aus der Statistik nicht hervor, vielleicht sind sie nach englischen Gebieten gegangen. Uebrigens beruht Deutschlands Machtstellung in Europa darauf, daß es einen gewaltigen Bevölkerungszuwachs im Lande behalten konnte. Jetzt, wo ein geringer Geburtenrückgang sich zeigt, haben unsere Weltmachtschwärmer schon gewaltige Angst bekommen, und suchen ihn durch Quacksalbereien zu bekämpfen. Deutschland ist gar kein Auswanderungsland, sondern ein Einwanderungsland, die heimische Wirtschaft nimmt unseren Geburtenüberschuß restlos auf, und zieht noch Hunderttausende ausländischer Arbeiter ins Land. Die innere Kolonisation spielt bei uns eine große Rolle, in Preußen will man jetzt 300 Millionen Mark aufwenden, um Landarbeiter anzusiedeln. Da kann doch über das Sinnlose einer Agitation für eine Massenauswanderung nach den Kolonien gar kein Zweifel bestehen. Die Weißen treten in den Kolonien nicht als Arbeiter, sondern als Unternehmer oder Antreiber der Unternehmer auf. Es ist ja charakteristisch, daß Ostafrika, wo 4500 weiße Männer und Frauen vorhanden sind, 3000 schwarze Diener aufweist, also auf jeden Weißen zwei schwarze Diener. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Weißen haben dort auch kein Interesse an der Entwicklung der Kolonie, sondern sie wollen nur in kurzer Zeit soviel Geld machen, um ihren Raub ruhig in der Heimat verzehren zu können. Man weist auf die Vermehrung des Handels mit den Kolonien hin. Er ist in den 5 Jahren von 1907 bis 1912 von 130 Millionen auf 260 Millionen Mk. gestiegen. Für sich betrachtet kann diese Zahl imponieren. Deutschlands Gesamthandel stieg aber in dieser Zeit von 15,6 auf 19,7 Milliarden. Deutschlands Wirtschaftsleben hängt also von der übrigen Welt in ganz anderer Weise ab, als von den Kolonien. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß die treibhausmäßige Plantagenkultur in den Kolonien sehr bedenklich ist, beweist die gegenwärtige

Kautschukkrise.

Auf Ceylon und Cuba wird ein Plantagenkautschuk geliefert, der jede Konkurrenz aus dem Felde schlägt, weil eben dort die Bedingungen für Kautschukgewinnung günstiger sind. Das sollte für uns eine Warnung sein. Was heute mit dem Kautschuk geschieht, kann morgen mit Kaffee, Baumwolle, Kakao geschehen. Auch für diese Produkte gibt es weite Gebiete, in denen die natürlichen Produktionsbedingungen günstiger sind. Die treibhausmäßige Plantagenkultur in unseren Kolonien macht Deutschlands Handel nicht etwa vom Ausland unabhängig, sondern beschwört nur die wirtschaftlichen Katastrophen für die Kolonien herauf. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Bedarfsartikel für die Neger werden auch keineswegs vorzugsweise aus Deutschland geliefert, Baumwollgewebe z. B. wird in unseren Kolonien aus England in stärkerem Maße eingeführt als aus Deutschland. Eine starke heimische Produktion für die primitiven Bedürfnisse der Neger würde auch gar kein Segen für unsere Arbeiter sein, es würde das für sie geringere Löhne und niedrigere Lebenshaltung bedeuten; unsere Arbeiter haben ein Interesse an dem Export nach hochentwickelten Ländern und an einem starken Inlandsmarkt. Nicht Kolonialpolitik, sondern Sozialpolitik liegt im Interesse der arbeitenden Klasse. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Seit 1904 ist rund eine Milliarde Mark für die Kolonien und Schutzgebiete aufgewendet worden und die Anleihen und der Reichszuschuß für die Kolonien werden vornehmlich von den Arbeitern durch Zölle und Steuern aufgebracht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und auf den Eingeborenen lastet diese Politik furchtbar. Die Aufwendungen für hygienische Einrichtungen, für Eisenbahnbauten sind ja alles nur Vorbereitungen für die kapitalistische Ausbeutung. Das gibt sogar die amtliche Denkschrift ganz klar zu.

Mit dem Kapitalismus Hand in Hand geht

die Dezimierung der Eingeborenen.

Der brutalste Zwang zur Plantagenarbeit besteht, trotzdem der Staatssekretär das bestreitet. Infolge des Fehlens der einfachsten sanitären Einrichtungen bei dieser Plantagenarbeit ist die Sterblichkeit der Eingeborenen eine ungeheure. Ueber das Aussterben ganzer Stämme schreibt ein Pater in der „Kolonialen Rundschau": „Die Sache ist sehr ernst, denn was will Deutschland in Ostafrika anfangen ohne die Neger?" Bei seinen Schilderungen muß Abscheu und Empörung jedes fühlende Menschenherz erfassen. Unsere jetzige Kolonialpolitik nimmt sich für den gesunden Menschenverstand geradezu wie ein Stück aus dem Tollhaus aus. (Präsident **Kämpf** ruft den Redner zur Ordnung.) Der Reichstag hat die Beseitigung der Haussklaverei bis 1920 verlangt. Aber der Staatssekretär und der Gouverneur von Ostafrika wenden sich dagegen. Jetzt will man sogar daran gehen, die von 3½ Millionen Eingeborenen bevölkerten Gebiete im Nordwesten von Ostafrika zwischen den großen Seen durch eine Eisenbahn der „Kultur" zu erschließen. Kommt es auch dort

zu Sklavenjagden

und in der Folge zu einem allgemeinen Aufstand, so wird die Hererotragödie in Südwestafrika ein Kinderspiel sein gegen das Morden, das dort angeht. Wir verlangen, daß das Profitinteresse aus der Kolonisation ausgeschaltet wird, und fordern eine friedliche Kolonialpolitik auf Grundlage der Selbstständigkeit der Eingeborenen. Wir sind dafür, daß Musterpflanzungen errichtet werden, daß die Eingeborenen zur Anlage erprobter Kulturen angelernt, daß ihnen die Methoden der Bodenbearbeitung und Viehzucht nach wissenschaftlichen Grundsätzen gezeigt werden. Der Weiße soll als Lehrer und Helfer zu den Schwarzen kommen, aber der Ertrag ihrer Arbeit soll den Eingeborenen selbst zukommen. Wir wollen so ihre Bedürfnisse steigern und sie auf Grundlage ihres materiellen Wohlergehens allmählich auch geistig zu einer höheren Kulturstufe bringen. Eine Kolonialpolitik, die diesen Grundsätzen widerspricht, lehnen wir ab. Für Reformen sind wir auch innerhalb der heutigen Kolonialpolitik zu haben, werden aber immer darauf dringen, daß der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung in den Kolonien ein Ziel gesetzt wird im Namen der Kultur und Menschlichkeit. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg: **Erzberger** (Zentrum):

Der Vorredner hat nur die Schattenseiten unserer Kolonialpolitik geschildert, aber die Lichtseiten gar nicht erwähnt. Die positiven Vorschläge, die er zum Schluß machte, würden in der Praxis sehr bald zum Scheitern kommen. Wir wollen eine christliche nationale soziale Kolonialpolitik. Das Markanteste in unseren Kolonien ist die Aufwärtsentwickelung der Eingeborenenkultur und das Zurückgehen der europäischen Plantagenwirtschaft. Das zeigt uns den Weg für die Zukunft. Der Anteil Deutschlands am Handel der Kolonien beträgt nicht nur ein Drittel, sondern 60 bis 70 Prozent. An dieser Steigerung unseres Absatzgebiets haben doch auch unsere deutschen Arbeiter ein großes Interesse. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Bau der Bahn zum Tanganykasee ist ein Meisterwerk deutscher Technik. Erfreulich ist auch die finanzielle Entwickelung unserer Kolonieen und die Tatsache, daß sich in ihnen hochinteressantes Beobachtungsmaterial für unsere Wissenschaft findet. All das hat der Vorredner nicht erwähnt. Andererseits sind die schweren Anklagen betreffend die

Behandlung der schwarzen Arbeiter

auf den deutschen Plantagen leider nur zu berechtigt. Plantagen, die gedüngt werden mit dem Blut der Eingeborenen, sind ein Fluch für das deutsche Reich und haben keine Existenzberechtigung. (Sehr richtig!) Gegen den systematischen Betrug der Eingeborenen durch die Lohnhinterziehungen, die die amtliche Denkschrift selbst feststellt, ist bisher noch garnichts geschehen. Wir verlangen Garantien, daß wirksame Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Die Sterblichkeit der Eingeborenen aus den Pflanzungen ist in der Tat erschreckend groß. Wie kann diesem Aussterben der Eingeborenen entgegengewirkt werden? Der sozialdemokratische Weg ist nicht durchführbar. Selbst können sich die Eingeborenen nicht auf eine höhere Kulturstufe heben. Es müssen Musterschulen, Musterplantagen errichtet werden. (Abg. **Dittmann**: Das habe ich ja gesagt!) Die Hausklaverei muß beseitigt werden. Wir wollen freie Menschen in Deutschwestafrika, die für sich selber arbeiten. Das wichtigste ist die Unterstützung der Missionsschulen. Was von den Missionaren aus idealen Motiven in den Kolonien geleistet wird, geht weit hinaus über alles, was durch Staatshilfe erreicht werden kann. Will der Staatssekretär das schwierige Programm durchführen, das zur Erziehung der Eingeborenen zu gebildeten Christen und deutschfühlenden Menschen führt, so wird er die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes auf seiner Seite haben. (Bravo! im Zentr.)

Abg. **Keinath** (Natlib.):

Die Kolonien haben sich wirtschaftlich sehr gut entwickelt; wenn man von kapitalistischer Ausbeutung in den Kolonien spricht, so darf man doch nicht vergessen, daß sie ohne europäisches Kapital gar nicht erschlossen werden können, und daß das europäische Kapital auch geradezu ermuntert worden ist, in die Kolonien hinauszugehen. Notwendig ist vor allem eine Stabilität in der Verwaltung, die kleinlichen Streitigkeiten zwischen Beamten und Farmern und zwischen Beamten und Missionaren sind außerordentlich schädlich. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Die Eisenbahnpolitik des Staatssekretärs kann ich nur unterstützen. Auch seinen Grundsätzen, die er in der Kommission über die Siedelungspolitik entwickelt, kann man nur zustimmen. Die Entvölkerung der Kolonien ist nicht auf unsere deutschen Kolonien beschränkt, sondern zeigt sich überall. Gerade die Farmer haben gar kein Interesse daran, die Eingeborenen zu ruinieren, sondern sie brauchen eine tüchtige eingeborene Arbeiterschaft. Gewiß sollen die Eingeborenen kulturell gehoben werden, aber man soll doch nicht vergessen, daß wir in erster Linie Kolonialpolitik treiben, nicht der Eingeborenen wegen, sondern unserer heimischen Volkswirtschaft wegen. (Beifall b. d. Nationalliberalen.)

Abg. **Gothein** (Volksp.):

Daß wir immer noch darüber diskutieren, ob Kolonien nützlich sind oder nicht, ist recht überflüssig. Wir kennen ja das Glaubensbekenntnis der Herren Sozialdemokraten, in der Praxis nützen uns diese Debatten aber garnichts. Die Konsequenz des sozialdemokratischen Standpunktes wäre, daß Kanada heute noch von den Indianern bewohnt sein müßte. (Sehr gut! rechts.) Daß die Kolonialpolitik namentlich im Anfang mit den ungeheuerlichsten Wünschen belastet ist, geben wir zu; deshalb verlangen wir ja gerade, daß in der Zukunft eine Kulturpolitik getrieben wird. Will man aber die Kolonien wirtschaftlich und kulturell erschließen, so ist der Bau von Eisenbahnen die erste Vorbedingung. Den Plantagenbau kann man keineswegs ganz verbieten; die Kautschukplantagen z. B. haben sich sehr gut bewährt. Mit Musterpflanzungen allein ist es nicht getan, es muß auch die Erziehung zur geregelten Arbeit hinzukommen. — Die Hausklaverei muß beseitigt werden. Die Tätigkeit der Mission ist gewiß anzuerkennen, nur sollten die Missionare beider Konfessionen sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen. — Wir hoffen, daß die Kolonialpolitik mit der Zeit auch von Segen für die Eingeborenen sein wird. (Bravo! b. d. Vpt.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rp.): Ich bin in der angenehmen Lage, mit Herrn Gothein weitgehend übereinzustimmen. Das sozialdemokratische Rezept würde allerdings dazu führen, daß z. B. Amerika noch heute den Indianern gehörte. Allerdings verhielt sich die heute von Herrn Dittman gehörte Rede zu den Reden Bebels beim Kolonialetat wie Limonade zu Sekt oder mit einem kolonialen Bild wie schlechter Zichorienaufguß zu einem guten Kilimandscharokaffee. (Heiterkeit). Die Hausklaverei darf man nicht überschätzen. Sehr beklagenswert ist der Streit der Missionen. Im ganzen zeigen unsere Kolonien ein erfreuliches Bild zunehmender wirtschaftlicher Entwickelung.

Abg. **Mumm** (W. Vgg.) tritt für die Förderung der evangelischen Missionstätigkeit in den Kolonien ein.

Hierauf vertagte das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. (Vorher Wahlprüfungen.)

Schluß 5 Uhr.

Aus aller Welt.

Furchtbares Grubenunglück.

24 Arbeiter getötet.

In der Driwogrube in Jelenowski (Distrikt Slawianoserbsk, Rußland) öffnete ein Arbeiter die Sicherheitslampe, um eine Zigarette anzuzünden. Es erfolgte eine furchtbare Explosion, wodurch 24 Arbeiter getötet wurden. Zwei Arbeiter wurden gerettet, einer wird vermißt.

Eine Ortschaft gänzlich niedergebrannt.

Acht Menschen verbrannt.

Die Ortschaft Rebjewsk in Gouvernement Pensa ist durch ein Großfeuer gänzlich zerstört worden. Drei Frauen und fünf Kinder sind in den Flammen umgekommen.

Ein Mieter von seinem Hauswirt erschossen.

In der Verhandlung vor dem Berliner Schwurgericht über die Bluttat des Hausbesitzers Hielscher führte der Staatsanwalt nach Schluß der Beweisaufnahme aus, daß der Angeklagte kein Recht gehabt habe, dem Koza das Wegbringen einer Matratze zu verbieten und das Loch in seinen Rechtsansprüchen mit dem Revolver auszufüllen. Die Tatsache, daß der Angeklagte dem Koza sofort mit dem Revolver entgegengetreten ist, zeige deutlich, daß er bei der Tat eine bestimmte Absicht, wenn auch keine Ueberlegung gehabt habe. Der Staatsanwalt beantragte, in erster Reihe die Schuldfrage auf Totschlag, eventuell aber die nach Körperverletzung mit Todeserfolg zu bejahen. — Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, da nach seiner vollen Ueberzeugung der Angeklagte in der Notwehr gehandelt habe.

Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen. Der Angeklagte wurde dem Wahrspruch entsprechend freigesprochen.

Hoffentlich wird dieses Urteil von den Hausbesitzern nicht als ein Freibrief aufgefaßt, ihren vermeintlichen Rechten mit dem Revolver in der Faust mehr Nachdruck zu verleihen. Die Versuchung dazu ist sehr groß.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Auf der Zeche „Maximilian" in Mark bei Dortmund wurden durch einen plötzlich erfolgten Einsturz von Kohlenmassen drei Bergleute verschüttet. Zwei konnten gerettet werden, der dritte blieb tot.

Im unterirdischen Betrieb der Zeche „Königsgrube" in Röhlingshausen wurden zwei Bergleute durch niedergehende Gesteinsmassen verschüttet. Sie konnten nur als Leichen geborgen werden.

Auf der Kruppschen „Friedrich-Alfred-Hütte" bei Rheinhausen stürzte ein Montagearbeiter von dem Gebäude, an dem er beschäftigt war, achtzehn Meter in die Tiefe und war sofort tot. Auf demselben Werk kam der Schlosser Schmidt einer Starkstromleitung zu nahe und wurde ebenfalls sofort getötet.

Aus Nahrungssorgen in den Tod.

In dem spanischen Dorfe Turon in der Provinz Granada spielte sich eine schreckliche Tragödie ab. Mit ihrer Einwilligung tötete der Arbeiter Emilio Castillo, der Vater von neun Kindern ist, seine Frau, indem er ihr den Kopf vom Rumpfe trennte; hierauf durchschnitt er sich selbst die Gurgel. Die Kinder waren von den Eltern weggeschickt worden. Der Grund zur Tat soll in Nahrungssorgen zu suchen sein.

Schreckenstat eines verzweifelten Vaters.

In Budapest hat sich gestern ein trauriger Vorfall abgespielt. Dort hat sich der 30 Jahre alte Universitätsassistent Dr. Karl Wlassich seine beiden 2½ und 1½ Jahre alten Kinder mit Zyankali vergiftet und sich dann selbst erschossen. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß er die Tat aus Gram über den vor zwei Wochen erfolgten Tod seiner Frau verübt hat.

In Süddeutschland und Frankreich Hochwasser.

Durch die plötzlich einsetzende Schneeschmelze in den Alpen sind die Flüsse in Bayern sehr gestiegen. Man rechnet überall mit einem verheerendem Hochwasser. Besonders scheint Nürnberg bedroht zu sein. Manche Flüsse südlich der Donau zeigten Sonnabend einen um 1 Meter höheren Wasserstand als sonst. Die Hochwassergefahr ist um so ernster, als der Boden meist noch stark gefroren und der Abfluß dadurch erschwert ist. Untermain, Lahn, Nidda und Kinzig haben bereits ihre Ufer überflutet und verschiedentlich Keller unter Wasser gesetzt.

So ist namentlich im Donaugebiet, durch die Schneeschmelze und durch die Regengüsse starkes Hochwasser eingetreten. In Deggendorf sind die Bäche aus den Ufern getreten. An vielen Stellen sind die Brücken weggerissen. Das Hochwasser führt viele Leichen mit. Bei Deggenau wurde ein Bahndamm in Länge von 30 Metern zerstört.

Auch in Frankreich Hochwasser.

Infolge der Schneeschmelze und der anhaltenden Regengüsse der letzten Tage wird aus dem Osten Frankreichs ein starkes Anschwellen der Flüsse und damit verbundene Ueberschwemmung gemeldet. Die Rhone ist innerhalb weniger Stunden um drei Meter gestiegen. Man befürchtet Hochwasser.

Beim Zahnziehen die Wirbelsäule gebrochen!

Ein merkwürdiger Fall von fahrlässiger Tötung stand gestern zur Verhandlung vor den Londoner Geschworenen. Ein 22jähriger Versicherungsbeamter war an einem Bruch der Wirbelsäule gestorben, den er sich beim Zahnziehen durch den Zahnarzt zuzog. Die Sektion der Leiche ergab, daß die Schädelbasis und die ersten Rückenwirbel infolge vorgeschrittener Tuberkulose außerordentlich schwach waren. Beim Ziehen des Zahnes brach der Zahnarzt durch den Ruck die Wirbelsäule an zwei Stellen, so daß der Tod fast auf der Stelle eingetreten sein muß. Der angeklagte Arzt wurde schließlich freigesprochen.

44. Sitzung.

Sonnabend, den 7. März 1914.

Am Ministertisch: Sydow.

Nachdem bereits gestern der Schutzzollantrag v. Krause (Natl.) gegen die Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt und der Antrag Hammer (Konf.) betr. die Zustände in der Elektrizitätsindustrie angenommen waren, wird heute der fortschrittliche Antrag gegen die Privatmonopole und für Schutz der Installateure usw. gegen die Linke abgelehnt.

Einzelberatung des Handelsetats.

Ein Antrag Röficke, Hahn (Konf.) verlangt eine Denkschrift über die Tätigkeit des Börsenkommissars, die Entwicklung des Börsenhandels und der Emissionen und die Anlage deutscher Gelder im Ausland.

Die Abgg. Dr. **Liebknecht** und **Ströbel** (Soz.) haben vor sich das große Plakat zum Frauentag ausgebreitet, dessen Anschlag der Polizeipräsident von Jagow verboten hat.

In der Debatte zum Handelsetat erklärt ein **Regierungsvertreter** auf Anfragen der Abgg. von Maltzahn (konf.) und Münsterberg (Vp.), daß die letzthin erfolgte Aenderung der Besoldung und Anstellungsbedingungen der Lotsen in deren Interesse läge.

Die Gewerbeinspektion.

Abg. **Graef** (K): Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben sich auf eine Kontrolle der Betriebe zu beschränken und auf Berichterstattungen über die Ergebnisse dieser Kontrolle. Vorschläge zur Verbesserung zu machen liegt außerhalb ihres Wirkungskreises; wir begrüßen einen dahin zielenden Erlaß des Ministers. Namentlich in der Konfektionsbranche sind die Arbeiterschutzbestimmungen zu scharf und den praktischen Verhältnissen nicht angepaßt. Hinsichtlich der Bäckereiverordnung dürfen die Gewerbeaufsichtsbeamten nicht mit rigorosen Maßnahmen vorgehen. Preußen kann sich mit der Zahl seiner Gewerbeinspektoren und der für sie in den Etat eingestellten Summe sehen lassen. So wie unser Wirtschaftsleben jetzt gestaltet ist, wird alle Sozialpolitik die Arbeiterschaft nicht zufrieden stellen.

Minister **Sydow**: Das seit 22 Jahren bestehende Gesetz über die Gewerbeinspektionen hat sich bewährt. Meine im Januar erlassenen Verordnungen sind hier mehrfach beanstandet worden, weswegen es mir obliegt, sie hier zu rechtfertigen. Der Grundsatz, wonach die Gewerbeaufsichtsbeamten keine polizeiliche Befugnisse haben wollen, läßt sich nicht aufrechterhalten. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird den Gewerbeaufsichtsbeamten Vertrauen entgegengebracht. Menschlichkeiten können hier und da vorkommen. Sie kommen ja auch bei der Polizeibehörde vor, die gleichfalls nicht mit Engeln arbeitet (Heiterkeit) Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind mit der Bewilligung von Sonntagsarbeit, Ueberstunden 2c. betraut und der Minister des Innern hat seine Zustimmung dazu erklärt, daß den Gewerbeinspektoren diese Befugnisse übertragen werden, ein Mann, der Jahr für Jahr die gewerblichen Betriebe inspiziert, ist ganz anders als die Polizei in der Lage, das für die Betriebe notwendige zu erkennen. Von den Gewerbeinspektoren gehen der Polizei Anregung zu Verfügungen und Verordnungen zu. — Ich danke dem Abg. Dr. Beumer für die goldenen Worte, die er gestern hier über die sittliche Bedeutung der Arbeit sprach. Die Einführung des Achtstundentages in der Großeisenindustrie ist bei den bestehenden Verhältnissen unmöglich. Hinsichtlich der Bäckereiverordnung werden die Hauptschwierigkeiten beseitigt werden. — Nationalökonomische Erwägungen dürfen nicht überwiegend vom theoretischen Standpunkt aus angestellt werden. Die Einführung des Achtstundentages in der Großeisenindustrie scheitert an dem Mangel an Arbeitskräften. Man müßte sie der Landwirtschaft aus anderen Industriezweigen entziehen, und das ist ausgeschlossen. Zuzugeben ist, daß in der Großeisenindustrie die Ueberarbeit von Jahr zu Jahr zugenommen hat. (Hört, hört b. d. Soz.). Bisher war es nicht gelungen, das zu verhindern. Aber wir sind jetzt bestrebt, die Zahl der zulässigen Ueberstunden zu beschränken. Darüber werden gegenwärtig im Reichsamt des Innern Erwägungen angestellt. Es ist gewiß ein sehr maßvoller Schritt vorwärts, wenn wir durch eine Bundesratsverordnung eine solche Beschränkung erreichen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. **Giesberts** (Z.): Es müssen Arbeiter als Gewerbeaufsichtsbeamten angestellt werden. Die Regierung sollte von den Gewerbeaufsichtsbeamten Vorschläge für die Sozialgesetzgebung entgegennehmen. Das Recht der Inspektoren, polizeiliche Verfügungen zu erlassen, ist vollauf begründet. Wir fordern den freien Sonnabend Nachmittag in unseren industriellen Betrieben, wie er bereits in England eingeführt ist. In der Großeisenindustrie ist leider durch ansechtbare Bundesratsverordnungen eine Zunahme der Ueberarbeit festzustellen. Die Unternehmer hätten die Pflicht, die unglücklichen Zustände, die in der Großeisenindustrie eingerissen sind, zu beseitigen und den Achtstundentag einzuführen. Es gibt Eisenhüttenarbeiter, die außerhalb der zwölfstündigen Schicht eine monatliche Ueberarbeit von 96—108 Stunden haben. Das wirksamste Mittel gegen solche Mißstände ist die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter. Auch die Sonntagsruhe muß besser garantiert werden. Die Sozialpolitik wird und darf nicht stillstehen in Deutschland. Wir müssen in unseren Beschlüssen weiter gehen als die Regierung. (Beifall im Zentr.!)

Bluttat eines Polizeioffiziers. In Petersburg drang ein junger Polizeioffizier namens Iwanow in der Nacht zum Sonntag in das Bureau seines Vorgesetzten ein. Er feuerte auf diesen, den Obersten Theboiel mehrere Revolverschüsse ab, die den sofortigen Tod des Offiziers zur Folge hatten.

Ein Heilkundiger wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. Die Strafkammer in Elberfeld verurteilte den Heilkundigen Friedrich Wilhelm Huberbach aus Barmen wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Monaten Gefängnis. Huberbach hatte eine an Krebs erkrankte Frau behandelt, die nach ärztlicher Ansicht wenigstens für längere Zeit hätte wiederhergestellt werden können, wenn rechtzeitig eine Operation vorgenommen worden wäre.

In der Hochzeitsnacht vom Tode ereilt. Der Prokurist Josef Kunkel der Seifenfabrik Frank in Würzburg hatte gestern mit der Tochter seines verstorbenen Chefs Hochzeit gefeiert. Die Feier fand dadurch aber einen tragischen Abschluß, daß die junge Frau in der Hochzeitsnacht plötzlich einen Herzschlag erlitt, an dessen Folgen sie innerhalb weniger Minuten starb. Auch ihr Vater, ein bekannter liberaler Parteiführer, war vor wenigen Jahren ganz plötzlich während einer Sitzung des Würzburger Gemeindekollegiums einem Schlaganfall erlegen.

Alle Opfer der Lawinenkatastrophe geborgen. Den angestrengten Arbeiten der Rettungsexpedition ist es gelungen, die Opfer des Lawinenunglücks zu bergen. Im ganzen sind zwei Offiziere, zwei Fähnriche und 10 Mann unter den Schneemassen begraben worden. Das Leichenbegängnis findet am Montag nachmittag in Anwesenheit des Generals der Infanterie Georgi und des Statthalters von Tirol Graf Toggenburg statt.

Kleine Notizen.

— Rettichsaft gegen Gallensteine. Alte volkstümliche Heilmittel scheinen bisweilen das zu halten, was man sich von ihnen verspricht. Denn sie tauchen von Zeit zu Zeit immer wieder in der wissenschaftlichen Medizin auf. So geht es auch dem Safte aus dem schwarzen Rettich, der schon lange gegen Gallensteine angewandt wurde. Neuerdings benutzen ihn mehrere Aerzte, wie aus dem Berichte von Dr. Hermann Engels in der „Medizinischen Klinik" hervorgeht, mit gutem Erfolge. Durch den dauernden Genuß des Rettichsaftes sollen die Patienten ständig beschwerdefrei bleiben.

L. B. 2.

zialpolitischen Forderungen überspannt. Die Uebertragung von polizeilichen Befugnissen an die Gewerbeaufsichtsbeamten erscheint uns als sehr bedenklich im Hinblick auf die vielen Fragen, die von den Aufsichtsbeamten an die Unternehmer gerichtet werden. Das ist eine unzulässige Belästigung der Arbeitgeber und ein Auswuchs der Sozialpolitik, dem man den Vorwurf der Lächerlichkeit nicht wird ersparen können. Einer meiner Fraktionskollegen wurde sogar jüngst von einem Arzte aufgefordert, festzustellen, ob die Stillfähigkeit der Wöchnerinnen nachgelassen habe. (Beifall und Heiterkeit rechts).

Abg. Dr. **Cremer** (Natlb.): Die Sozialdemokratie stellt ihre Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse als die Auffassung der gesamten deutschen Arbeiterschaft dar. Das ist durchaus irreführend. Von den 900 000 Bergarbeitern sind noch nicht 120 000 organisiert. In der Großeisenindustrie nehmen sämtliche gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die christlichen mit eingerechnet, nur den vierten Teil der Arbeiterschaft ein. Die meisten Arbeiter denken aber ganz anders als die Herren Hué und Giesberts. Was die Vertreter der Industrie hier sagen, verdient weit mehr Beachtung. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) Die Ueberarbeit ist nicht abzuschaffen, ja, die Arbeiter drängen sich selbst dazu. Die zwölfstündige Arbeitsschicht wird durch lange Betriebspausen unterbrochen. Den Gewerbeinspektoren dürfen polizeiliche Befugnisse nicht übertragen werden. Namentlich huldigen die Herren Assessoren, die von der Universität kommen, den

staatssozialistischen Anschauungen.

Der Verdienst der großen Unternehmungen ist nur wenig höher als das, was sie an die Arbeiter nach den Bestimmungen der Sozialistengesetzgebung zahlen müssen. Man sollte der Industrie nicht noch mehr aufladen. Unsere Schutzzollpolitik hat es ermöglicht, daß die Industrie so viel für das Wohl der Arbeiter tun konnte. Die Gewerbeinspektoren suchen in schikanöser Weise in den Betrieben mit zu regieren. Der Minister möge dahin wirken, daß sie taktvoll ihre Tätigkeit ausüben. Vom Standpunkt der christlichen Weltanschauung sind wir für Sonntagsruhe. Wenn aber der Reichstag jetzt auf diesem Gebiete eine Neuregelung vornehmen will, so müssen wir vor einer weiteren Ausdehnung und einer vollständigen Sonntagsruhe warnen. (Beifall b. d. Nl.)

Minister **Sydow**: Der Abgeordnete Cremer möge sich mit diesen Wünschen an seine Fraktionskollegen im Reichstag wenden, denen die Vorlage noch nicht weit genug geht (Beifall links).

Abg. **Hue** (Soz.): Die Gewerbeinspektion ist entstanden und gewachsen unter dem steten Widerstand der Unternehmer und soeben hat der Abg. Dr. Cremer all das wiederholt, was schon in den 50er Jahren widerlegt wurde. Der außerordentliche Aufschwung unserer Industrie ist die treffendste Widerlegung der Behauptung von ihrem Ruin durch die sozialpolitischen Lasten. Die Erklärung des Ministers ist erfreulich. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten mehr Exekutivgewalt bekommen. Man hat hier den Erlaß des Ministers so sehr kritisiert, dabei mahnt aber auch er zur Vorsicht. Selbst in Berlin hat 1912 ein Unternehmer einen Gewerbeinspektor unter beleidigenden Redensarten den Zutritt zu seinem Betrieb untersagt, was mag da erst dort vorkommen, wo „die Welt mit Brettern vernagelt" ist! Dringend nötig ist bei der zunehmenden Beschäftigung weiblicher Arbeiter die Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten, die auch zur endlichen Durchführung des Kinderschutzgesetzes beitragen würden. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten muß überhaupt erhöht werden. Nach dem Gewerbeinspektorenbericht für 1912 sind von 169 606 revisionspflichtigen Betrieben 86509 revidiert worden also 51%, während es noch 1911 51,9% waren. Es ist also

eine Verschlechterung der Aufsicht

eingetreten. Allerdings waren in den revidierten Betrieben 84,5 Prozent aller Arbeiter beschäftigt, aber der Bericht zeigt auch, daß von allen Betrieben nur 12395 zwei Mal, 5881 drei und mehr Mal revidiert wurden, daß nur 2462 Nachtrevisionen und 4048 Revisionen an Sonn- und Feiertagen stattgefunden haben. Es versteht sich, daß sich bei einer so unzulänglichen Revision sehr viel den Blicken der Aufsichtsbeamten entzogen haben muß. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wie kann man da über zu scharfe Gewerbeaufsicht klagen! Viele Industrien arbeiten mit Tag- und Nachtschicht, was natürlich bei so wenigen Nachtrevisionen absolut nicht ausreichend beaufsichtigt werden kann. Die Inspektoren stellen fest, daß es vielfach an Schutz der erwerbstätigen Kinder und Jugendlichen mangelt. Die traurigste Tatsache unserer wirtschaftlichen Entwickelung ist, daß in steigendem Umfang schulpflichtige Kinder zur gewerblichen Arbeit herangezogen werden und da klagt man über ein zu schnelles Tempo der Sozialpolitik. Es sind in Berlin viele gesundheitsschädliche Kellerbetriebe wegen der teuren Miete und vielfach ungesunde Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe festgestellt worden, was übrigens auf den ganzen Staat zutrifft. Die Betriebsunfälle haben durchweg stark zugenommen, allein in Außerordentlich groß ist die Zahl der Unfälle in der Metall- und in der Holzindustrie. Ich verweise nur auf die furchtbare Darstellung der durch die Arbeitsmaschinen in der Holzindustrie verkrüppelten Hände, die auf der Baufachausstellung in Leipzig ausgestellt war. (Sehr wahr! links.) Die Statistik der norddeutschen Berufsgenossenschaft für die Holzindustrie beweist die Angaben des Deutschen Holzarbeiterverbandes; danach sind 1912 auf 1000 Vollarbeiter 52,60 Unfälle vorgekommen, im Ganzen 16071. 2882 Unfälle führten zu vorübergehender oder dauernder Erwerbsunfähigkeit, 102 waren tödlich und fast 50% waren verursacht durch Motoren, Transmissionen und Arbeitsmaschinen. Der Gewerbeinspektorenbericht für Berlin erklärt die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Verhütung von Unfällen der Holzindustrie für angebracht. (Hört! Hört! b. d. Soz.)

Sehr umfangreich sind

Ueberstunden und Sonntagsarbeit

bewilligt worden. Die Folgen dieser Ueberproduktion tragen jetzt in der Krise Unternehmer und Arbeiter. Gewiß gibt es Arbeiter, die noch glauben, durch Ueberstunden und Sonntagsarbeit sich zu wohlhabenden Arbeitern hinaufzuarbeiten, aber sehr viele Arbeiter haben sich schon zu der Erkenntnis durchgerungen, daß, wenn sie mit der normalen Arbeitszeit sich ein anständiges Auskommen nicht verdienen können, sie das mit Ueberstunden und Sonntagsarbeit erst recht nicht erreichen. Wohl aber haben die Ueberstunden und die Sonntagsarbeit viel Arbeitslosigkeit verschuldet. Wenn auch durch die Ueberstunden der Verdienst gestiegen ist, so geben sowohl die Gewerbeinspektoren als auch sogar der Essener Handelskammerbericht und das Zentralblatt für Hütten- und Walzwerke zu, daß die Lage der Arbeiter trotzdem durch die Lebensmittelteuerung beeinträchtigt wurde und daß hierdurch auch die Produktionskosten steigen. Dessen sollen die Unternehmer eingedenk sein, die sich mit den Agrarkonservativen zu noch stärkerer Lebensmittelteuerung verbinden wollen! (Sehr gut! links.)

Die nationalliberalen Redner haben hier die Hüttenarbeiter als kräftige Gestalten geschildert und mit Ansichtskarten operiert; von der Zermürbung dieser kräftigen Gestalten durch die heutigen Arbeitsverhältnisse, von der Ausmergelung durch die Feuerbetriebe, wie sie Meunier plastisch dargestellt hat, haben sie nicht gesprochen. (Abg. Hasenclever (natl.): In Belgien!) Ich bin der letzte, der sagen würde, daß in Deutschland die schlimmsten Arbeitsverhältnisse bestehen, es gibt noch schlimmere, aber die bei uns sind schlimm genug und wir wollen doch nicht nach den allerschlimmsten streben!

Derselbe Abg. Cremer, der hier von den kräftigen Gestalten der Hüttenarbeiter schwärmte, schrieb am 7. Februar 1914 in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", daß die Militärtauglichkeit unter der Bevölkerung Rheinland-Westfalens und die Geburtenzahl ständig sinkt. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Gewerbeaufsichtsbeamten sollten auch angewiesen werden, mehr als bisher, bei Arbeitskämpfen vermittelnd einzugreifen. Freilich werden sie dabei Widerstand bei den Unternehmern finden. Ein Beweis dafür wird aus Breslau berichtet. Dort machte man in der

Lokomotivfabrik Linke-Hofmann

den Arbeitern vertragswidrige Lohnabzüge, in solchem Umfang, daß dabei Löhne bis zu 3 Mark pro Woche herauskamen! (Hört, hört! bei den Soz.) Der Direktor erklärte, man müsse jetzt die Lokomotiven dem Staat um 4000 Mark billiger liefern und das müßte auch auf die Arbeiterlöhne abgewälzt werden. Der Etat zeigt aber, daß für die Lokomotiven mehr gezahlt wird, als früher. Der Gewerbeinspektor bemühte sich in anerkennenswerter Weise zu vermitteln. Man wies ihn aber ab, obgleich auch der Regierungspräsident mit seinen Sympathien auf der Seite der Arbeiter stand, gegen die rechtswidrig vorgegangen war. Durch die Weigerung, auf die Vermittelung des Gewerbeinspektors einzugehen, trieb die Fabrikleitung schließlich 1800 Mann in den Streik. Den übrigen 3600 legte man eine Erklärung vor, daß sie nur dem Werkverein, Vaterländischen Arbeiterverein oder Katholischen Arbeiterverein angehörten, aber keiner Organisation — das sind also keine Organisationen! — und daß sie keinerlei Streikunterstützung erhalten. Auf diese Zumutung gingen die Arbeiter nicht ein und das Unternehmen verhängte die Aussperrung. Gestern eilte der Abgeordnete Conradt bis nach Dortmund, um einen Terrorismusfall zu finden. Diese Breslauer Gewalttätigkeiten gegen Arbeiter aller Richtungen hält er anscheinend für selbstverständlich! Der Fall beweist aber die Notwendigkeit, das Einigungsverfahren zu verbessern und die wichtigste Vorbedingung dazu scheint mir die Einführung des Erscheinungszwangs vor dem Gewerbegericht zu sein. (Zustimmung links.)

Zum Schluß möchte ich die Regierung fragen, ob die Ursachen der furchtbaren Explosion in Rummelsburg bei Berlin festgestellt werden konnten, was allerdings kaum wahrscheinlich ist, dann aber, wie man in Zukunft wenigstens die Anwohner gegen Schäden durch solche Explosionen sichern will, die sich vor kurzem auch in Querenburg bei Bochum und in der Roburitfabrik in Annen sowie in Stockum bei Witten zugetragen haben. Dort hat die höhere Behörde entgegen dem Willen der Gemeinden die Einlagerung großer Mengen gefährlicher Sprengstoffe gestattet. Wenn es nach dem bestehenden gesetzlichen Zustand nicht möglich ist, in die Konzession eine Schadensicherungsklausel hineinzubringen, dann muß ein gesetzlicher Schutz für die auf das Schwerste bedrohten Bürger geschaffen werden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Geheimrat Dr. **Hübner**: Eine Regierungskommission hat sich sofort nach Rummelsburg begeben, als die Nachricht von der Katastrophe eintraf. Ein Apparat, der seit vielen [illegible] ohne Gefahr benutzt worden war, flog plötzlich in die Luft. Die technischen Voraussetzungen des Vorfalls waren nicht festzustellen. Der Minister hat eine genaue Untersuchung angeordnet. Bedauerlich ist die große Zahl der verunglückten Arbeiter. Ueber den Fall in Querenburg wird der Minister Erhebungen einleiten.

Abg. **Rosenow** (Vpt.): Die Gewerbeaufsichtsbeamten sorgen nicht nur für den Schutz der Arbeiter, sondern auch für die Entlastung der Unternehmer von der großen Verantwortlichkeit. Die Uebertragung polizeilicher Befugnisse an die Gewerbeaufsichtsbeamten ist durchaus gerechtfertigt. Die Gewerbeinspektoren sollten von den Unternehmern als Berater bei der Anlage und Einrichtung der Betriebe hinzugezogen werden. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen Frauen und Aerzte in der Gewerbeinspektion. Der sittliche Wert der Arbeit geht bei einer grenzenlosen Beanspruchung der Arbeitskraft verloren. In den Bäckereibetrieben müssen Sauberkeit und gesunde Arbeitsbedingungen herrschen.

Ein sozialdemokratischer Antrag ist eingegangen, der die Regierung ersucht, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, durch welche die Inhaber von Sprengstofffabriken und Sprengstofflagern unter allen Umständen für die angerichteten Schäden schadenersatzpflichtig gemacht werden.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz., persönlich): Ich bedaure, durch den Schlußantrag an der Begründung der Anträge verhindert zu sein. Jedoch ist dies nach der großen Rede des Abg. Hue nicht mehr unbedingt nötig.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Weiterberatung wird auf Montag 11 Uhr vertagt. Handelsetat und Bergetat.

Schluß 4½ Uhr.

Parteiangelegenheiten.

Die norwegische Sozialdemokratie. Das vorige Jahr weist ein kräftiges Vorwärtsschreiten der Partei auf. Die Zahl der Parteimitglieder stieg von 43 500 auf rund 50 000. Trotz der schwierigen Verbindungen im Innern gibt es jetzt Parteiorganisationen in jedem Teile des Landes. Auch die Presse hat sich kräftig weiterentwickelt. Es gibt 32 Parteiblätter. 24, darunter 9 Tageszeitungen, sind Eigentum der Partei, 4 gehören Genossenschaften und 4 Privatpersonen. — Große Erfolge brachten die Gemeindewahlen. Die Zahl der Gemeindevertreter stieg um die Hälfte: von 1209 auf 1803, worunter 45 Frauen. In 3 Städten und 21 Landbezirken hat die Partei die Mehrheit in den Kommunalvertretungen.

Frauenbewegung.

Der sozialdemokratische Frauentag beginnt sich auch in der Schweiz immer mehr und mehr einzubürgern. In diesem Jahre werden an 32 Orten des Landes Demonstrationsversammlungen abgehalten werden. Als Beweis des Fortschreitens der proletarischen Frauenbewegung kann betrachtet werden, daß in diesen Versammlungen neben einem referierenden Genossen noch je eine Genossin referieren wird. Noch vor wenigen Jahren schien es ganz unmöglich, daß in unserem kleinen Ländli mit seinen vier Sprachgebieten 32 proletarische Rednerinnen aufbringen können, diesmal haben wir es zuweg gebracht. Besonders erfreulich ist es, daß es sich dabei nicht um die Frauen rühriger Genossen handelt, wie es früher in der Frauenbewegung der Fall war, sondern zu einem großen Teil um erwerbende Frauen, die den Lehrerinnen-, Aerztinnen-, Rechtsanwalts- und Fabrikinspektors-Beruf ausüben. Doch dies ist ein erfreuliches Sympton dafür, daß die Bewegung der sozialistischen Frauen vorwärts schreitet. Die schweizerischen Frauen werden sich am 8. März denen des Auslandes völlig ebenbürtig zeigen.

Weibliche Richter in Holland? Holland gehört zu den Staaten, in denen die Frauen seit längerer Zeit nicht nur zum Rechtsstudium, sondern auch zum Rechtsanwaltberuf zugelassen werden. Es gibt auch bereits eine Anzahl weiblicher Rechtsanwälte. Neuerdings erstrebt nun eine Frau die Ernennung zum Richter, und die Regierung hat, wie die Frankfurter Zeitung schreibt, halbamtlich mitteilen lassen, daß prinzipielle Bedenken gegen die Ernennung nicht bestehen.

In Deutschland widersetzt man sich bekanntlich aufs heftigste dem Wunsch der Frauen auch nur als Schöffen bei den Jugendgerichten zugelassen zu werden. Von der Hoffnung des Rechtsanwaltsberufs und der Richterkarriere ist natürlich schon garnicht die Rede.